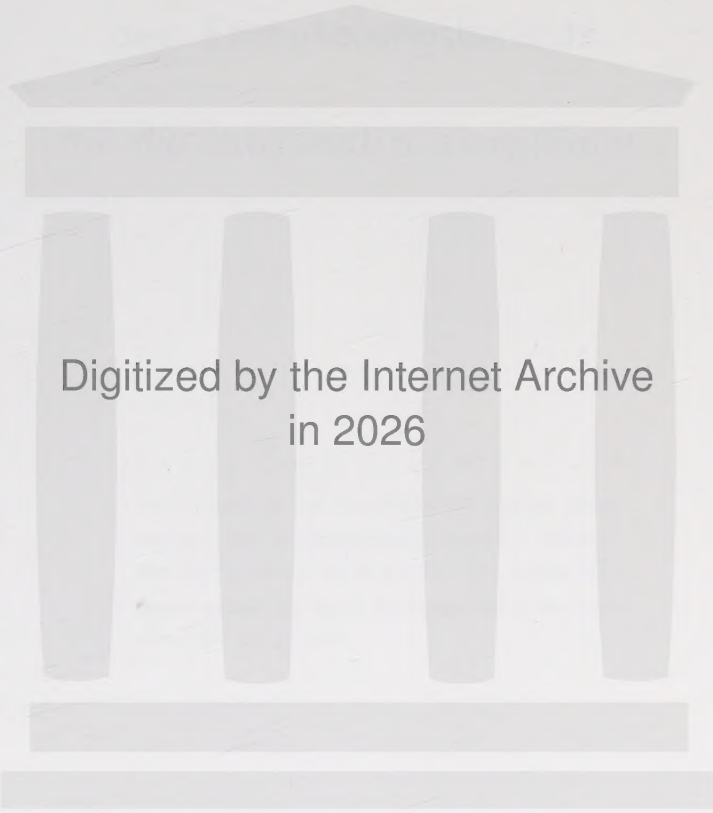


Herbert Zimmermann

DIE VERBESSERUNG DER AUSSAGEFÄHIGKEIT
DES ERLÄUTERUNGSBERICHTS
FÜR DIE INFORMATIONSEMPFÄNGER

Diss
Münster

~~1985~~
1984



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554807_0012

Die Verbesserung der Aussagefähigkeit
des Erläuterungsberichts
für die Informationsempfänger

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Wirtschaftswissenschaft durch
den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwis-
senschaften der Westfälischen Wilhelms-Uni-
versität zu Münster

vorgelegt von:

Herbert Zimmermann
aus Oberhausen/Rhld.

1 9 8 5

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Leffson
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Börner
Dekan: Prof. Dr. Seidenfus
Tag der mündlichen Prüfung: 30. Mai 1984

G L I E D E R U N G

	<u>Seite</u>
0. Problemstellung	1
1. Die historische Entwicklung der gesetzlichen Bestimmungen zum Inhalt des Erläuterungsberichts	3
2. Der Geschäftsbericht nach dem Aktienrecht von 1965	7
2.0 Die Aufgliederung des Geschäftsberichts	7
2.1 Der Lagebericht	8
2.2 Der Erläuterungsbericht	9
3. Änderungen der Berichterstattung durch die 4. EG-Richtlinie	12
4. Die allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze	17
4.0 Bedeutung der allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze	17
4.1 Der Grundsatz der Richtigkeit	18
4.2 Der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit	21
4.3 Der Grundsatz der Vollständigkeit	24
4.4 Der Grundsatz der Wesentlichkeit (Materiality)	26

	<u>Seite</u>
5. Die Interessenten am Inhalt des Erläuterungsberichts und ihr Informationsbedarf	30
5.0 Die Interessentengruppen	30
5.0.0 Der Vorstand	30
5.0.1 Der Aufsichtsrat	34
5.0.2 Die Aktionäre	37
5.0.3 Die Gläubiger	41
5.0.4 Die Arbeitnehmer	44
5.0.5 Die Öffentlichkeit	49
5.0.6 Der Fiskus	52
5.1 Die relevanten Berichtsempfänger	53
5.2 Die Informationserwartungen der relevanten Berichtsempfänger	54
5.2.0 Das Drei-Kreis-Modell	54
5.2.1 Das vermutete Informationsbedürfnis der Berichtsadressaten	61
6. Thesen zum notwendigen Erläuterungsumfang	64
6.0 Modellerweiternde und modellbeschreibende Zusatzinformationen	64
6.1 1. These: Offenlegen der Modellprämissen (Modellbeschreibung)	66
6.2 2. These: Offenlegen von Änderungen der Modellprämissen (Modellbeschreibung)	69
6.3 3. These: Offenlegung durch Disaggregation (Modellbeschreibung)	71
6.4 4. These: Offenlegung durch modellerweiternde Zusatzinformationen	77

7.	Die wichtigsten Erläuterungen zu den Bilanz- und GuV-Positionen mit Beispielen aus der Praxis	81
7.0	Auswahl der Beispiele aus der Erläuterungspraxis	81
7.1	Erläuterungen zu den Positionen der Bilanz	85
7.1.0	Erläuterungen zum Anlagevermögen	85
7.1.0.0	Erläuterung der Zugänge, Umbuchungen und Abschreibungen	85
7.1.0.1	Erläuterung der Zuschreibungen	97
7.1.0.2	Erläuterung der Abgänge	101
7.1.0.3	Ergänzende Erläuterungen zum Anlagevermögen	103
7.1.1	Erläuterungen zum Umlaufvermögen	105
7.1.1.0	Erläuterung der Vorräte	105
7.1.1.1	Erläuterung der Forderungen	110
7.1.1.2	Erläuterung der flüssigen Mittel	114
7.1.1.3	Erläuterung der Wertpapiere, eigenen Aktien und anderen Anteile	117
7.1.2	Erläuterungen zum aktivischen Rechnungsabgrenzungsposten	120
7.1.3	Erläuterungen zum Grundkapital und zu den Rücklagen	121
7.1.4	Erläuterung der Wertberichtigungen	124
7.1.5	Erläuterung der Rückstellungen	126
7.1.6	Erläuterung der Verbindlichkeiten	129
7.1.7	Erläuterungen zu den passivischen Rechnungsabgrenzungsposten	136
7.1.8	Erläuterung der Haftungsverhältnisse	138
7.2	Erläuterung zu den Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung	140
7.2.0	Vorbemerkungen	140
7.2.0	Erläuterung der Umsatzerlöse	141
7.2.2	Erläuterung der Bestandsveränderungen, anderen aktivierten Eigenleistungen und der Gesamtleistung	144

7.2.3	Erläuterung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe so wie für bezogene Waren und des Rohertrages	146
7.2.4	Erläuterung der verschiedenen Ertragsarten	148
7.2.4.0	Vorbemerkungen	148
7.2.4.1	Erläuterung der Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	149
7.2.4.2	Erläuterung der Erträge aus Beteiligungen	151
7.2.4.3	Erläuterung der Erträge aus den anderen Finanzanlagen	153
7.2.4.4	Erläuterung der sonstigen Zinsen und ähnlicher Erträge	154
7.2.4.5	Erläuterung der Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	156
7.2.4.6	Erläuterung der Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	158
7.2.4.7	Erläuterung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	159
7.2.4.8	Erläuterung der sonstigen Erträge	160
7.2.4.9	Erläuterung der Erträge aus Verlustübernahme	162
7.2.5	Erläuterung der verschiedenen Aufwandsarten	163
7.2.5.0	Erläuterung der Personalaufwendungen	163
7.2.5.1	Erläuterung der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	165
7.2.5.2	Erläuterung der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen mit Ausnahme des Betrags, der in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen eingestellt ist	167

7.2.5.3	Erläuterung der Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens (außer Vorräten) und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	168
7.2.5.4	Erläuterung der Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	170
7.2.5.5	Erläuterung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	171
7.2.5.6	Erläuterung der Steuern	172
7.2.5.7	Erläuterung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen	174
7.2.5.8	Erläuterung der sonstigen Aufwendungen	175
7.2.5.9	Erläuterung der abgeführten Gewinne	177
7.2.6	Erläuterung des Jahresergebnisses und seiner Verwendung	178
7.3.	Ergänzende Erläuterungen	181
8.	Schlußbemerkungen	182
	Literaturverzeichnis	186
	Verzeichnis der zitierten Geschäftsberichte	198

0. Problemstellung

Das Aktiengesetz von 1965 umfaßt die bisher detailliertesten und umfangreichsten Bestimmungen zum Inhalt eines Geschäftsberichts¹⁾. Durch die zukünftig anzuwendenden Vorschriften der vierten EG-Richtlinie²⁾ und deren Transformation in das Deutsche Recht wird sich der Berichtsrahmen weiter konkretisieren lassen.

Dennoch besteht weitgehend der Eindruck, die Geschäftsberichte deutscher Aktiengesellschaften hätten nicht den Informationswert, den der Gesetzgeber beabsichtigte und den sich die berechtigten Interessenten wünschen.

Ziel dieser Arbeit ist, die mögliche Aussagefähigkeit von Erläuterungsberichten als Ergänzung zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen der durch die aktienrechtlichen Bestimmungen gesetzten Grenzen zu ermitteln. Dazu ist es notwendig, die angesprochene Zielgruppe der Berichterstattung und ihre Informationsbedürfnisse zu kennen. Mit Hilfe von Kriterien einer zielgerichteten Erläuterung des Jahresabschlusses werden die wichtigsten Informationsarten bestimmt.

1) Darunter soll im weiteren nur der Geschäftsbericht im Sinne des AktG 1965 verstanden werden. In der Praxis werden vielfach die gesamten Druckberichte mit dem Bericht des Aufsichtsrates, der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und u. U. dem Sozialbericht als "Geschäftsbericht" bezeichnet.

Vgl. hierzu: Adler, Hans / Düring, Walter / Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. neu bearbeitete Auflage, Band 1: Rechnungslegung, Stuttgart 1968 § 160 Tz 1, S. 747

2) Vierte Richtlinie des Europäischen Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, im weiteren 4. EG-Richtlinie genannt.

An Beispielen aus der heutigen Erläuterungspraxis wird ferner gezeigt, daß es in Ausfüllung der aktienrechtlichen Vorschriften möglich ist, umfassender und präziser zu informieren, als es Überwiegend üblich ist.

Beabsichtigt ist kein Kommentar zu § 160 des Aktiengesetzes. Die Arbeit will vielmehr dazu beitragen, eine vorgeschriebene Informationsquelle für die berechtigten Informationsempfänger besser als bisher nutzbar zu machen und zu einer wirklichen Entscheidungshilfe für sie zu entwickeln.

1. Die historische Entwicklung der gesetzlichen

Bestimmungen zum Inhalt des Erläuterungsberichts¹⁾

Am 9. November 1843 wurde das Preußische Aktienrecht erlassen, das auf dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 aufbaute und die Gründung einer Aktiengesellschaft von dem Erteilen einer staatlichen Konzession abhängig machte. Ferner bestand die Verpflichtung, im Gesellschaftsvertrag die grundsätzliche Vorgehensweise bei der Bilanzierung darzulegen. Neben der Buchführungs- und der Bilanzierungspflicht bestanden jedoch keine weitergehenden gesetzlichen Vorschriften. Diese wurden vom Gesetzgeber auch für überflüssig gehalten, weil die Aktiengesellschaften nur dem Staat gegenüber Rechenschaft abzuliegen hatten und von diesem kontrolliert wurden²⁾.

Die Interessenten glaubten vielfach, "die Gesellschaft sei, nachdem die Konzessionierung aufgrund einer eingehenden Prüfung der Unterlagen ausgesprochen war, vom Staat selbst als ein für die Aktionäre gewinnbringendes

1) Vgl. zu den folgenden Ausführungen:

Barth, Kuno, Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, Band 1:

Handelsrechtlich, Stuttgart 1953, S. 65 ff.,

Gadow/Heinichen, Aktiengesetz, 2. Auflage, Berlin 1961, § 128 AktG 1937 Anm. 1,

Lück, Wolfgang, Die externe Rechnungslegung der Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Düsseldorf 1970, S. 20 bis 25

2) Vgl. Lehmann, Karl, Das Recht der Aktiengesellschaften, Berlin 1968, S. 287 und Hautle, Albrecht, Der Gläubigerschutz im Aktienrecht, Berlin 1907, S. 49

Unternehmen gekennzeichnet, bei dem nichts zu verlieren sei"¹⁾.

Auch im umfassenderen Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch aus dem Jahre 1861, welches das Preußische Aktienrecht ersetzte, wurden die Bestimmungen nicht erweitert.

Mit der Aktienrechtsnovelle vom 11. Juni 1870 wurde auf die staatliche Konzession bei der Gründung von Aktiengesellschaften verzichtet²⁾.

Als Ersatz für den Wechsel zum sogenannten Normativsystem wurde nunmehr vorgeschrieben, daß die Handelsbilanz beim Registergericht vorzulegen und zu veröffentlichen sei.

Die Aktienrechtsnovelle vom 18. Juli 1884 verpflichtete die Gesellschaften, neben der Bilanz die Gewinn- und Verlustrechnung zu veröffentlichen und beide beim Handelsregister einzureichen. Darüber hinaus wurde erstmalig gesetzlich vorgeschrieben, einen Geschäftsbericht zu erstellen, in dem die Vermögenssituation und die finanziellen Verhältnisse der Aktiengesellschaft darzulegen waren. Große Aussagefähigkeit konnte von dieser Berichtserstattung jedoch nicht erwartet werden, weil weder die gesetzlichen Vorschriften die Forderung detaillierten,

1) Büsselmann, Kurt, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939, S. 111

2) Vgl. Bäumler, Lothar, Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung. Diss. München 1967, S. 27

noch eine Veröffentlichung oder Einreichung beim Handelsregister vorgesehen war¹⁾.

Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 übernahm die Verbesserungen des bisherigen Handelsrechts durch die zwei Aktienrechtsnovellen. Durch § 260 HGB wurde auch die seit 1884 gültige vage Formulierung über die Berichtserstattung im Geschäftsbericht übernommen.

Die am 19. September 1931 als Notverordnung erlassene Änderung des Aktienrechts muß als Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931 sowie schwerer Bilanzdelikte²⁾ angesehen werden. Neben entscheidenden Neuerungen bezüglich der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Prüfungspflicht des Jahresabschlusses durch einen öffentlich bestellten und unabhängigen Wirtschaftsprüfer wurde vor allem die Berichtserstattungspflicht der Aktiengesellschaften erweitert und konkretisiert. In § 110 AktG wurde zum erstenmal "ein ausführlicher Inhalt des Geschäftsberichtes ... vorgeschrieben"³⁾. "Jedoch entband eine allgemeine Schutzklausel die Gesellschaft von der Offenlegung bestimmter

1) So schreibt Bäumler, Lothar, Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, a. a. O., S. 27: "Aufgrund der mangelnden Bewertungsvorschriften konnte aus den damaligen Veröffentlichungen so gut wie nichts entnommen werden".

2) Vgl. Kalveram, Wilhelm, Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Band 1, S. 430 ff., Schär, Johann Friedrich, Buchhaltung und Bilanz, 6. Auflage, durchgesehen und erweitert durch Prion, Willi, Berlin 1932, S. 169 und Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Düsseldorf 1972, S. 35 ff.

3) Döllerer, Georg, Zweck der aktienrechtlichen Publizität, Der Betriebs-Berater 1958, S. 1281 ff., hier S. 1283

Details im Geschäftsbericht, wenn zwingende Gründe, wie z. B. Gefährdung der Kredit- und Konkurrenzfähigkeit, für die Geheimhaltung sprachen."¹⁾

Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 detaillierte unter anderen die Bestimmungen zur Berichterstattungspflicht noch stärker. Erstmals wurde eine Trennung zwischen Lagebericht (§ 128 Abs. 1 AktG 1937) und einem, wenn auch allgemein formulierten, Erläuterungsbericht (§ 128 Abs. 2 AktG 1937) erkennbar. Nach § 128 Abs. 3 Satz 2 AktG 1937 konnte jedoch eine Berichterstattung "soweit unterbleiben, wie überwiegende Belange der Gesellschaft oder eines beteiligten Unternehmens oder der gemeine Nutzen von Volk und Reich es fordern". Durch diese weitreichende Schutzklausel²⁾, welche die Aktiengesellschaften entgegen dem Willen des Gesetzgebers allzu häufig über "die Wahrung staatlicher und allgemeiner Interessen"³⁾ hinaus für die Zurückhaltung von Informationen ausnutzten, wurde auch weiterhin die positive Entwicklung zu einem aussagefähigen Geschäftsbericht bis zur Aktienrechtsreform vom 6. September 1965 eingeschränkt.

1) Ertner, Ulrich, Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Betriebswirtschaftliche Schriften, Heft 26, Berlin 1968, S. 17

2) Vgl. Morgner, Gerhold, und Tiefenbacher, Erhard, Die Schutzklausel für den Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht, in: Der Betriebs-Berater 1965, S. 1173 ff., hier S. 1173 und Neflin, Hermann, Der Umfang der Schutzklausel in § 128 Abs. 3 Satz 2 AktG, in: Die Aktiengesellschaft 1963, S. 12 ff., hier S. 12

3) Bondi, Arthur, Die Rechte der Aktionäre, Berlin 1930, S. 26

2. Der Geschäftsbericht nach dem Aktienrecht von 1965

2.0 Die Aufgliederung des Geschäftsberichts

Die heute gültigen aktienrechtlichen Vorschriften zum Inhalt des Geschäftsberichts stehen in § 160 AktG 1965. Übernommen wurde die Zweiteilung des Berichts in den Lage- und den Erläuterungsbericht aus dem AktG von 1937. Diese Aufteilung ist nicht zuletzt für die aktienrechtliche Abschlußprüfung von Bedeutung, denn § 162 Abs. 2 Satz 2 fordert eine intensivere Prüfung des Erläuterungsberichts als des Lageberichts: "Der Geschäftsbericht ist darauf zu prüfen, ob § 160 Abs. 2 bis 5 beachtet ist und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken."¹⁾

1) Vgl. dazu die aktienrechtlichen Kommentare zu § 162 Abs. 2 Satz 2 besonders Geßler, Ernst / Hafermehl, Wolfgang / Eckhardt, Ulrich / Kropff, Bruno, Aktiengesetz, Band 3, München 1973, Erläuterungen zu § 162 Anm. 10, 16 und 17

2.1 Der Lagebericht

Die Bestimmungen über die Aufstellung des Lageberichts wurden unverändert aus § 128 Abs. 1 AktG 1937 nach § 160 Abs. 1 AktG 1965 übernommen. Trotz des unveränderten Wortlauts kann sich jedoch der Inhalt einer Vorschrift weiterentwickeln. So muß z. B. im Lagebericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen berichtet werden, wenn sich hieraus ein Einfluß auf die Lage der berichtenden Gesellschaft ergibt¹⁾.

Als Mindestinhalt des Lageberichts nach § 160 Abs. 1 ist eine Berichterstattung über

1. den Geschäftsverlauf (Ablaufbericht)
2. die Lage der Gesellschaft (Zustandsbericht)
3. die Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluß des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht)

erforderlich.

1) Vgl. Ertner, Ulrich, Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, a. a. O., S. 39 und 192: Nach § 400 AktG 1965 steht die Verschleierung oder unrichtige Wiedergabe dieser berichtspflichtigen Sachverhalte unter Strafandrohung.

2.2. Der Erläuterungsbericht

Die gesetzlichen Bestimmungen für den erläuternden Teil des Geschäftsberichts sind in § 160 Abs. 2 und 3 gegenüber der alten Regelung erheblich erweitert worden. Die veränderte Berichtspflicht läßt eine Dreiteilung dieses Erläuterungsberichts sinnvoll erscheinen. Diese Aufteilung wird in der gesamten Literatur vorgenommen. Unterschiedlich sind lediglich die Bezeichnungen der einzelnen Berichtsteile. Für die weiteren Ausführungen werden die folgenden Bezeichnungen gewählt¹⁾:

1. Allgemeine Abschlusserläuterungen

(§ 160 Abs. 2 Satz 1)

2. Besondere Abschlusserläuterungen

(§ 160 Abs. 2 Satz 2 bis 5)

3. 11 Einzelangaben

(§ 160 Abs. 3 Nr. 1 bis 11)

Der erste Teil entspricht noch dem Wortlaut des Aktiengesetzes von 1937. Im zweiten Teil sind die Sätze 2 und 3 neu eingefügt worden, während die Sätze 4 und 5 gegenüber der bisherigen Fassung erweitert wurden. Die Zahl der Einzelangaben ist im dritten Teil von neun auf elf erweitert worden. Eingefügt wurden die Nummern 3 und 11.

1) Vgl. Adler, Hans / Düring, Walter / Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, a. a. O., Bd. 1, S. 762 ff.

Ergänzenden Charakter haben die Absätze 4 und 5.

Absatz 4 Satz 1 kann als "Generalklausel" zur Festlegung des notwendigen Berichtsumfanges angesehen werden¹⁾: "Der Bericht hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen."

Die Sätze 2 und 3 beschreiben die Fälle, in denen die publizitätspflichtige Gesellschaft auf die Vermittlung von bestimmten Informationen verzichten muß (Satz 2) bzw. verzichten kann (Satz 3)²⁾.

Der Gesetzgeber beabsichtigte, die Anwendungshäufigkeit der Schutzklauseln zu verringern. Daraus resultiert die hinsichtlich der Vielfalt der Anwendungsfälle eingeschränkte Fassung des § 160 Abs. 4 Satz 2 und 3 AktG 1965 gegenüber der Regelung des Aktiengesetzes von 1937 sowie die Hinweispflicht auf das Unterlassen einer Erläuterung gemäß Satz 4.

§ 160 Abs. 5 verlangt die vollständige Aufzählung aller Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates im Geschäftsbericht "mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen". Ferner muß

1) Vgl. zu § 160 Abs. 4 S. 1: Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht, Ein Beitrag zur Interpretation von § 160 IV 1 AktG, Wiesbaden 1976

2) Vgl. zu den Schutzklauseln: Morgner, Gerhold und Tiefenbacher, Erhard, Die Schutzklausel für den Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht, a. a. O., S. 1173 ff.

kenntlich gemacht werden, welche Personen vorzeitig oder nach Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschieden sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates und sein Stellvertreter sind ebenfalls zu benennen. Diese Angaben sollen den berechtigten Informationsempfänger in die Lage versetzen, die eng mit den Personen der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates verbundene Art des Managements einer Aktiengesellschaft erkennen zu können.

3. Änderung der Berichterstattung durch die

4. EG-Richtlinie

Die Vorschläge der vierten Richtlinie des Europäischen Rates vom 25. Juli 1978 wurden für die Bundesrepublik Deutschland transformiert zum "Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Vierten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie-Gesetz)"¹⁾. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Vorlage ohne gravierende Änderungen übernommen wird, denn "die Vierte Richtlinie verpflichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung ihrer Regelungen in deutsches Recht"²⁾.

Zu § 160 AktG heißt es in dem Gesetzentwurf: "§ 160 AktG wird aufgehoben, weil es den Geschäftsbericht in der bisherigen Form nicht mehr geben wird. Der Erläuterungsteil des bisherigen Geschäftsberichts geht in den Anhang ein. Er wird Teil des Jahresabschlusses. Das gilt auch für die zusätzlichen Angaben des § 160 Abs. 3 AktG. Der verbleibende Teil bleibt nach dem Vorbild des Geschäftsberichts selbständig und wird als Lagebericht bezeichnet. Die Vorschriften über den Inhalt des Anhangs und des Lageberichts werden in das Handelsgesetzbuch eingestellt (§§ 270, 273). Soweit von Aktiengesellschaften ergänzend rechtsformspezifische Angaben verlangt

1) Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/317 vom 26.08.1983

2) ebenda, S. II

werden, sollen diese in dem neuen § 154 AktG zusammengefaßt werden. Weitergehende Anforderungen können im Rahmen der Ermächtigung nach § 285 HGB durch Rechtsverordnung vorgeschrieben werden."¹⁾

Unabhängig von der "Neuverteilung" der gesetzlichen Bestimmungen zum Inhalt des Erläuterungsberichts ergeben sich aus der 4. EG-Richtlinie²⁾ und deren Transformation in die nationalen Gesetzgebungen grundsätzliche Verpflichtungen für die Erläuterung des Jahresabschlusses, die Jonas wie folgt zusammenfaßt:

- "1. Die grundsätzliche Verpflichtung, Inhalt und Bewertung der einzelnen Abschlußpositionen zu erläutern.
2. Die besondere Verpflichtung, dort, wo von Wahlrechten bezüglich des Ausweises oder der Bewertung innerhalb des Jahresabschlusses Gebrauch gemacht wird, zusätzlich Erläuterungen zu geben.
3. Schließlich sind im Rahmen dieser Erläuterungen besondere, im einzelnen vorgeschriebene Angaben zu machen, die über die Darstellung des Inhalts und der Bewertung der einzelnen Abschlußpositionen hinausgehen.

1) Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/317 vom 26.08.1983, a. a. O., S. 103

2) So bestimmt Abschnitt 1, Artikel 2, Abs. 1 der 4. EG-Richtlinie: "Der Jahresabschluß besteht aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang zum Jahresabschluß. Diese Unterlagen bilden eine Einheit."

4. Darüber hinaus sind in den Fällen, in denen die besonderen Vorschriften der Rechnungslegung nicht ausreichen, um den grundsätzlich geforderten Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse zu vermitteln, weitere Erläuterungen zu geben und ist gegebenenfalls sogar von den Vorschriften der Rechnungslegung abzuweichen. Diese Abweichungen sind dann entsprechend zu begründen und darzustellen."¹⁾

Wie erwähnt, ist der Inhalt des "Anhangs" nicht analog zu § 160 AktG an einer Stelle umfassend geregelt, sondern ergibt sich aus zahlreichen verstreuten Einzelverpflichtungen über zu vermittelnde Angaben und den im Abschnitt 8, Artikel 43, Absatz 1 zusätzlich genannten 13 Bestimmungen der 4. EG-Richtlinie.

So fordert von Wysocki: "Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit des Jahresabschlusses sollte auch der Anhang ... in sich strukturiert werden. Zu denken wäre an eine verbindlich vorgeschriebene Reihenfolge der Pflichtangaben oder wenigstens an eine Aufgliederung des Anhangs in verschiedene Abschnitte."²⁾

Im ersten Abschnitt sollen danach diejenigen Angaben des Anhangs zusammengefaßt werden, die zum Verständnis

1) Jonas, Heinrich H., Die EG-Bilanzrichtlinie, Grundlagen und Anwendung in der Praxis, Freiburg im Breisgau 1980, S. 203

2) Wysocki, Klaus von, Anpassung der handelsrechtlichen Rechnungsvorschriften in Deutschland an die 4. EG-Richtlinie; Anforderungen und Erwartungen aus der Sicht eines Hochschullehrers, in: Die 4. EG-Richtlinie, Auswirkungen auf die Rechnungslegung deutscher Unternehmen; Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1/1979, S. 63 bis 78, hier S. 76

der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung notwendig sind, wie z. B.

- angewandte Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden
- Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten
- aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse
- latente Steuern.

Das "bilanzielle Eigenkapital"¹⁾ der berichtenden Unternehmung sollte im zweiten Abschnitt dargelegt werden, insbesondere

- Aktien nach ihrer Art und Gattung
- genehmigtes Kapital
- Genußscheine
- Wandelschuldverschreibungen
- Bestand an eigenen Aktien
- Gewinnverteilung
- differenzierte Besteuerung des Eigenkapitals.

Die übrigen Pflichtangaben, wie

- Beteiligungsverhältnisse
- Personalbestand
- Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge,

sollten in einem dritten Abschnitt erfolgen²⁾.

1) Wysocki, Klaus von, Anpassung der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften in Deutschland an die 4. EG-Richtlinie, a. a. O., S. 76

2) ebenda, S. 76 f.

Mit diesem Gliederungsvorschlag werden die rechtlichen Bestimmungen zum "Anhang" aus § 270 ff. des EHGB¹⁾ in eine für den Berichtsempfänger akzeptable Reihenfolge gebracht, die eine Analyse, insbesondere den Unternehmensvergleich, erleichtert.²⁾

1) Mit "EHGB" sollen die Vorschriften des Handelsgesetzbuches bezeichnet werden, wie sie im Gesetzentwurf eines Bilanzrichtliniengesetzes dargelegt sind, siehe: Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/317 vom 26.08.1983.

2) Eine detaillierte Aufstellung der gesetzlichen Bestimmungen nach den künftigen Rechtsvorschriften findet sich bei Schulte, Karl-Werner, Aktienrechtliche Rechnungslegung im Spiegel der Geschäftsberichte, Würzburg-Wien 1984, S. 176 ff.

4. Die allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze

4.0 Bedeutung der allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze

Außer durch die speziell auf den Inhalt des Geschäftsberichts bezogenen gesetzlichen Vorschriften des § 160 wird der Umfang der Informationsvermittlung durch die "allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze" festgelegt. Durch die Einhaltung dieser im Prinzip für jede Art der Berichterstattung relevanten Grundsätze kann gewährleistet werden, daß die von der berichtenden Unternehmung gebotenen Erläuterungen zumindest ein von den berechtigten Empfängern¹⁾ erwünschtes Mindestniveau an Informationsgehalt erreichen. Die allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze stehen in engem Zusammenhang einerseits mit der Generalklausel des § 160 Abs. 4 Satz 1 AktG 1965 ("Der Bericht hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen")²⁾ und andererseits den Rahmengrundsätzen innerhalb der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung³⁾. Ferner sind die folgenden vier Berichterstattungsgrundsätze interdependent in dem Sinne, daß eine aussagefähige Berichterstattung nur zustandekommen kann, wenn alle Grundsätze gleichermaßen beachtet werden. Mosaikartig wird aus ihnen das Gerüst einer zielgerechten Informationsvermittlung gebildet.

1) Der Kreis der berechtigten Berichtsempfänger wird in Abschnitt 5 dargestellt.

2) Vgl. hierzu vor allem: Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht, Ein Beitrag zur Interpretation von § 160 IV 1 AktG, a. a. O.

3) Vgl. hierzu vor allem:
Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O.
und
Adler / Düring / Schmaltz, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Band 1, a. a. O., § 160 Tz. 3 bis 7

4.1 Der Grundsatz der Richtigkeit

Voraussetzung einer dem Grundsatz der Richtigkeit¹⁾ entsprechenden Informationsvermittlung im Erläuterungsbericht ist der Ausweis richtiger Werte in der Bilanz sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung. Bereits die Erfüllung dieser Bedingung ist für zahlreiche Positionen problematisch, weil Ermessensspielräume und die Ungewißheit der Zukunft die Bestimmung eindeutiger Werte weitgehend unmöglich machen (voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände, Bepreisung der Vorräte, Höhe der uneinbringbaren Forderungen, Ermittlung richtiger Rückstellungsbeträge usw.)²⁾. Der Grundsatz der Richtigkeit der Informationsvermittlung umfaßt das Verbot, "wider besseres Wissen"³⁾ zu berichten.

Dieses Verbot sieht Moxter unter einem mehr subjektiven und einem mehr objektiven Gesichtspunkt:

1) Im folgenden wird nur der Begriff "Richtigkeit" Verwendung finden. Auf die in der betriebswirtschaftlichen Literatur als Pflichtübung zu diesem Themenkreis verbreitete philosophische Betrachtung sowie auf die Unterscheidung zwischen "Wahrheit" und "Richtigkeit" soll hier verzichtet werden.

2) Durch aussagefähige Erläuterungen zu diesen Positionen des Jahresabschlusses können die Schwierigkeiten jedoch weitgehend behoben werden.

3) Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Ulrich Leffson, Hrsg. Baetge, Jörg / Moxter, Adolf / Schneider, Dieter, Düsseldorf 1976, S. 87 - 100, hier S. 91

- "1. Der Rechenschaftspflichtige darf kein Element anders darstellen, als dies seinen subjektiven Informationen entspricht. Sind diese Informationen unvollkommen (ist 'Unsicherheit' gegeben), so hat der Rechenschaftspflichtige die ihm möglich erscheinenden Ausprägungen des betreffenden Sachverhaltes anzugeben; ferner muß er vermerken, für wie 'wahrscheinlich' er diese verschiedenen Ausprägungen hält und wann.
2. In einem mehr 'objektiven' Sinne berichtet 'wider besseres Wissen', wer nicht alle verfügbaren Informationen zusammengetragen hat, wer also sein subjektives Wissen vor der Berichterstattung nicht mit der 'angemessenen' Sorgfalt erweitert hat. Hier wird zwar nicht wider besseres 'subjektives' Wissen berichtet, wohl aber wider besseres objektiv 'vorhandenes' Wissen." ¹⁾

Leffson spricht von einem Grundsatz der Richtigkeit und Willkürfreiheit ²⁾.

Der Grundsatz impliziert "(1) die Forderung nach Objektivität im Sinne einer intersubjektiven Nachprüfbarkeit, so daß Dritte, z. B. Wirtschaftsprüfer, bei Kenntnis der Abschlußunterlagen und Hypothesen zum gleichen Wert

1) Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Ulrich Leffson, a. a. O., S. 91

2) Vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 98 - 112

und Ausweis (und zur gleichen Erläuterung dieser Werte¹⁾ kommen."²⁾ "Durch die Forderung nach Willkürfreiheit der Rechnungslegung soll die bewußte Falschinformation der Adressaten verhindert werden mit dem Zweck, Fehlentscheidungen der Adressaten, die den besser Informierten zum Vorteil gereichen, zu vermeiden."³⁾

Letztlich entscheidend für die Erfüllung des Berichterstattungsgrundsatzes der Richtigkeit ist die Einstellung der berichtenden Gesellschaften. Bemühen sie sich stets um "fairness of presentation"⁴⁾ gegenüber den Berichtsempfängern, so werden die veröffentlichten Berichte von hohem Informationsgehalt sein.

1) Anmerkungen des Verfassers mit dem Ziel, den auf den Ausweis gerichteten Grundsatz auf die Berichterstattung auszudehnen.

2) Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 112

3) Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht a. a. O., S. 105

4) Lenhard, Norman J. und Defliese, Philip L. (Hrsg.), Montgomery's Auditing, 8. Ed., New York 1957, S. 95

4.2 Der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit

Der Berichterstattungsgrundsatz der Klarheit fordert zum einen eine klare Darstellung der Informationsvermittlung im Erläuterungsbericht. Zum anderen kann man den Berichterstattungsgrundsatz der Klarheit zusammenfassen zu der Forderung, daß alles Unklare zu erläutern ist.¹⁾

Eine Erläuterung, die richtig ist im zuvor genannten Sinne²⁾, muß so klar formuliert sein, daß sie für den Berichtsleser keine

- irreführenden,
- verwirrenden oder
- mehrdeutigen

Informationen enthält. Die berichtende Unternehmung muß folglich alles vermeiden, was der beabsichtigten oder unbeabsichtigten Verschleierung der zur Diskussion stehenden Sachverhalte dient.

Gern geübte Praxis der Verschleierung ist die "Flucht auf eine höhere Sprachebene". Durch die Verwendung von branchen- oder fachspezifischen Begriffen oder Formulierungen (einschließlich Abkürzungen) kann die Klarheit der Darstellung eines Sachverhalts erheblich beeinflußt werden.

In diesem Falle sind die Zusatzinformationen zu vermitteln, die notwendig sind, um die Verständlichkeit der Erläuterungen zu gewährleisten.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 135

2) Vgl. Abschnitt 4.1

Die §§ 151 Abs. 1 und 157 Abs. 1 AktG schreiben eine klare Reihenfolge der Positionen in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung vor¹⁾. Eine entsprechende Systematik der Informationsvermittlung ist für den Erläuterungsbericht nicht gesetzlich geregelt. Nicht einmal die Trennung der Angaben nach § 160 Abs. 1 (Lagebericht) und § 160 Abs. 2 bis 5 (Erläuterungsbericht) ist vorgeschrieben. Eine klare und übersichtliche Darstellung der Berichtsteile liegt also im Ermessen der publizierenden Aktiengesellschaft.

Dem Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit würde²⁾ die Einhaltung der folgenden Grundregeln entsprechen :

- Lage- und Erläuterungsbericht sind klar zu trennen.
- Ergibt sich hieraus die Notwendigkeit doppelter Berichterstattung, so genügt beim zweiten Mal ein kurzer Hinweis auf die erste ausführliche Darstellung.
- Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sind in der gleichen Reihenfolge zu geben, wie auch die Zahlenwerte dargestellt werden (entsprechend §§ 151 Abs. 1 und 157 Abs. 7). Gleiches gilt sinngemäß für die Reihenfolge der elf Einzelangaben nach § 160 Abs. 3.
- Allgemeine oder für mehrere Positionen geltende Informationen sind den Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung voranzustellen.

1) Andere Länder praktizieren andere Gliederungen nach abweichenden Gesichtspunkten, jedoch ist stets eine eindeutige Systematik nachweisbar. Vgl. z. B. die Gliederung des amerikanischen Jahresabschlusses bei Lück, Wolfgang, Die externe Rechnungslegung der Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Düsseldorf 1970

2) Zur Klarheit der Darstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 119 - 127

Durch einen derartigen systematischen und somit klaren und übersichtlichen Aufbau des Berichts - in gleicher Weise in jedem Geschäftsjahr - kann die vom Berichtsempfänger gewünschte Vergleichbarkeit und Berichterstattung erheblich verbessert werden (sowohl im Vergleich aufeinander folgender Berichte einer Gesellschaft, wie auch im Unternehmensvergleich).

Ferner wird durch eine übersichtliche Darstellung der Berichtsteile die Gefahr verringert, daß wichtige Informationen durch - beabsichtigte oder unbeabsichtigte - Fehlplacierung übersehen oder aber in ihrer Bedeutung falsch eingeschätzt werden (z. B. wenn wichtige Informationen von einer Fülle unwichtiger Angaben umgeben sind, die das Interesse des Berichtslesers vermindern).

4.3. Der Grundsatz der Vollständigkeit

Voraussetzung für die Beachtung des Grundsatzes der Vollständigkeit der Rechenschaft ist die vollständige Erfassung aller Geschäftsvorfälle des Berichtsjahres¹⁾. Aus der Vielzahl der vorhandenen Einzelinformationen muß in einem "Reduktionsprozeß"²⁾ die Auswahl der berichtenswerten Informationen getroffen werden³⁾. "Daher ist stets abzuwägen zwischen den Erkenntnisvorteilen, die ein hoher Abstraktionsgrad bieten kann, und der Gefahr einer unzureichenden Zielerfüllung durch einen zu weitgehenden Verzicht auf unter Umständen wesentliche Informationen."⁴⁾

Nach Moxter gibt es noch keine hinreichenden Regeln für eine derartige Informationsglobalisierung, zumal diese nicht überspitzt werden darf⁵⁾.

Die Problematik für die berichtende Unternehmung liegt also in der Diskrepanz zwischen der gebotenen Kürze der Berichterstattung (Platzmangel und andere technische

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Die grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 136 - 142

2) Vgl. Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 92

3) Vgl. auch Abschnitt 4.4, Der Grundsatz der Wesentlichkeit (Materiality)

4) Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. U. Leffson, Hrsg.: Baetge, Jörg / Moxter, Adolf / Schneider, Dieter, Düsseldorf 1976, S. 191 - 203, hier S. 197

5) Vgl. Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 92

sowie kostenbedingte Gründe) und einer hinreichend gründlichen Information der Berichtsempfänger. Dabei sollte der Grundsatz der Vollständigkeit mehr unter qualitativen als unter quantitativen Gesichtspunkten betrachtet werden¹⁾.

Zusammengefaßt sind zwei Forderungen an eine aus der Sicht der Empfänger vollständige Berichterstattung zu stellen:

1. Die vollständige Erfassung aller wesentlichen Sachverhalte und
2. die Vollständigkeit der Berichterstattung innerhalb der einzelnen Abschnitte.

1) Vgl. Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 92

4.4 Der Grundsatz der Wesentlichkeit (Materiality)

Innerhalb der Berichterstattungsgrundsätze ist der Grundsatz der Wesentlichkeit von großer Bedeutung.

Die große Zahl der in einer Aktiengesellschaft anfallenden Einzelinformationen macht es notwendig, für die Berichterstattung eine Auswahl zu treffen¹⁾. Grundsätzlich sollten in den Erläuterungsbericht nur wesentliche Informationen aufgenommen werden. Unwesentliche Informationen verbessern nicht die Aussagefähigkeit, sondern bewirken Unübersichtlichkeit und eine Aufblähung des Berichts. Sie dienen vielfach der Manipulation, indem sie

1. anstelle wesentlicher Informationen gegeben werden und den Eindruck vermitteln, dies seien die wesentlichen Sachverhalte.
2. neben den wesentlichen Informationen vermittelt werden, um von diesen abzulenken²⁾.

Wesentliche Erläuterungen können unterschiedliche Inhalte haben. Eine Definition des Wesentlichen läßt sich dementsprechend nur losgelöst von seinen möglichen Ausprägungen geben. Ähnlich stellt auch das Institute of Chartered Accountants in England and Wales fest: "The use of the word "material" in relation to accounting matters is intended to give scope to a reasonably wide

1) Vgl. die Ausführungen zu Abschnitt 4.3
Der Grundsatz der Vollständigkeit

2) Vgl. die Ausführungen zu Abschnitt 4.2
Der Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit

interpretation according to the variety of circumstances which can arise. It is not possible or desirable, therefore, to give a precise definition of such an expression."¹⁾

Im nordamerikanischen Bilanzrecht ist "Materiality" einer der zentralen Grundsätze²⁾. "Materiality", in der Regel übersetzt mit dem Begriff Wesentlichkeit, hat im deutschen Aktienrecht nicht die große Bedeutung, die ihm in den Vereinigten Staaten eingeräumt wird, gehört aber auch hier zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung³⁾.

Nach Leffson "... fordert materiality Außerachtlassung unwesentlicher Einflußgrößen⁴⁾ und ist damit nichts als ein Gebot jeder vernünftigen Informationsvermittlung, das sich aus einfachen Wirtschaftlichkeits- und Nützlichkeitsüberlegungen ableiten läßt."⁵⁾

Alle Definitionen des Wesentlichen bleiben jedoch zu allgemein. Um die Entscheidung treffen zu können, welche Informationen in den Erläuterungsbericht eingehen sollen, muß einschränkend festgelegt werden, welche Interessentengruppen als relevante Berichtsempfänger

1) Institute of Chartered Accountants in England and Wales, "Interpretation of "Materiality" in Relation to Accountants", The Accountant 1965, July 27, 168, pp. 116 f., hier p. 116

2) Vgl. Kruse, Hans-Gerhard, Die Grundsätze der Materiality und Consistency im Handelsrecht und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, ZfB 1968, S. 433 bis 454, hier S. 433

3) Vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O.

4) Im Original Kursivdruck

5) Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 58

zu betrachten sind¹⁾ und welche Erläuterungen die relevanten Berichtsempfänger für "material" halten.

Generell kann jedoch schon an dieser Stelle die Forderung aufgestellt werden, daß die Berichterstattung den (vermuteten) Informationsinteressen der relevanten Empfänger anzupassen ist. Der Umfang der "wesentlichen" Erläuterungen sollte sich also in erster Linie an den Erwartungen der Berichtsleser orientieren.

Mit Sicherheit kann daher der folgende Katalog mit Beispielen aus den Erläuterungsberichten deutscher Aktiengesellschaften als "Negativabgrenzung" wesentlicher Erläuterungen angesehen werden:

1. Wiederholungen der Zahlenwerte der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. So berichtet beispielsweise Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG: "Die Umsatzerlöse betrugen DM 715,7 Mio."²⁾ Der Analytiker kennt die Höhe aber bereits aus der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Die Zahlenwerte des Berichtsjahres werden mit denen des Vorjahres verglichen und die Veränderungen angegeben. Diese Art der Berichterstattung ist bei nahezu allen Aktiengesellschaften üblich, um dem Informationsempfänger die Mühe der Subtraktions- oder Prozentrechnung abzunehmen.

1) siehe Abschnitte 5.0 und 5.1

2) Grünzweig + Hartmann und Glasfaser Aktiengesellschaft,
Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Ludwigshafen am Rhein 1973,
S. 34

Die Wintershall Aktiengesellschaft erläutert z. B. folgendermaßen: "Die Vorräte sind um DM 3,1 Mio. zurückgegangen. Während die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und die fertigen Erzeugnisse um DM 4,5 Mio. abnahmen, sind die unfertigen Erzeugnisse um DM 1,4 Mio. gestiegen."¹⁾ Diese Erläuterungen sind unwesentlich, da sie der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden können.

Großer Beliebtheit bei den berichtenden Aktiengesellschaften erfreut sich auch die Kombination der beiden Gruppen unwesentlicher Erläuterungen, beispielsweise durch die Angabe: "Die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren erhöhen sich um DM 416 Mio. auf DM 950 Mio."²⁾

Unwesentliche Abschlusserläuterungen stellen keinen Verstoß gegen das Aktiengesetz dar. Die Kritik richtet sich auch nicht grundsätzlich dagegen, daß solche Angaben gemacht werden. Die Gefahr liegt jedoch darin, daß offensichtlich viele Aktiengesellschaften der Ansicht sind, mit diesen Abschlusserläuterungen und vielleicht noch einigen allgemeinen Formulierungen zu den angewandten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden ihrer Berichterstattungspflicht in ausreichender Weise nachgekommen zu sein. Leider ist die Kunst des "Nichtssagens" und trotzdem "Seitenfüllens"³⁾ bei deutschen Aktiengesellschaften nur zu gut bekannt und sicherlich nicht im Interesse der relevanten Berichtsempfänger.

1) Wintershall Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Kassel/Celle 1973, S. 31

2) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wolfsburg 1973, S. 25

3) Vgl. Piper, Günter, Zum Umfang und Inhalt von Geschäftsberichten, Anregungen aus einem Vergleich mit der amerikanischen Praxis, Der Betrieb 1970, S. 1141 ff., hier S. 1141

5. Die Interessenten am Inhalt des Erläuterungsberichts
und ihr Informationsbedarf

5.0 Die Interessentengruppen

5.0.0 Der Vorstand

Bei Aktiengesellschaften kann davon ausgegangen werden, daß in der Mehrzahl der Fälle Eigentümer und Geschäftsleitung personell nicht identisch sind¹⁾. Der Vorstand übernimmt die Verwaltung von fremdem Vermögen, disponiert aber unter eigener Verantwortung²⁾.

Zu den Aufgaben des Vorstands gehört auch die Aufstellung des Jahresabschlusses einschließlich des Geschäftsberichts³⁾.

Der Vorstand entscheidet, in welcher Weise die (gesetzlich zulässigen) Ermessensspielräume der Bilanzierung zu nutzen sind und wie ausführlich die anderen Interessentengruppen durch den Geschäftsbericht informiert werden sollen.

Für die Selbstinformation des Vorstandes ist der Geschäftsbericht nur von untergeordneter Bedeutung, weil er kein ausreichendes Hilfsmittel beim Treffen von

1) Ausnahmen findet man vor allem bei Familienaktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien.

2) Siehe zum Vorstand allgemein §§ 76 bis 94 AktG, hier § 76 Abs. 1 AktG. Diese Eigenverantwortung des Vorstands impliziert die Möglichkeit des Zielkonflikts zwischen Eigentümern und der Unternehmensleitung: vgl. Bischofsberger, Wolf, Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, Diss. München 1971, S. 121

3) Vgl. § 148 AktG

Führungsentscheidungen darstellt¹⁾. Selbst wenn man davon ausgeht, daß nicht alle Vorstandsmitglieder den gleichen umfassenden Wissensstand haben, sondern speziell in ihren Fachressorts über vertiefte Kenntnisse verfügen, so haben sie doch andere Möglichkeiten, sich anhand des vorhandenen internen Datenmaterials besser zu informieren, als dies durch den Geschäftsbericht möglich wäre²⁾. Darüber hinaus können alle Mitglieder des Vorstandes in den weit aussagefähigeren Prüfungsbericht des Abschlußprüfers Einsicht nehmen.

Zur Information des Vorstandes wird der Geschäftsbericht jedoch bei verflochtenen Unternehmungen bedeutungsvoll. "Insbesondere in stark diversifizierten Unternehmungen und Konglomeraten bleibt der Konzernspitze nichts anderes übrig, als sich bei ihren Entscheidungen ganz weitgehend auf die vorgelegten Jahresabschlüsse der Untergesellschaften zu stützen"³⁾, die ihr allerdings durch interne Aufstellungen und durch Prüfungsberichte eingehender als durch Geschäftsberichte erläutert werden.

1) Vgl. z. B. Engels, Wolfram, Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln und Opladen 1962, S. 180

2) Vgl. hierzu auch Kennedy, Ralph D. und McMullen, Steward T., Financial Statements; Form, Analysis and Interpretation, 4. Auflage Homewood (Ill.) 1962, S. 140, Weidner, Alfred, Bilanzanalyse und Kreditwürdigkeitsprüfung, 2. Auflage, Stuttgart 1965, S. 142 und Leffson, Ulrich, Wesen und Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses, ZfbF 1966, S. 375 bis 390, hier S. 385: Dem Vorstand stehen z. B. zur Information über den Jahresabschluß "... mehrere dicke Leitz-Ordner mit Unterlagen und Aufstellungen (zur Verfügung), so daß für ihn erkennbar ist, wie die einzelnen Posten des Jahresabschlusses entstanden und zusammengesetzt sind".

3) Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, 2. Auflage, Stuttgart 1977, S. 25

Abgesehen von diesem Spezialfall, in dem der den Jahresabschluß einschließlich Geschäftsbericht erstellen-
de Vorstand nicht identisch ist mit dem zu informie-
renden Vorstand, hat die Selbstinformation ausschließ-
lich die Zielsetzung der Eigenkontrolle¹⁾. Hierunter
kann man einerseits eine Rechenschaft des Vorstandes
"vor sich selbst"²⁾ verstehen, andererseits kann die
Eigenkontrolle die Vorstandsmitglieder an ihre Verant-
wortung für die zu verwaltende Unternehmung erinnern,
"insbesondere, wenn sie zusätzlich die zu erwartenden
Reaktionen der Berichtsempfänger auf den Berichtsin-
halt berücksichtigen"³⁾.

So ist sich der Vorstand stets bewußt, daß der Eigen-
kontrolle eine Kontrolle durch die anderen Interessen-
tengruppen folgen wird⁴⁾.

"Die Besonderheit dieser Eigenkontrolle liegt darin,
daß sie umso besser funktioniert, je aussagefähiger
im Hinblick auf ihre Informations-Interessen die nach
dem AktG berechtigten Berichtsempfänger informiert
werden müssen. Je besser informiert die Adressaten
sind, desto eher wird der Vorstand mit Reaktionen
rechnen müssen, die ihm eine vorsorgliche Überprüfung

1) Vgl. hierzu: Wiethöfer, Rudolf, Die Publizitätsinteressen
der Anteilseigner, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch,
Hrsg.: Barz, Carl Hans u. a., Frankfurt/Main 1962, S. 33 - 54.

2) Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung,
a. a. O., S. 49

3) Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer
Rechenschaft im Geschäftsbericht, Ein Beitrag zur Interpreta-
tion von § 160 IV 1 AktG, a. a. O., S. 44

4) z. B. in Form einer bilanzanalytischen Beurteilung des
Managements: Vgl. Vogler, Gerhard, und Mattes, Helmut, Theorie
und Praxis der Bilanzanalyse; Interne und externe Bilanzanalyse
als Informationsmittel und Instrument modernen Managements,
Berlin 1975, S. 15

seines Handelns unter dem Aspekt der Berücksichtigung der Interessen dieser Personen sinnvoll erscheinen lassen."¹⁾

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß von einem echten Informationsbedarf des Vorstandes, der durch den Geschäftsbericht befriedigt werden könnte, keine Rede sein kann²⁾.

Für diese bestinformierte Insidergruppe sind die Grenzen der möglichen Informationsgewinnung ausschließlich abhängig von der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Management-Informationssystems, nicht aber von Inhalt und Umfang des Geschäftsberichts. Der Vorstand gehört nicht zu den relevanten Berichtsempfängern³⁾.

1) Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht, Ein Beitrag zur Interpretation von § 160 IV 1 AktG, a. a. O., S. 44 f.

2) Damit wird der Meinung Eisenführs widersprochen, der behauptet: "Sie (die Unternehmensleitung) ist Benutzer des Berichts im gleichen Sinn wie die außenstehenden Adressaten, d. h. sie benutzt die Information zur Vorbereitung von Entscheidungen", siehe Eisenführ, Franz, Anforderungen an den Informationsgehalt kaufmännischer Jahresabschlußrechnungen, Diss. Köln 1967, S. 41

3) Vgl. auch Frings, Philipp A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, Diss. Bonn 1975, S. 70

5.0.1 Der Aufsichtsrat

Nach den aktienrechtlichen Bestimmungen¹⁾ hat der Aufsichtsrat den Vorstand zu überwachen. Er hat u. a. nach § 111 Abs. 2 AktG das Recht zur Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft. Ferner sind ihm vom Vorstand der Jahresabschluß, der Geschäftsbericht und der Prüfungsbericht des Abschlußprüfers vorzulegen²⁾. Einen gravierenden Informationsmangel hat der Aufsichtsrat demzufolge nicht zu befürchten. Wie gut die Mitglieder informiert sind, ist nicht von der Aussagefähigkeit des Geschäftsberichts abhängig, sondern von deren Bereitschaft, sich die für sie jederzeit zugänglichen Informationen tatsächlich zu beschaffen.

Eine der Prüfungsaufgaben des Aufsichtsrates sollte es sein, den Geschäftsbericht auf seinen Informationsgehalt zu untersuchen. Diese Aufgabe ist kein Selbstzweck, sondern erfolgt im Auftrage der Interessentengruppen, die die Mitglieder des Aufsichtsrates gewählt haben³⁾. Die tatsächliche Einflußnahme des Aufsichtsrates auf den Inhalt des Geschäftsberichts ist dem Gesetz nach

1) §§ 111, 170, 171 AktG, ferner zum Aufsichtsrat allgemein §§ 95 bis 116 AktG

2) Weitere Informationen erhält der Aufsichtsrat nach § 90 AktG durch die Berichte des Vorstandes über

- die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der künftigen Geschäftsführung
- die Rentabilität der Gesellschaft, insbesondere die Rentabilität des Eigenkapitals
- den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz, und die Lage der Gesellschaft
- Geschäfte, die für die Rentabilität oder Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sein können.

3) Vgl. Bischofsberger, Wolf, Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, a. a. O., S. 124

gering¹⁾, nicht zuletzt weil eine nachträgliche Berichtskorrektur oder -ergänzung nicht vorgesehen ist.

Zudem ist zu berücksichtigen, daß der "Besser-Informierte" sich, wenn er eine bruchstückhafte Fassung seines Wissens zu prüfen hat, die fehlenden Informationen leicht "hinzudenkt" und so zu dem Ergebnis kommen kann, der Inhalt des Berichtes sei ausreichend.

Ferner ist anzunehmen, daß die Interessenvertreter im Aufsichtsrat nicht unbedingt die gleichen Informationsziele haben wie die übrigen Interessenten²⁾.

So wird ein Großaktionär im Aufsichtsrat nicht immer Rücksicht auf die Informationsbedürfnisse der Kleinaktionäre nehmen. Grundsätzlich ist sicherlich der Schluß zulässig, daß eine Kommunikation zwischen den "Interessierten" einerseits und den von ihnen gewählten "Informierten" im Aufsichtsrat andererseits gar nicht (z. B. in der Gruppe der Aktionäre) oder aber nur in geringem Ausmaß (z. B. in der Gruppe der Arbeitnehmer³⁾) besteht.

1) Abgesehen ggfs. von der Einflußnahme der Arbeitnehmer-Vertreter auf den Inhalt des Sozialberichts

2) So heißt es bei Bischofsberger, Wolf, Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, a. a. O., S. 148 f. mit Hinweis auf die dort angegebene Literatur z. B. über die Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat: "Dabei handelt es sich jedoch meistens um Großaktionäre, Bankenvertreter, ehemalige Mitglieder der Unternehmensleitung, Sachverständige und vor allem auch Personen zur Pflege von Unternehmensverbindungen."

3) Wie alle anderen Aufsichtsratsmitglieder unterliegen auch die Arbeitnehmervertreter der Verschwiegenheitspflicht bei vertraulichen und geheimen Informationen, die ihnen im Rahmen ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit bekannt werden (§ 116 AktG in Verbindung mit § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG).

Diese Aussage wird im wesentlichen auch nicht tangiert durch die Verpflichtung des Aufsichtsrates, gemäß § 171 Abs. 1 AktG neben dem Jahresabschluß und der Verwendung des Bilanzgewinns auch den Geschäftsbericht zu prüfen. Die häufig zu allgemein formulierten Aufsichtsratsberichte belegen diese Auffassung.

Der Aufsichtsrat ist, wie die Ausführungen gezeigt haben, auf die Informationen des Geschäftsberichts zur Selbstinformation und zur Erfüllung seiner Aufgaben nicht angewiesen. Daher kann auch er nicht als eine der relevanten Zielgruppen der Berichterstattung angesehen werden. Zur Ausübung seiner Prüfungs- und Überwachungsfunktion wird sich der Aufsichtsrat auf den Prüfungsbericht des Abschlußprüfers stützen.

5.0.2 Die Aktionäre

Neben dem Jahresabschluß, dem Bericht des Aufsichtsrats und dem Vorschlag über die Gewinnverwendung wird der Geschäftsbericht nach der Einberufung der Hauptversammlung in den Geschäftsräumen der berichtenden Gesellschaft zur Einsichtnahme für die Aktionäre ausgelegt, bzw. ihnen auf Verlangen in Abschrift zugesandt¹⁾. Für die Gesetzgeber sind die augenblicklichen Aktionäre folglich die einzig legitime Empfängergruppe des Geschäftsberichts.

Der aktuelle Aktionär²⁾ entscheidet durch Auswertung der ihm zur Verfügung stehenden Informationen zwischen Belassen seiner liquiden Mittel in der Unternehmung und einer alternativen Verwendung, von der er eine höhere und ggfs. sicherere Verzinsung seines eingesetzten Kapitals erwartet.

Der potentielle Aktionär hat die Wahl zwischen allen Angeboten auf dem Kapitalmarkt. Die berichtende Unternehmung stellt sich in seinen Berechnungen nur als eine

1) Vgl. § 175 Abs. 2 AktG

2) Nach ihrer Anlagedauer und ihrem Engagement unterteilt Weisser die Aktionäre in Spekulationsaktionäre, Nomadenaktionäre und Anlageaktionäre, vgl. Weisser, Karl-F., Der Gewinn der Aktiengesellschaften im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Aktionären, Berlin 1962, S. 31 und Kappler, Ekkehard, Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, Habilitationsschrift, München 1972, S. 146

von vielen Alternativen dar¹⁾.

Weitere Entscheidungen, die als Mittel zur Erreichung seines Verzinsungsanspruches angesehen werden können, trifft der Aktionär innerhalb seiner Interessentengruppe bei der Hauptversammlung²⁾:

1. Die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder, die die Interessen der Aktionäre vertreten sollen³⁾;
2. die Verwendung des Bilanzgewinns;
3. die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats⁴⁾;
4. die Bestellung der Abschlußprüfer;
5. Satzungsänderungen;
6. Maßnahmen der Kapitalbeschaffung und der Kapitalherabsetzung;
7. die Bestellung von Prüfern zur Prüfung von Vorgängen bei der Gründung oder der Geschäftsführung;
8. die Auflösung der Gesellschaft.

1) Unter der Annahme, der Anleger habe keine anderen, nicht monetären Präferenzen für eine bestimmte Unternehmung (z. B. ein "Paket" zu schaffen, einen bestimmten Prozentsatz der Aktien zu besitzen usw.). Die Entscheidungsfreiheit eines aktuellen und eines potentiellen Aktionärs sind objektiv gleich. Subjektiv jedoch dürfte die psychologische Entscheidungsschwelle des aktuellen Aktionärs höher liegen (Trägheit, Unkenntnis der möglichen Entscheidungsalternativen, Verbundenheitsgefühl mit dem Unternehmen usw.) Hinzu kommen mögliche Kosten (Bankspesen, Steuern usw.), die den Vorteil einer alternativen Verwendung der liquiden Mittel als unbedeutend erscheinen lassen können.

2) Vgl. § 119 Abs. 1 AktG (Rechte der Hauptversammlung)

3) Vgl. die Ausführungen von Abschnitt 5.0.1 Der Aufsichtsrat

4) Vgl. § 120 AktG (Entlastung)

Darüber hinaus hat der Aktionär das Recht der Nichtigkeits- bzw. Anfechtungsklage gegen Hauptversammlungsbeschlüsse¹⁾.

Die Möglichkeit der Hauptversammlung, auf die Geschäftsführung direkten Einfluß zu nehmen, ist aktienrechtlich begrenzt auf den Fall, daß der Vorstand dies ausdrücklich verlangt²⁾.

Indirekte Einflußnahme auf die Geschäftsführung durch einzelne Aktionäre oder durch Aktionärsgruppen (z. B. Vereinigungen, Schutzgemeinschaften) sind hingegen in der Praxis üblich. Ihre Macht ist von verschiedenen Faktoren abhängig, z. B.

- Größe des Aktienanteils an der Unternehmung
- persönliche Bekanntschaften zur Unternehmensleitung
- Bedeutung der Institution, die der Aktionär vertritt. (So kann z. B. eine Bank mit geringem Aktienanteil allein dadurch, daß sie eine "Bank" ist, an Einfluß gewinnen. Noch größer ist der Einfluß natürlich, wenn diese Bank auch als Kreditgeber auftritt und so zusätzlich zu der Interessentengruppe der Gläubiger gerechnet werden muß.)

Das Ausmaß dieser Einflußmöglichkeiten entscheidet allein darüber, welche Informationen der Aktionär außer dem Jahresabschluß und dem Geschäftsbericht noch erhält. Letztlich bedeutet großer Einfluß gute Information über das zu betrachtende Unternehmen. Gute Information aber

1) Vgl. § 246 (Anfechtungsklage) und § 249 (Nichtigkeitsklage) AktG sowie die §§ 250 bis 257 (Nichtigkeit bestimmter Hauptversammlungsbeschlüsse)

2) Vgl. §§ 111 Abs. 4 und 119 Abs. 2 AktG

ist die unabdingbare Voraussetzung, um richtige Entscheidungen treffen zu können.

Wenn in den folgenden Ausführungen zwischen Groß- und Kleinaktionären unterschieden wird, so soll die Einordnung nicht allein vom Aktienanteil, sondern ebenso von den anderen dargestellten Einflußfaktoren abhängig sein.

Die Großaktionäre im zuvor genannten Sinne benötigen, auch wenn sie nicht Mitglied des Aufsichtsrates sind, den Geschäftsbericht nicht als Hilfsmittel in ihren Entscheidungsprozessen. Sie haben die Möglichkeit, sich aufgrund ihres Einflusses mit Unterstützung der Unternehmensleitung über alle wesentlichen Details zu informieren bzw. informieren zu lassen.

Auf den Geschäftsbericht als nahezu einzige Entscheidungshilfe sind lediglich die Kleinaktionäre angewiesen. Ihr Interesse an ausführlichen Informationen muß auch dann unterstellt werden, wenn man der Annahme folgt, ein großer Anteil von ihnen sei "naiv" und daher nicht in der Lage, ein gutes Informationsangebot sinnvoll zu nutzen¹⁾.

1) Vgl. Kappler, Ekkehard, Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, a. a. O., Kappler spricht von der "Ignoranz der Aktionäre". "Schließlich erscheint es nicht unrealistisch anzunehmen, daß sie sich beim Kauf von Aktien ähnlich verhalten wie bei der Anschaffung einer kostspieligen Filmausrüstung oder einer Stereoanlage." (S. 196)

5.0.3 Die Gläubiger

Die derzeitigen Gläubiger erhoffen sich vom Geschäftsbericht hauptsächlich Informationen darüber, ob die Aktiengesellschaft in der Lage ist, die vertraglich vereinbarten Leistungen fristgerecht zu erbringen. Kunden, die ihre bestellten Güter bereits vor Fertigstellung teilweise oder vollständig bezahlt haben, werden in erster Linie an der Fortführung der Produktion interessiert sein. Lieferanten und Geldgeber hingegen, die die Rückzahlung eines bestimmten Geldbetrages (z. B. Tilgung und Zinsen) zu einem bestimmten Zeitpunkt erwarten, wollen über die zukünftige Zahlungsfähigkeit der Unternehmung informiert werden¹⁾. Zu dieser Gläubigergruppe sind auch die Arbeitnehmer zu rechnen, die²⁾ noch Lohn- und Gehaltszahlungen zu erwarten haben.

Potentielle Gläubiger müssen anhand der Informationen des Geschäftsberichtes entscheiden, "ob sie überhaupt Kredit geben wollen, in welcher Höhe, über welche Laufzeit, mit welchen Tilgungsmodalitäten und zu welchem Zins"³⁾. Ferner müssen sie sich im Klaren sein, ob die zur Verfügung stehenden Sicherheiten ihnen ausreichen.

1) Bäumler nennt diese beiden Gläubigertypen "Rentengläubiger" und "Geschäftsgläubiger". Darüber hinaus bezeichnet er als "Unternehmergläubiger" natürliche oder juristische Personen mit einer beherrschenden Stellung im Unternehmen, z. B. Mehrheitsaktionäre oder ein großes Automobilunternehmen für einen Zulieferanten. Vgl. Bäumler, Lothar, Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, a. a. O., S. 46 ff.

2) siehe Abschnitt 5.0.4

3) Beermann, Klaus, Prognosemöglichkeiten von Kapitalverlusten mit Hilfe von Jahresabschlüssen, Band 11 der Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität (Hrsg.: Leffson, Ulrich), Düsseldorf 1976, S. 18

Der erzielbare Informationsumfang eines Gläubigers ist, ähnlich wie bei den Aktionären, von seinem Einfluß auf die Gesellschaft abhängig. So haben Großgläubiger wie z. B. die Kreditinstitute aufgrund ihrer Machtstellung die Möglichkeit, die Verträge zu ihren Gunsten zu gestalten, d. h. weitreichende Informationsverpflichtungen für den Kreditnehmer vertraglich absichern zu lassen¹⁾.

"Banken verlangen als Großgläubiger regelmäßig als Voraussetzung für eine weitere Kreditvergabe Einsicht in den Prüfungsbericht und bei bedeutenden Investitionen in²⁾ die Investitions- und Finanzpläne der Unternehmung".

Darüber hinaus haben die Gesellschaften für die Kreditinstitute häufig Analyseformulare zur Kreditwürdigkeitsprüfung³⁾ auszufüllen.

Auf den Geschäftsbericht als ausführlichste Informationsquelle sind, wie die Ausführungen gezeigt haben, nur die Kleingläubiger angewiesen.

Sie können sich den neuesten Geschäftsbericht zudem erst später beschaffen als die Aktionäre⁴⁾, da sie nicht als direkte Berichtsadressaten gelten.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, a. a. O., S. 72

2) Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 191 - 204, hier S. 195

3) Vgl. Viel, Jakob, Betriebs- und Unternehmungsanalyse, 2. Auflage, Köln und Opladen 1958, S. 307 - 315

4) Vgl. Abschnitt 5.0.2, Die Aktionäre erhalten den Bericht bereits vor der Hauptversammlung

Auf der anderen Seite überlassen sie jedoch im Durchschnitt ihr Kapital nicht so langfristig einer Unternehmung wie die Großaktionäre¹⁾ und haben - soweit sie nicht von einer Gesellschaft abhängig sind - die Möglichkeit der breiteren Risikostreuung durch eine gezielte Differenzierung ihrer Forderungen.

1) Vgl. Lippmann, Klaus, Der Beitrag des ökonomischen Gewinns zur Theorie und Praxis der Erfolgsermittlung, Band 4 der Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Hrsg.: Leffson, Ulrich), Düsseldorf 1970, S. 72

5.0.4 Die Arbeitnehmer

Vergangenheitsorientierte Informationen für die Belegschaft findet man regelmäßig in den Sozialberichten der Unternehmen, die dadurch dokumentieren möchten, daß sie die Arbeitnehmer als Sozialpartner anerkennen. Nach einer Untersuchung Ropers in den USA jedoch "bezogen sich die drei meistgenannten Informationswünsche auf die Zukunft"¹⁾;

- Investitionsvorhaben der nächsten Jahre
- Entwicklung neuer Produkte
- Voraussichtliche Entwicklung des neuen Geschäftsjahres²⁾.

Da sich die Informationen des Geschäftsberichts - wie noch im einzelnen zu zeigen sein wird - vornehmlich auf das abgelaufene Geschäftsjahr beziehen, können diese Wünsche sowie allgemein der Wunsch nach zukunftsorientierten Einkommens- und Sicherheitsinformationen³⁾ nur in geringem Maße erfüllt werden. Hingegen sollten als realisierbare Informationsziele angesehen werden

- Ermittlung der Relation von Personal- und Sozialaufwendungen zum ausgeschütteten Gewinn

1) Frings, Philipp A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Gesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, a. a. O., S. 71

2) Vgl. Roper, E., A report on what information people want about policies and financial conditions of corporations, Volumes 1 & 2, Prepared for the Controllershship Foundation Inc., New York 1948, zitiert bei Frings, Philipp A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, a. a. O., S. 71

3) Vgl. Beermann, Klaus, Prognosemöglichkeiten von Kapitalverlusten mit Hilfe von Jahresabschlüssen, a. a. O., S. 19

- Anteil der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen an der Wertschöpfung des Unternehmens¹⁾.

Zwar verfügen der Arbeitnehmer und die sie vertretenden Gewerkschaften durch ihre Aufsichtsratsmitglieder über eine zusätzliche Informationsmöglichkeit²⁾, es hat sich jedoch in der Praxis erwiesen, daß die Arbeitnehmervertreter ihr Wissen nur in Einzelfällen an die Gewerkschaften weitergeben, z. B. wenn es gilt, die Höhe angemessener Lohnforderungen zu taxieren oder in einen Sozialplan einzuwilligen.

Hingegen ist eine regelmäßige Information der Belegschaft über bedeutende - insbesondere negative - Entwicklungen des Unternehmens nicht üblich. Sie bringt zudem den Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat in die Gefahr, seine Verschwiegenheitspflicht (§ 116 AktG in Verbindung mit § 93 Abs. 1 Satz 2) zu verletzen.

Schneller und vielfach umfangreicher als durch den Geschäftsbericht werden die Arbeitnehmer durch Gewerkschaftszeitschriften, Belegschaftsblätter (z. B. VW-Autogramm) oder Betriebsversammlungen informiert³⁾.

Während die Druckschriften Informationen auf freiwilliger Basis vermitteln, haben die Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf Betriebsversammlungen⁴⁾. Diese

1) Vgl. Moxter, Adolf, Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962, S. 136

2) Vgl. Abschnitt 5.0.1

3) Vgl. auch Frings, Philipp A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, a. a. O., S. 71

4) Vgl. § 42 Abs. 1 Betriebsverfassungsgesetz (Betr. VG)

sind in jedem Quartal vom Betriebsrat einzuberufen¹⁾ und sollen neben tarif- und sozialpolitischen auch wirtschaftliche Themen behandeln, die den Betrieb oder seine Mitarbeiter unmittelbar betreffen²⁾.

"Der Arbeitgeber oder sein Vertreter hat mindestens einmal in jedem Kalenderjahr in einer Betriebsversammlung über das Personal- und Sozialwesen des Betriebs und über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung des Betriebes zu berichten, soweit dadurch nicht Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden."³⁾

In der Praxis zeigt sich eine zeitliche und sachliche Anpassung der Informationsvermittlung im Geschäftsbericht und auf Betriebsversammlungen. Von einem zeitlichen - wie auch inhaltlichen - Informationsvorsprung der Arbeitnehmer kann kaum die Rede sein, jedoch bringt die Einrichtung der Betriebsversammlung breiten Arbeitnehmerkreisen die Unternehmenssituation nahe.

In Unternehmen mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern hat die Unternehmensleitung ferner die Mitarbeiter schriftlich⁴⁾, in kleineren Unternehmen mündlich⁵⁾ über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung des Unternehmens zu unterrichten. Form und Inhalt der Informationen sind nicht konkretisiert. Der Vorteil dieser Berichterstattung liegt mehr in der Aktualität⁶⁾ und der

1) Vgl. § 43 Abs. 1 Betr. VG

2) Vgl. § 45 Betr. VG

3) § 43 Abs. 2 Satz 3 Betr. VG

4) Vgl. § 110 Abs. 1 Betr. VG

5) Vgl. § 110 Abs. 2 Betr. VG

6) So unterrichtet z. B. die Volkswagenwerk AG u. a. über die aktuellen Absatzzahlen nach Regionen und Modellen

daraus abgeleiteten Möglichkeit, aus den vierteljährlichen Einzeldaten einen saisonalen Trend zu ermitteln, als in der Informationsvielfalt und -tiefe.

Schnellste und umfassendste Informationsquelle für die Arbeitnehmer kann der Wirtschaftsausschuß sein, der in allen Unternehmen mit mehr als hundert Beschäftigten zu bilden ist und monatlich tagen soll¹⁾. Er hat die Aufgabe, wirtschaftliche Angelegenheiten mit dem Unternehmer zu beraten und hierüber den Betriebsrat zu unterrichten²⁾. Den Umfang der zu behandelnden wirtschaftlichen Angelegenheiten regelt § 106 Abs. 3 Betr. VG:

- "1. die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Unternehmens;
2. die Produktions- und Absatzlage;
3. das Produktions- und Investitionsprogramm;
4. Rationalisierungsvorhaben;
5. Fabrikations- und Arbeitsmethoden, insbesondere die Einführung oder Stilllegung von Betrieben oder von Betriebsteilen;
6. die Verlegung von Betrieben oder Betriebsteilen;
7. der Zusammenschluß von Betrieben;
8. die Änderung der Betriebsorganisation oder des Betriebszwecks sowie
9. sonstige Vorgänge und Vorhaben, welche die Interessen der Arbeitnehmer des Unternehmens wesentlich berühren können."³⁾

1) Vgl. § 108 Abs. 1 Betr. VG

2) Vgl. § 106 Abs. 1 Betr. VG

3) § 106 Abs. 3 Betr. VG

Inwieweit der einzelne Arbeitnehmer vom größeren Wissensstand des Betriebsrates profitieren kann, ist von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich zu beurteilen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß zumindest die gesetzlichen Vertreter der Arbeitnehmer in einer weit besseren Position sind als andere nicht unternehmensinterne Interessengruppen wie z. B. die Kleinaktionäre. Problempunkt bleibt die Weitergabe der Informationen, die den gesetzlichen Vertretern zuteil werden, an die Mitarbeiter.

Geht man davon aus, daß der interessierte Arbeitnehmer nicht nur alle ihm vermittelten Informationen auswertet, sondern auch seinerseits aktiv Fragen an die Arbeitnehmervertreter stellen kann, ergibt sich insgesamt für ihn ein Wissensstand, der durch den Geschäftsbericht nur noch abgerundet werden kann.

Die Arbeitnehmer sind demnach nur begrenzt als interessierte Empfänger des Geschäftsberichtes anzusehen.

5.0.5 Die Öffentlichkeit

Unter Öffentlichkeit sollen nicht nur der Staat¹⁾, sondern auch "organisierte Interessengruppen, die legitimiert durch größere oder kleinere Teile der Allgemeinheit, Ansprüche der Öffentlichkeit geltend machen"²⁾, verstanden werden. Das Informationsinteresse des Staates läßt sich einerseits aus der lokalen, regionalen oder gar nationalen Bedeutung von großen Aktiengesellschaften ableiten³⁾ und andererseits aus der Notwendigkeit, negative Einflüsse der Unternehmen auf die Gesamtwirtschaft durch eigene wirtschaftspolitische Reaktionen zu vermeiden oder mindestens zu verringern⁴⁾.

Daneben sollen auch die Informationsbedürfnisse anderer Zielgruppen beachtet werden⁵⁾. Dies können Interessengruppen wie z. B. Bürgerinitiativen sein, die dem Geschäftsbericht Informationen über die Aus- bzw. Neubaupläne von Aktiengesellschaften entnehmen wollen, um

1) Vgl. Bäumler, Lothar, Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, a. a. O., S. 12 - 14 und Hofstätter, Paul, Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Frankfurt 1962, S. 74 - 87

2) Hofstätter, Paul, Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, a. a. O., S. 85

3) Vgl. Eisenführ, Franz, Anforderungen an den Informationsgehalt kaufmännischer Jahresabschlußrechnungen, a. a. O., S. 15

4) Vgl. Bühler, Ottmar, Der Aktionär und die Steuerbilanz seiner Gesellschaft, in: Die Aktiengesellschaft 1956, S. 1 - 3, hier S. 1

5) Sprenger geht davon aus, "daß der Vorstand bei seiner Geschäftsführung die Interessen all jener Personen zu berücksichtigen hat, die von seinen Entscheidungen betroffen sind. Sie sind damit zugleich die Adressaten des Geschäftsberichts." Sprenger, Reinhard Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht, a. a. O., S. 57

zu erfahren, ob ihre Wünsche (Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen, Abwehr von Gefährdungen, Verhinderung einer landschaftlichen Umgestaltung usw.) berücksichtigt wurden.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Befriedigung des Informationsbedürfnisses der Wirtschaftspresse, die die Aufgabe der Unterrichtung der "breiten" Öffentlichkeit hat¹⁾.

Den externen Interessenten wird damit, unabhängig von ihrem Rechtsverhältnis zu der berichtenden Unternehmung, eine zusätzliche Informationsmöglichkeit eröffnet, die u. U. bereits eine gewisse analytische Auswertung beinhaltet, jedoch auch das Risiko der beabsichtigten oder unbeabsichtigten Subjektivität birgt.

Zur Öffentlichkeit sind auch die Interessentengruppen zu rechnen, die in Geschäftsbeziehungen zu den berichtenden Gesellschaften stehen²⁾.

So erhoffen sich die Konkurrenten und vor allem die "Branchen-Konkurrenten"³⁾ Informationen über die Einführung neuer Produkte und technische Weiterentwicklungen, die Expansionsabsichten sowie ausführlich erläuterte Bilanz- und GuV-Zahlen zum Vergleich mit den eigenen Daten.

1) Vgl. Juesten, Wolfgang, Cash flow und Unternehmensbeurteilung. Ermöglicht die Cash-Flow-Rechnung eine Schnell-Analyse?, 2. unveränderte Auflage, Berlin 1972, S. 31

2) Vgl. Bischofsberger, Wolf, Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, a. a. O., S. 141

3) ebenda

Für die Lieferanten sind vor allem solche Erläuterungen von Bedeutung, die auf Art und Umfang der zukünftigen Geschäftstätigkeit schließen lassen, damit der eigene zu erwartende Zulieferanteil prognostiziert werden kann.

Ein Interesse der Abnehmer an den Informationen des Geschäftsberichts besteht in erster Linie, wenn für das zu erwerbende Produkt bereits eine Anzahlung geleistet wurde, wie dies in bestimmten Branchen, z. B. im Anlagen- oder Schiffsbau, üblich ist. Die Abnehmer sind in diesem Falle gleichzeitig Gläubiger des berichtenden Unternehmens.

Ferner muß ein Informationsinteresse der Abnehmer speziell an Daten zur Liquiditätslage stets dann unterstellt werden, wenn sie hoffen, ein möglichst langfristiges Zahlungsziel von der berichtenden Gesellschaft für erhaltene Waren eingeräumt zu bekommen.

Der Öffentlichkeit als einer der Zielgruppen für die Berichterstattung schenken die Aktiengesellschaften besonders dann große Bedeutung, "wenn eine der genauer definierbaren Gruppen, wie z. B. die Kunden oder die Eigentümer, sie für ihre Zwecke einspannen, um bestimmte Wünsche auszudrücken. Die Abnehmer oder die Aktionäre allein mögen zu schwach sein, aber wenn sie die öffentliche Meinung mobilisieren können, dann werden die Unternehmen eher auf ihre Forderungen eingehen."¹⁾

1) Frings, Philipp A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, a. a. O., S. 78

5.0.6 Der Fiskus

Der Fiskus verlangt "von der Unternehmung Geld in Form von Steuern ..., in der Regel, um dadurch die Befriedigung solcher Bedürfnisse zu ermöglichen, die privat nicht befriedigt werden können."¹⁾ Ähnlich den Gläubigern "ist er an der pünktlichen Zahlung von Steuer-schulden und möglicherweise anfallenden Zinsen interessiert."²⁾

Zur Ermittlung der zu zahlenden Steuern sind die Steuerbehörden nicht auf die veröffentlichten Jahresabschlüsse einschließlich der Geschäftsberichte angewiesen. Durch Steuererklärungen einschließlich Steuerbilanzen, Außenprüfungen und die Wahrnehmung anderer Auskunftsrechte, die ihnen zustehen, sind sie meist umfassender informiert als die externen Interessengruppen. Als relevanter Empfänger des Geschäftsberichts kann folglich der Fiskus nicht angesehen werden.

1) Schildbach, Thomas, Analyse des betrieblichen Rechnungswesens aus der Sicht der Unternehmensbeteiligten, dargestellt am Beispiel der Aktiengesellschaft, Wiesbaden 1975, S. 20

2) Beermann, Klaus, Prognosemöglichkeiten von Kapitalverlusten mit Hilfe von Jahresabschlüssen, a. a. O., S. 19

5.1 Die relevanten Berichtsempfänger

Interessenten an einem informativen Geschäftsbericht sind, wie die vorherigen Ausführungen gezeigt haben, in den verschiedensten Zielgruppen des Interaktionsfeldes zwischen Unternehmung und Umwelt zu finden. Doch treffen einige Merkmale bei ihnen übereinstimmend zu:

- Ihre Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Geschäftsleitung sind einzeln gar nicht sowie in der Gruppe nur sehr begrenzt realisierbar und
- ihr finanzieller Einsatz ist jeweils relativ gering.

Auf die Zusatzinformationen des Geschäftsberichts sind primär die Kleinaktionäre und Kleingläubiger, die Arbeitnehmer und die von der Existenz und den Aktivitäten der Unternehmung betroffene Öffentlichkeit angewiesen¹⁾.

Dabei ist unerheblich, ob im Einzelfall die betroffenen Personen selbst in der Lage sind, das angebotene Informationsmaterial bilanzanalytisch auszuwerten oder ob Dritte (wie Anlageberater, Wirtschaftspresse, Gewerkschaften) dies für sie übernehmen. Entscheidend ist, daß ihnen neben dem zu einer Analyse notwendigen Zahlenwerk der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung auch die verbalen Zusatzerläuterungen zum Verständnis der Zusammenhänge vermittelt werden müssen, um ein gefestigtes Gesamturteil zu erlauben. Es wird in den folgenden Abschnitten zu klären sein, welche Zusatzinformationen im einzelnen der Berichtsempfänger erwartet bzw. realistischerweise erwarten sollte.

1) Vgl. auch Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 191 - 203, hier S. 195

5.2 Die Informationserwartungen der relevanten Berichtsempfänger

5.2.0 Das Drei-Kreis-Modell

Zur theoretischen Darstellung der nur partiellen Übereinstimmung der Informationsinteressen der am "Berichterstattungsprozeß" beteiligten Personengruppen und Institutionen ist eine Anlehnung an das Drei-Kreis-Modell geeignet. Dieses Modell wurde von Blohm¹⁾ entwickelt, um die Zusammenhänge zwischen den freiwillig vermittelten Informationen der berichtenden Gesellschaft, den derzeitigen und ggfs. auch zukünftigen Informationsforderungen des Gesetzgebers und den Informationswünschen der Berichtsempfänger zu zeigen. Die ursprünglich zur modellhaften Abbildung des gesamten Umfangs des Geschäftsberichts gedachte Darstellung soll hier auf die speziellere Zielsetzung der Informationen des Erläuterungsberichts eingeschränkt werden.

1) Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Blohm, Hans, Geschäftsbericht, in: Management Enzyklopädie, Band 3, München 1970, S. 109 - 119, hier S. 114 ff.

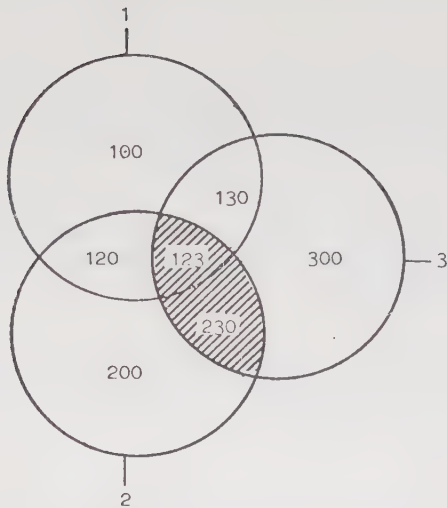


Abb. 1: Modellmäßige Darstellung des Informations-
umfanges der Interessenten

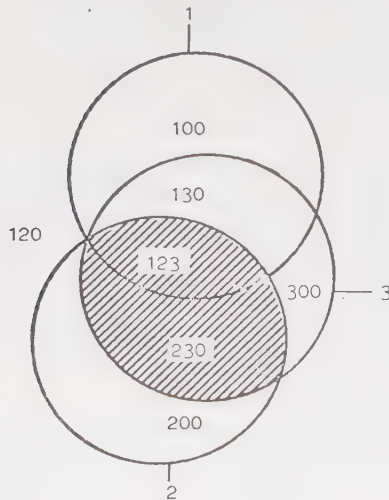


Abb. 2: Verbesserte Übereinstimmung der Interes-
sentenwünsche

Kreis 1 stellt die Menge der Erläuterungen dar, zu deren Vermittlung die Unternehmung aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen ist.

Kreis 2 umfaßt alle Erläuterungen, die die berichtende Unternehmung freiwillig und in Verfolgung ihrer Interessen geben möchte.

Mit Kreis 3 soll die Summe der von den relevanten Berichtsempfängern gewünschten Erläuterungen dargestellt werden.

Jeder der drei Kreise verdeutlicht die autonomen Interessen einer der am Informationsprozeß beteiligten Gruppen oder Institutionen. Die Überschneidungsbereiche zeigen gemeinsame Interessen von zwei oder gar aller drei beteiligten Gruppen und Institutionen. Durch die einzelnen Felder des Modells werden alle denkbaren Interessenkonstellationen erfaßt.

Durch den Bereich 100 sollen jene Erläuterungen verdeutlicht werden, an deren Veröffentlichung weder die Berichtsempfänger noch die Unternehmung selbst interessiert sind. Sie werden vermittelt aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen über den Inhalt des Geschäfts- und hier speziell des Erläuterungsberichts.

Die Veräußerung der einzigen eigenen Aktie beispielsweise ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 berichtspflichtig, aber aufgrund der geringen Bedeutung dieses Geschäftsvorganges weder für die Unternehmung noch für die Aktionäre von Interesse¹⁾.

1) Wesentlich ist hier die Information, daß die Gesellschaft derzeit keine eigenen Aktien hält.

Die Gesellschaft wird hier - wenn überhaupt - den gesetzlichen Mindestanforderungen genügen, denn Kritik von seiten der Berichtsempfänger ist nicht zu erwarten. Die formale Einhaltung der aktienrechtlichen Mindestvorschriften empfiehlt sich jedoch im Hinblick auf die zu erwartende Überprüfung bei der Einreichung zum zuständigen Registergericht.

Bereich 200 verdeutlicht den Umfang der Erläuterungen, an deren Verbreitung lediglich die berichtende Gesellschaft interessiert ist, z. B. weil sie sich einen imagefördernden Effekt von diesen Veröffentlichungen verspricht oder aber das Informationsinteresse der Berichtsempfänger falsch eingeschätzt hat.

Den Bereich 300 bezeichnet Blohm als "das Feld der unbefriedigten Informationswünsche des Empfängers"¹⁾. Sieht man von den nicht unternehmensrelevanten und meist im privaten Bereich angesiedelten Informationswünschen einzelner Berichtsempfänger ab, so ist der Erläuterungsumfang, der nicht durch gesetzliche Vorschriften erzwungen wird oder dem Eigeninteresse der Unternehmung entspricht, abhängig von

- der Anzahl und der Einflußstärke der einzelnen Interessentengruppen
- dem Kapitalbedarf und der Verschuldung der Gesellschaft
- der Stellung der Unternehmung im Kreise ihrer Mitbewerber.

1) Blohm, Hans, Geschäftsbericht, a. a. O., S. 109 - 119, hier S. 115

So besteht beispielsweise in einer Familien-Aktiengesellschaft seitens der Aktionäre kein solches Interesse an den Informationen des Erläuterungsberichts wie in einer Gesellschaft mit breitgestreutem Aktienbesitz. Aus dem Kreis der anderen Berichtleser bleibt jedoch dieses Informationsinteresse unverändert bestehen.

In den Bereich 300 fallen auch die Erläuterungen, die mit Hinweis auf die Schutzklauseln des § 160 Abs. 4 Sätze 2 und 3 unterbleiben dürfen, aber für die Berichtsempfänger wertvoll wären.

Ähnlich den Erläuterungen, die im vorliegenden Modell durch den Bereich 100 dargestellt werden sollten, fehlt auch für die Informationen im Bereich 120 das Interesse der Berichtsempfänger. Den Zielen der Gesellschaft kommen die hier angesiedelten gesetzlichen Bestimmungen jedoch entgegen, und so werden sie hierzu ausführlich und umfassend berichten, ohne jedoch ihr Informationsziel bei den Berichtsempfängern zu erreichen.

Bereich 130 stellt im Gegensatz dazu die gesetzlich vorgeschriebenen Erläuterungen dar, an denen die Berichtsempfänger interessiert sind, über die jedoch aufgrund der kontroversen Interessen der Unternehmen u. U. nur unzureichend berichtet wird. Die Unternehmen werden ihren Berichterstattungsumfang hierzu so dürftig wie möglich halten.

Zufriedenstellende Erläuterungen können die Berichtsadressaten stets dann erwarten, wenn ihre "Empfängerwünsche" sich mit den "Senderwünschen" der Unternehmen decken (Bereich 230) und ggfs. diese zusätzlich durch die gesetzlichen Bestimmungen untermauert werden (Bereich 123).

Eine Verbesserung der Aussagefähigkeit des Erläuterungsberichts ist abhängig von der Möglichkeit, die Überschneidungsbereiche zwischen den Interessen der Berichtsempfänger und der berichtenden Gesellschaft zu vergrößern. In dem Maße wie es gelingt, die Kreise 2 und 3 zur Übereinstimmung zu bringen, wird die Zufriedenheit der Berichtsadressaten mit den Erläuterungen der Gesellschaften steigen.

Realistischerweise muß man jedoch unterstellen, daß eine Verbesserung der Aussagefähigkeit für die Berichtsempfänger nur zu erreichen ist, wenn es gelingt, die "Berichtenden" von der Notwendigkeit besserer und ausführlicherer Informationen zu überzeugen, d. h. sie müssen auf dem Umweg über ihr "Eigeninteresse" zu den dann gleichgerichteten "Empfängerinteressen" geleitet werden. In dem Maße, wie ausführliche Erläuterungen in den Geschäftsberichten von den Gesellschaften als Komponenten einer positiven Selbstdarstellung (Vertrauenswerbung, Imageförderung usw.) anerkannt werden, läßt sich diese Zielsetzung realisieren.

Es muß allerdings bezweifelt werden, daß diese unternehmerische Einstellung in Krisensituationen beibehalten wird. Wer will es einer Gesellschaft, die in der nächsten Zukunft mit Liquiditätsproblemen rechnet, verübeln, wenn sie ihre finanzielle Lage nicht mit der gebotenen Deutlichkeit darstellt, genau wissend, daß sich ihre Überlebenschance aufgrund der zu erwartenden Reaktionen der gut informierten aktuellen und potentiellen Gläubiger nur verringern würde.

So wird deutlich, wie wenig Verlaß gerade in problematischen unternehmerischen Situationen auf die freiwillige (umfassende) Berichterstattung ist. Soweit vorhanden, sollten daher die aktienrechtlichen Vorschriften über den Mindestinhalt des Erläuterungsberichts zur Absicherung der Interessen der Berichtsempfänger beachtet werden (Bereiche 130 und 123). Die Untersuchung der in der heutigen Praxis üblichen Geschäftsberichte zeigt, daß nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Erläuterungen so hinreichend gegeben werden, wie es für das Verständnis von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung notwendig wäre¹⁾.

Bei einer für die Berichtsadressaten günstigen Auslegung des Gesetzestextes könnten die aktienrechtlichen Bestimmungen einen großen Teil ihrer Erläuterungswünsche abdecken. Zudem sind Erweiterungen des gesetzlichen Rahmens nicht zuletzt durch die vierte EG-Richtlinie und deren nationale Transformation in das deutsche Handels- und Aktienrecht vorgesehen²⁾.

1) Vgl. Schulte, Karl-Werner, Aktienrechtliche Rechnungslegung im Spiegel der Geschäftsberichte, a. a. O., insbesondere Kapitel "5. Erläuterungspflichten und Ergebnisse der empirischen Untersuchung", S. 63 ff.

2) Vgl. Abschnitt 3.

5.2.1 Das vermutete Informationsbedürfnis der Berichtsadressaten

Die vermuteten Einzelinteressen der möglichen Berichtsadressaten lassen sich zusammenfassen zu der Aussage, daß alle Empfängergruppen letztlich über die gegenwärtige und die zukünftige Rentabilitätslage des betrachteten Unternehmens informiert werden möchten¹⁾, um die für sie vorteilhaftesten Entscheidungen fällen zu können.

Zu diesem Zweck analysieren sie die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und sind zusätzlich auf die ergänzenden Informationen des Geschäftsberichts angewiesen²⁾. Aus der Summe der erlangten Informationen über die bisherige Entwicklung und die derzeitige Lage des Unternehmens hoffen sie, Indizien für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens zu gewinnen³⁾.

Direkte zukunftsorientierte Informationen, vermittelt aufgrund des Wissensstandes der berichtenden Gesellschaft, dürften den Informationsinteressen der Empfänger sehr entgegenkommen. Aufgrund der fehlenden Möglichkeit ihrer Überprüfung und des Risikos der unbewußten Fehleinschätzung sowie der bewußten Manipulation werden derartige Informationen im Aktiengesetz nur bedingt verlangt, z. B. im Lagebericht. Dem Informationsbedürfnis der Berichtsempfänger steht bei zukunftsorientierten Angaben das Schutzbedürfnis vor Fehlinformationen entgegen.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 29

2) Vgl. Geßler, Ernst / Hafermehl, Wolfgang / Eckhardt, Ulrich / Kropff, Bruno, Aktiengesetz, Band III, a. a. O., S. 338 (Iz. 2 zu 160 AktG)

3) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 29

Dem Interessenten bleibt nur die Möglichkeit, sich sein Bild vom gegenwärtigen Stand und der zukünftigen Entwicklung der Rentabilitäts- und Liquiditätslage einer Gesellschaft mosaikartig aus einer Vielzahl von Einzelinformationen selbst zusammenzusetzen. Es kann die Hypothese aufgestellt werden, daß die Berichtsempfänger mindestens die Einhaltung der folgenden "Normen" und Bestimmungen erwarten

1. der allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze der Richtigkeit, der Klarheit und Übersichtlichkeit, der Vollständigkeit und der Wesentlichkeit (Materiality) und
2. des speziellen Berichterstattungsgrundsatzes des § 160 Abs. 4 Satz 1 des Aktiengesetzes "Der Bericht hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen".

Diese Berichterstattungsgrundsätze bieten jedoch ein breites Spektrum an Auslegungsmöglichkeiten. Der Mindestinhalt eines bilanzanalytisch auswertbaren Berichts soll daher anhand eines Mindestkatalogs von Berichterstattungsregeln fixiert werden.

Der Schwerpunkt wird dabei, dem Ziel der Arbeit entsprechend, auf der Bestimmung von Regeln für den Erläuterungsbericht liegen. Entsprechende Regeln für den Lagebericht könnten ebenso definiert werden. Sie müßten jedoch aufgrund des allgemeineren Charakters des Lageberichts ebenfalls allgemeiner formuliert werden, z. B. Darstellung der derzeitigen Lage und der Entwicklung der Gesamtwirtschaft, der Branche und der Gesellschaft aus der Sicht der Unternehmensleitung, Berichterstattung

Über die nach Schluß des Geschäftsjahres eingetretenen und die voraussichtlich zu erwartenden Vorgänge von besonderer Bedeutung in einem überschaubaren Prognosezeitraum. Der Lagebericht kann somit auch Extrapolationen der im Erläuterungsbericht zu vermittelnden Informationen für zukünftige Ereignisse mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit, auf die explizit hingewiesen werden sollte, beinhalten.

Die Ermittlung der Rentabilitäts- und Liquiditätslage für das abgelaufenen Geschäftsjahr wie für die Zukunft einer Aktiengesellschaft erfordert einen Erläuterungsumfang, der den Mindestanforderungen der Berichtsempfänger voraussichtlich dann entspricht, wenn er die folgenden thesenmäßig zusammengestellten "Erläuterungsarten" beinhaltet und entsprechend den "Berichterstattungsgrundsätzen" ausfüllt.

6. Thesen zum notwendigen Erläuterungsumfang

6.0 Modellerweiternde und modellbeschreibende
Zusatzinformationen

Die notwendigen Zusatzinformationen des Geschäftsberichts zum Zahlenwerk der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung lassen sich aufteilen in modellerweiternde und modellbeschreibende Zusatzinformationen¹⁾.

Beziehen sich die Informationen "auf Sachverhalte, die nicht in das System von Buchführung und Abschluß eingehen, so wird durch sie das Modell Jahresabschluß erweitert"²⁾. Die modellhafte Abbildung der geschäftlichen Realität eines Unternehmens in der Buchführung und im zeitlich folgenden Jahresabschluß führt zum Verlust zahlreicher Einzelinformationen. Durch die Vermittlung modellbeschreibender Zusatzinformationen kann dieser Nachteil weitgehend behoben werden.

Welche Informationen der beiden beschriebenen Arten der interessierte Empfänger durch den Erläuterungsbericht erwartet, wird anhand der folgenden Thesen zum notwendigen Mindestinhalt des Erläuterungsberichts dargestellt.

1) Vgl. zu der weiteren Aufteilung:
Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 192 - 203, hier S. 196 - 202

2) ebenda, S. 196

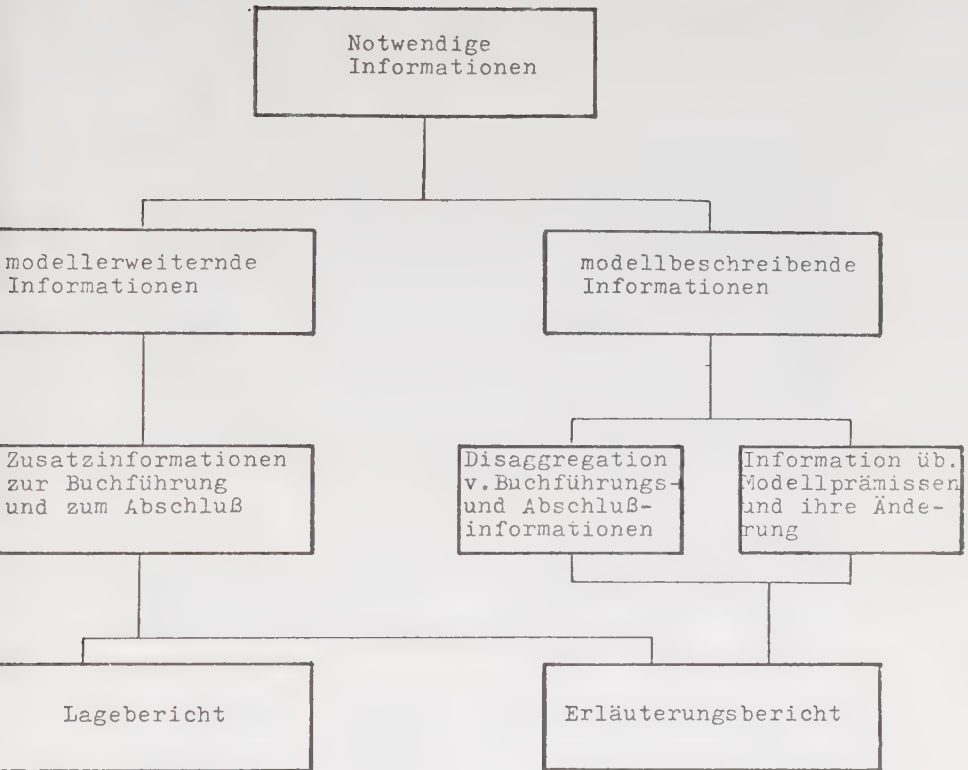


Abb. 3: Informationsarten des Geschäftsberichts

6.1 1. These: Offenlegen der Modellprämissen
(Modellbeschreibung)

Die Abbildungsregeln, die die berichtende Gesellschaft angewandt hat, um die geschäftlichen Vorgänge in das Modell Jahresabschluß zu überführen, müssen offengelegt werden. Diese Forderung ist aufgrund der vielfältigen Auslegungsmöglichkeiten der kodifizierten und der nicht kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der verbleibenden Ermessungsspielräume, die das Aktiengesetz den bilanzierenden Gesellschaften läßt, notwendig. Nur durch die Angabe aller angewandten Prämissen¹⁾ kann die spezielle Interpretation der modellmäßigen Darstellung seitens der einzelnen Unternehmung für die Berichtsadressaten durchschaubar und damit nachvollziehbar gestaltet werden.

Als Basis für die Forderung nach Offenlegung der Modellprämissen dienen - neben dem Interesse der Berichtsempfänger - die aktienrechtlichen Bestimmungen der §§ 149 Abs. 1 und 160 Abs. 2 Satz 2.

In § 149 Abs. 1 heißt es: "Der Jahresabschluß hat den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu entsprechen und muß im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft geben". Dazu präzisiert § 160 Abs. 2 Satz 2 für den Inhalt des Erläuterungsberichts: "Dabei sind die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden so vollständig anzugeben, wie es zur Vermittlung eines möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft erforderlich ist". Dies

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Gläubigerschutz, in: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, 1975, S. 299 - 316, hier S. 306

bedeutet, "daß der Jahresabschluß - ergänzt durch den Geschäftsbericht - einem bilanzkundigen Leser ein unverfälschtes, nicht irreführendes Bild der Unternehmung vermitteln soll"¹⁾.

Durch die Forderung des § 160 Abs. 2 Satz 2 nach Angabe der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden wird im besten Falle erkennbar, in welcher Weise die bilanzierende Gesellschaft die ihr zur Verfügung stehenden Ermessensspielräume tatsächlich genutzt hat. Es fehlt jedoch die Anweisung, wie sie Ermessensspielräume zu nutzen hat, um ein "möglichst sicheres" Abbild der realen ökonomischen Sachverhalte zu gewährleisten und sicherzustellen, daß keine konträren Manipulationsabsichten verfolgt werden.

Erst mit der Erfüllung dieser Forderung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist auch eine entsprechende Information über die realitätsnahen Modellprämissen im Erläuterungsbericht möglich.

Bei zukunftsorientierten Sachverhalten wird die Möglichkeit der alternativen Ausnutzung von Ermessensspielräumen durch die Verschiedenartigkeit der Einschätzung von Zukunftsdaten bedingt. Die zu erwartende Realität kann daher nur in Bandbreiten geschätzt werden²⁾. Diese Schätzungen sollten im Erläuterungsbericht dargestellt werden, damit die Berichtsempfänger die Überlegungen der Gesellschaft nachvollziehen können und ein genaues Bild der zugrundeliegenden Modellprämissen bekommen.

1) Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 200

2) Vgl. Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 201

Die Vorschriften des Gesetzgebers über den Teil des Erläuterungsberichts, der die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden sowie deren Änderung¹⁾ betrifft, sind präziser gefaßt als die Bestimmungen zur Information über wesentliche Sachverhalte bei den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung²⁾. Jedoch bietet die Literatur auch hierzu verschiedene Interpretationsmöglichkeiten des Gesetzestextes an, die zu einem unterschiedlich guten Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft führen. Die Generalklausel des § 160 Abs. 4 Satz 1 "Der Bericht hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen" kann nur dahingehend interpretiert werden, daß der Informationsempfänger ein Bild von Umfang und Bedeutung der Schätzungen, Wertansatzwahlrechte und Bewertungen innerhalb von Bewertungsspielräumen gewinnen soll.

Unverständlich bleiben kritische Stellungnahmen zu § 160 Abs. 2 Satz 2, wie die von Esser: "Im neuen Aktiengesetz sind die Bestimmungen so detailliert, daß man versucht ist, von einem Übertriebenen Perfektionismus zu sprechen."³⁾ Die Erläuterungspraxis ist von einem positiv zu bewertenden Perfektionismus noch weit entfernt.

1) Vgl. hierzu die Ausführungen in Abschnitt 6.2 2. These: Offenlegen von Veränderungen der Modellprämissen

2) Vgl. hierzu die Ausführungen in Abschnitt 6.3 3. These: Offenlegen durch Disaggregation

3) Esser, Johann, Gliederungsvorschriften, Bewertung, Gewinnverwendung und Pflichtangaben nach dem Aktiengesetz von 1965, in: Die Aktiengesellschaft, 1965, S. 310 - 319, hier S. 317

6.2 2. These: Offenlegen von Änderungen der
Modellprämissen (Modellbeschreibungen)

Der Gesetzgeber verlangt die Wiederholung der Erläuterungen zu den gewählten Modellprämissen nur in jedem dritten Jahr, wenn sich die angesetzten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden in der Zwischenzeit nicht geändert haben (§ 160 Abs. 2 Satz 2, 2. Halbsatz). Sind hingegen Änderungen bei den zugrundegelegten Bewertungs- und Abschreibungsmethoden eingetreten¹⁾, so sind diese darzulegen und nach Überschreitung einer bestimmten Größenordnung²⁾ auch betragsmäßig anzugeben.

Mit diesen aktienrechtlichen Vorschriften soll der bilanzierenden Unternehmung nicht nur die Möglichkeit gegeben, sondern - im Sinne der verbesserten Information der Interessenten - auch die Verpflichtung auferlegt werden, ihre Anpassungsmaßnahmen an die geänderte Realität oder den verbesserten Erkenntnisstand über zukünftige Ereignisse gegenüber den im Vorjahr veröffentlichten Modellprämissen erkennbar zu machen. So wie von der Gesellschaft verlangt wurde, bei unveränderter Datenkonstellation konstant die gleichen realistischen Methoden zu verwenden, muß sie im Falle einer sich ändernden Umwelt die für die neue Situation zutreffenden Modellprämissen ansetzen.

1) Dazu zählt nach § 160 Abs. 2 Satz 4 auch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen oder Wertberichtigungen

2) Der Unterschiedsbetrag bei Änderung der Modellprämissen ist nach § 160 Abs. 2 Satz 5 anzugeben, wenn der neue Betrag 10 % unter oder über dem Wert liegt, der sich ohne die Änderung ergeben hätte und 0,5 % des Grundkapitals übersteigt.

Auf diese Weise wird zwar der Grundsatz der Stetigkeit der Prämissen¹⁾ durchbrochen, jedoch bleibt die bedeutungsvollere Forderung nach der Richtigkeit der in Ansatz gebrachten Modellprämissen gewahrt.

Der mit dem Durchbrechen des Stetigkeitsgrundsatzes verbundene partielle Informationsverlust aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse muß durch Zusatzinformationen so weit wie darstellbar überbrückt werden können. In den Zusatzinformationen muß im Interesse der Berichtsempfänger jede der gegebenenfalls zahlreichen Änderungen benannt, begründet und mit ihren wertmäßigen Auswirkungen dargestellt werden. Nur so werden auch solche Prämissenänderungen erkennbar, die, einzeln von großer Bedeutung, sich durch entgegengesetzte betragsmäßige Auswirkungen insgesamt nivellieren.

1) Vgl. Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm, Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 201

6.3 3. These: Offenlegung durch Disaggregation
(Modellbeschreibung)

Die Erläuterungen der Modellprämissen und ihrer Änderungen werden in der Praxis normalerweise den anderen Erläuterungen aufgrund ihres allgemeinen, häufig mehrere Positionen betreffenden Charakters vorangestellt. Ihnen schließen sich die Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung an.

Die Zahlenwerte der einzelnen Posten des Jahresabschlusses sind das Ergebnis eines systematischen Verdichtungsprozesses der einzelnen Buchungen eines Geschäftsjahres. Die Zahlen haben die Aufgabe, die verschiedenartigen Vermögens- und Schuldenteile einer Gesellschaft in die gemeinsame Dimension Geldeinheit zu überführen. Eine sinnvolle Analyse der Zahlenwerte der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist jedoch für den Interessenten ohne die Kenntnis der hinter den einzelnen Zahlen stehenden ökonomischen Sachverhalte nicht möglich.

Modellbeschreibende Disaggregationen sind

- der Sache nach und
- der Fristigkeit nach

möglich.

Disaggregationen der Sache nach sind bei solchen Jahresabschluß-Positionen notwendig, die heterogene Sachverhalte beinhalten.

Für den Bilanzanalytiker ohne Zusatzinformationen undurchschaubar sind z. B. Strukturverschiebungen innerhalb einer Position. Dies gilt besonders dann, wenn sich der Posten betragsmäßig nicht nennenswert gegenüber dem Vorjahr geändert hat. Hat z. B. eine Gesellschaft, die die Produkte A und B herstellt, in einem Jahr 90 % ihres Umsatzerlöses mit dem Produkt A, im Folgejahr jedoch 80 % mit dem Produkt B erzielt, so ist diese bedeutsame Veränderung dem Berichtsleser durch eine disaggregierte Darstellung zu verdeutlichen und zu begründen.

Bei der Begründung handelt es sich jedoch bereits um eine modellerweiternde Zusatzinformation. Ohne die Begründung der Veränderung bleibt zumindest bei bedeutenden Positionen wie den Umsatzerlösen eine Information unvollständig. Eine Aufgliederung, wie in der 4. EG-Richtlinie vorgeschlagen, nach

- Tätigkeitsbereichen sowie
- geographischen Märkten¹⁾

allein und ohne Kommentierung reicht zur ausreichenden Information nicht aus.

Modellbeschreibende Zusatzinformationen sind häufig bei Positionen notwendig, die durch die Bezeichnung "Sonstige" gekennzeichnet sind.

In den Gliederungsschemata der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 151 Abs. 1 und 157 Abs. 1 AktG sind hiervon die Positionen "Sonstige Vermögensgegenstände", "Sonstige Verbindlichkeiten" sowie

1) Abschnitt 8, Artikel 43, Abs. 1, Nr. 8 der 4. EG-Richtlinie

"Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge", "Sonstige Erträge", "Sonstige Steuern" und "Sonstige Aufwendungen" betroffen.

Wichtig ist ebenso die Aufgliederung nach ordentlichen und außerordentlichen Bestandteilen eines Postens, denn sie "liefert ganz wesentliche Informationen über das Zustandekommen des ausgewiesenen Ergebnisses".¹⁾

§ 160 Abs. 2 Satz 3 AktG verlangt die Angabe des Abschreibungsbetrages auf die Zugänge jeder Position des Anlagevermögens, um dem Berichtsleser einen - wenn auch begrenzten - "Einblick in die Abschreibungspolitik der Gesellschaft"²⁾ wie auch in "sofort erkannte Fehlmaßnahmen"³⁾ zu vermitteln, wenn eine sofortige Wertberichtigung erfolgt.

Disaggregationen der Fristigkeit nach sollen dem außenstehenden Interessenten die (Rest-)Laufzeiten der einzelnen Forderungen und Verbindlichkeiten verdeutlichen, um ihm zumindest einen Teilaspekt der zukünftigen Liquiditätslage des Unternehmens darzulegen.

Im aktienrechtlichen Gliederungsschema des § 151 Abs. 1 verlangt der Gesetzgeber zu einigen Positionen die Angabe von Restlaufzeiten. So soll zum Bilanzposten "Forderungen aus Lieferungen und Leistungen" vermerkt werden, welche Beträge erst in mehr als einem Jahr eingehen

1) Beermann, Klaus / Fölling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 199

2) Adler, Hans / Düring, Walter / Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, a. a. O., S. 769 f., Tz. 44

3) ebenda

werden. Bei den "Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" ist der Anteil anzugeben, der vor Ablauf dieser Frist fällig wird.

Wie im letzten Beispiel gezeigt, entscheidet laut Aktiengesetz nicht die Rest-, sondern die Gesamtlaufzeit darüber, ob eine Ausleihung oder Verbindlichkeit als langfristig eingestuft wird oder nicht. Zusätzliche Angaben über Restlaufzeiten erfolgen nur in einem absoluten oder relativen Anteil vom Gesamtbetrag einer Position.

Eine solche gesetzliche Regelung kann einen Bilanzanalytiker jedoch nicht zufriedenstellen; denn sie gewährt nicht den gewünschten sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft. Betrachtet man die Begründung des Regierungsentwurfs zum Aktiengesetz von 1965, so wird deutlich, daß der Gesetzgeber gar nicht die Absicht hatte, dem Bilanzanalytiker einen möglichst sicheren Einblick in die Liquiditätslage der berichtenden Gesellschaft zu gewähren. Vielmehr sollte in erster Linie die Art der Geldanlage dargestellt werden. Der Gesetzgeber beabsichtigte eine "sachliche" Aufgliederung der Bilanz; ein einmal erworbenes Merkmal, wie z. B. das der Langfristigkeit bei einer Ausleihung oder einer Verbindlichkeit, sollte nicht in den letzten Jahren der Laufzeit verlorengehen¹⁾.

Dieser Nachteil wird jedoch zumindest bei Verbindlichkeiten mit weniger als einem Jahr Restlaufzeit nach

1) Vgl. Begründung zum Regierungsentwurf eines Aktiengesetzes, zitiert nach: Kropff, Bruno, Aktiengesetz, zusammengestellte Textausgabe des Aktiengesetzes vom 06.09.65 und des EG AktG mit Begründung des Regierungsentwurfs und Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Düsseldorf 1965, Begründung zu § 144 Reg. E., S. 227

Inkrafttreten der 4. EG-Richtlinie¹⁾ und ihrer Transformation in das deutsche Recht aufgehoben sein.

Ein Erläuterungsbericht, der den Berichterstattungsgrundsätzen und den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft entsprechen soll, muß alle für den Berichtsempfänger wesentlichen Disaggregationen zu den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung beinhalten. Dazu sollte ohne Zweifel auch die Disaggregation nach den Restlaufzeiten gehören. Nur durch diese Erläuterungen erfährt der interessierte Leser, bis wann bzw. ab wann der berichtenden Gesellschaft wieviel Kapital zur Verfügung steht.

Um eine zu weit gehende Aufgliederung nach der Restlaufzeit zu vermeiden, sollte für die betroffenen Positionen der Ausleihungen, Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten die betragsmäßige Angabe in Jahreszeiträumen (bis 1, 2, 3 Jahre sowie 4 Jahre und mehr) genügen.

Gewisse Liquiditätsvermutungen lassen sich auch aus der Gewinn- und Verlustrechnung ziehen. So weisen z. B. hohe Zinsaufwendungen darauf hin, daß außer den üblichen Bankzinsen auch Überziehungsprovisionen usw. zu zahlen waren. Hohe Zinserträge hingegen lassen auf eine gute Liquiditätslage im Berichtsjahr (mit entsprechenden Auswirkungen auf die nähere Zukunft) schließen²⁾. Voraussetzung für die Möglichkeit einer derartigen Analyse ist jedoch eine disaggregierte Darstellung der einzelnen Zinsarten.

1) Vgl. Abschnitt 3, Artikel 9, Passiva, C. Verbindlichkeiten

2) Vgl. Kiepe, Georg, Die Publizität der Formen der Verlust- und Gewinnrechnung, Wien 1958, S. 67

Die disaggregierte Darstellung von Strukturveränderungen innerhalb einzelner Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist sowohl der Sache wie der Fristigkeit nach notwendig, um dem Bilanzanalytiker einen Einblick in die Veränderungen der Umweltsituation der berichtenden Gesellschaft sowie deren aktive Politik in den verschiedensten Teilbereichen (wie Absatz, Produktion, Investition, Finanzierung usw.) zu geben.

6.4 4. These: Offenlegung durch modellerweiternde
Zusatzinformationen

Die meisten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der deutschen Aktiengesellschaften sind nach den Gliederungsschemata von § 151 Abs. 1 und § 157 Abs. 1 AktG aufgebaut. Der substanzielle Inhalt der einzelnen Positionen entspricht auch in der Praxis weitgehend den in den aktienrechtlichen Kommentaren gegebenen Empfehlungen, so daß sich der an der materiellen Zusammensetzung der einzelnen Positionen interessierte, geschulte bzw. sachkundige Leser hierüber ohne Zuhilfenahme des Erläuterungsberichts informieren kann¹⁾.

Zusatzinformationen zu den einzelnen Positionen des Jahresabschlusses, die über den modellbeschreibenden Rahmen hinausgehen, sind für den Bilanzanalytiker folglich stets dann von Interesse, wenn sie mehr beinhalten als allgemeine und für alle Aktiengesellschaften gleichermaßen gültige Sachverhalte, z. B. die Ausnutzung steuerlicher Wahlrechte.

Um dem Bilanzleser die erwünschte Klarheit beim Verständnis aller Positionen des Jahresabschlusses zu ermöglichen, die er für einen sicheren Einblick in die Gegebenheiten der betreffenden Gesellschaft benötigt, sind Zusatzinformationen jedoch stets dann zu vermitteln, wenn dem Interessenten ohne Erläuterung die Einordnung einer Position im Gesamtgefüge der Bilanz bzw.

1) Die wertmäßige Zusammensetzung der einzelnen Positionen mit heterogenen Sachverhalten wird zudem durch die "modellbeschreibende Disaggregation" (3. These) offengelegt.

der Gewinn- und Verlustrechnung nicht verständlich wäre oder eine unübliche Position gebildet wird¹⁾.

Der gleiche Erläuterungsgrund liegt vor, wenn unter der Bezeichnung einer bekannten Position von der Norm abweichende Sachverhalte ausgewiesen werden.

Unter der Voraussetzung, daß dem Bilanzanalytiker der substanzielle Inhalt einer Position verständlich ist, sind ihm Erläuterungen zu diesem Posten stets dann erwünscht, wenn

- eine bedeutende wertmäßige Veränderung eingetreten ist oder aber
- eine bedeutende wertmäßige Verschiebung innerhalb der Bestandteile einer Position ohne Erläuterungen nicht erkennbar ist.

In beiden Fällen ist die eingetretene Entwicklung des Berichtsjahres zu begründen. Im ersten Falle erscheint die Notwendigkeit für eine Erläuterung häufig auch der berichtenden Gesellschaft einsichtig, da sie damit

1) Dazu das folgende Beispiel aus dem Bericht über das Geschäftsjahr 1972 der Deutschen Texaco Aktiengesellschaft, Hamburg 1973: Sie weist in der Bilanz zwischen den Posten "Bauten auf fremden Grundstücken" und "Maschinen und maschinelle Anlagen" die Position "Bohrungen" aus, die sie nicht erläutert. Aus dem übrigen Bericht muß man schließen, daß es sich hierbei nicht um Bohrrechte handelt (immaterielle Werte werden an anderer Stelle ausgewiesen) und ebenso wenig um Fördereinrichtungen (werden separat erläutert). Aus einem Hinweis bei der Erläuterung der Abschreibungsmethoden geht hervor, daß hier aus steuerlichen Gründen voraussichtlich gleichartige Gegenstände (aber welche?) getrennt ausgewiesen werden, denn dort (S. 18) heißt es: "Für Bohrungen gelten die zwischen der Oberfinanzdirektion Hannover und dem Wirtschaftsverband Erdölgewinnung ab 1. Juli 1957 vereinbarten Abschreibungsgrundsätze." Ein erläuternder Satz hätte die notwendige Klarheit zum Verständnis dieser Position geben können.

rechnen muß, daß die Aktionäre von ihrem Auskunftsrecht Gebrauch machen¹⁾). Im zweiten Falle hingegen ist damit zu rechnen, daß nicht erkennbare Strukturverschiebungen innerhalb einer Position, die mit Sicherheit regelmäßig auftreten, nur sehr selten erläutert werden.

Modellerweiternde Zusatzinformationen bauen stets auf modellbeschreibenden auf. Ihre Bedeutung für den Informationsstand des Bilanzanalytikers ist mindestens ebenso groß, jedoch ist ihre Vermittlung durch die Gesellschaft eher infrage gestellt, da häufig keine Kontrolle der Vollständigkeit der gegebenen Zusatzinformationen durch die Berichtsempfänger möglich ist.

Andererseits bergen Informationen über Veränderungsgründe das Risiko der bewußten Meinungsmanipulation in dem Erläuterungsbericht, speziell, wenn die Ursache für eine Veränderung in verschiedenen Einflußfaktoren zu sehen ist.

Für den Fall, daß die Geschäftsleitung eine Entwicklung selbst nicht eindeutig begründen kann, sollte sie dies kenntlich machen und sich auf die Vermittlung der ihr bekannten Fakten beschränken, aus denen der Bilanzanalytiker sein Urteil selbst (und auf eigenes Risiko) bilden kann.

In den Fällen jedoch, in denen die Veränderung einer Position von der Gesellschaft selbst verursacht wurde oder aber von außen gegebene Einflüsse eindeutig bestimmbar sind, sollten die Begründungen dieser Sachverhalte zum Bestandteil des Erläuterungsberichts werden.

1) Vgl. § 131, 132 und 326 AktG

Nicht zuletzt stellen die elf Einzelangaben des § 160 Abs. 3 und speziell die Nummern 4, 5, 6, 7 und 10¹⁾ modellerweiternde Zusatzinformationen zum Jahresabschluß der Aktiengesellschaften dar. Sowohl der Gesetzestext als auch die Kommentare geben über den notwendigen Mindestinhalt der Berichterstattung zu diesen Einzelangaben hinreichend (und weitgehend einheitlich) Auskunft. Darüber hinaus erfolgt in der Praxis die Berichterstattung zu den elf Einzelangaben durchschnittlich korrekt.

Der Vollständigkeit wegen (da nicht Thema dieser Arbeit) sei hier nochmals auf die modellerweiternden Zusatzinformationen des Lageberichts hingewiesen, die sich aus § 160 Abs. 1 ergeben.

Neben den Angaben zum Geschäftsverlauf und der Lage der Gesellschaft²⁾ ist die Berichterstattung "über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluß des Geschäftsjahres eingetreten sind"³⁾ für den Bilanzleser zur Analyse der "jüngsten Vergangenheit" wichtig.

1) Vgl. Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, a. a. O., S. 198

2) Vgl. § 160 Abs. 1 Satz 1 AktG

3) § 160 Abs. 1, Satz 2 AktG

7. Die wichtigsten Erläuterungen zu den Bilanz- und GuV-Positionen mit Beispielen aus der Praxis

7.0 Auswahl der Beispiele aus der Erläuterungspraxis

Seit Inkrafttreten des zur Zeit gültigen Aktienrechts von 1965 wurden zahlreiche empirische Untersuchungen veröffentlicht, in denen sich die Autoren kritisch mit Inhalt und Umfang der Erläuterungsberichte deutscher Aktiengesellschaften auseinandergesetzt haben. Ebenso unterschiedlich wie die Erhebungsmethoden waren die Erwartungshaltungen, mit denen die Analysen betrieben wurden.

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Untersuchungen mit ihren jeweiligen Erhebungsmerkmalen gibt Schulte¹⁾.

Im folgenden ist keine weitere Analyse der "durchschnittlichen" Erläuterungshaltung einer wie auch immer ausgewählten Teilmenge deutscher Aktiengesellschaften vorgesehen, sondern eine bewußte Aneinanderreihung positiver Beispiele aus der Erläuterungspraxis. Anhand dieser Beispiele soll angedeutet werden, daß die Erwartungshaltung der relevanten Berichtsempfänger bezüglich Inhalt und Umfang der Erläuterungsberichte stets von einigen Aktiengesellschaften zumindest partiell erfüllt werden. Wenn es auch voraussichtlich, bei allen Qualitätsunterschieden der heutigen Berichte, noch nicht "den" idealen Erläuterungsbericht geben wird, den sich die Berichtsempfänger erhoffen, so gibt es doch die Möglichkeit, empirisch zu belegen, daß diese Arbeit (fast) nichts fordert, was nicht bereits in der Erläuterungspraxis zu finden ist.

1) Vgl. Schulte, Karl-Werner, Aktienrechtliche Rechnungslegung im Spiegel der Geschäftsberichte, a. a. O., S. 10 ff.

Bewußt soll sowohl auf Berichte aus den frühen siebziger Jahren wie auch aus der jüngsten Vergangenheit zurückgegriffen werden, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß sich Erläuterungspraktiken im Laufe der Zeit sowohl positiv wie auch negativ entwickelt haben können. Im Zweifelsfalle muß sogar mit konträren Entwicklungen bei unterschiedlichen Erläuterungstatbeständen gerechnet werden, hervorgerufen durch die unterschiedlichsten ökonomischen, sozialen oder sonstigen weltanschaulichen Strömungen.

Grundsätzlich ist zu vermuten, daß eine tendenziell überdurchschnittliche Erläuterungsbereitschaft zu Beginn der siebziger Jahre bestand, da zu diesem Zeitpunkt

- das Wirtschaftswachstum noch anhielt und mit positiven Ergebnissen üblicherweise auch positive Einstellungen zur Publizitätspflicht einhergehen,
- die euphorischen Worte des Gesetzgebers¹⁾ und der Literatur²⁾ zum Aktiengesetz von 1965 noch nicht verklungen waren,
- das Aktiengesetz von 1965 mit seinen wesentlichsten Kommentierungen bekannt war und auch bereits praktiziert wurde,
- andererseits aber noch nicht genügend Erfahrungen mit der - erwarteten - geänderten Haltung der Wirtschaftsprüfer und Registergerichte gemacht wurden, so daß

1) Vgl. Kropff, Bruno, Aktiengesetz, zusammengestellte Textausgabe des Aktiengesetzes vom 06.09.1965 und des EGAktG mit Begründung RegE und Ausschlußbericht, Düsseldorf 1965

2) Vgl. z. B.: Wilhelmi, Hans, Das neue Aktiengesetz, Die Aktiengesellschaft 1965, S. 187 bis 190, hier S. 190: "Zusammenfassend kann gesagt werden, daß man auf dem Wege zu einer besseren Information des Aktionärs ein gutes Stück vorangekommen ist."

seitens der Unternehmen "vorsorglich" eine größere Erläuterungsbereitschaft bestand als in den Folgejahren, in denen allzu deutlich wurde, daß mit größeren Veränderungen nicht zu rechnen war, vor allem nicht in der Einstellung der an Erstellung, Prüfung und Registrierung der Erläuterungsberichte beteiligten Parteien¹⁾.

Als Basisjahr wurde daher 1972 für die Untersuchung ausgewählt²⁾.

Am 31.12.1972 existierten 2.271 Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien in der Bundesrepublik mit einem Grundkapital von 64.329.709.000 DM³⁾. Rechnet man die 407 Kreditinstitute, Bausparkassen, Versicherungsgesellschaften u. ä.⁴⁾ ab, für die die gesetzlichen Bestimmungen des § 160 AktG nicht uneingeschränkt gelten, so bleiben 1.864 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 57.467.404.000 DM übrig. Aus dieser Gruppe wurden die Erläuterungsberichte von mehr als 200 Unternehmen der verschiedensten Branchen und Größen auf ihre Aussagefähigkeit hin untersucht und die informativsten Erläuterungen der nachfolgenden "Idealberichterstattung" zugrunde gelegt.

Um auch die beschriebenen neuesten Strömungen zu erfassen, wurden die Geschäftsberichte wesentlicher, zumindest partiell publizitätsfreudiger großer Aktiengesellschaften für das Berichtsjahr 1983 ergänzend herangezogen.

1) Vgl. Seemann, Hans-Jürgen, Befolgung des neuen Aktiengesetzes - eine Chance für die externe Bilanzanalyse? Die veränderte Publizität deutscher Aktiengesellschaften und ihre Auswirkung auf Verfahren der Ergebnisprüfung, Diss. Mannheim 1970, vor allem S. 166

2) Bei vom Kalenderjahr abweichenden Abschlußstichtagen wurden die Berichte des Geschäftsjahres 1971/72 ausgewählt.

3) Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, "Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften 1972", Heft 3, Mainz 1973, S. 123 und S. 162 f.

4) Vgl. ebenda, S. 123

Vorgesehen ist die Verknüpfung von grundsätzlichen Forderungen an den Inhalt des Erläuterungsberichts mit empirischen Beispielen, die belegen, daß diese Forderungen nicht unrealistisch sind, sondern den Ansatzpunkt einer auf umfassende Informationsvermittlung gerichteten Erläuterungspolitik der berichtspflichtigen Gesellschaften darstellen können.

In diesem Sinne kann bei der gewählten Methodik von einer bewußten Auswahl positiver Beispiele aus der Erläuterungspraxis deutscher Aktiengesellschaften gesprochen werden.

7.1 Erläuterungen zu den Positionen der Bilanz

7.1.0 Erläuterungen zum Anlagevermögen

7.1.0.0 Erläuterung der Zugänge, Umbuchungen und Abschreibungen

In der Bilanz ist das Anlagevermögen in Form eines Anlagespiegels mit Anfangsbestand, Zugang, Zuschreibung, Abgang, Abschreibung, Umbuchung und Jahresendstand darzustellen (§ 152 Abs. 1 AktG).

Im Lagebericht informieren zahlreiche Aktiengesellschaften die Berichtsempfänger über ausgewählte Investitionsprojekte. Im Erläuterungsbericht hingegen fallen die Informationen über den Gesamtumfang der getätigten Investitionen, ihre Verteilung nach Sparten und Produktionsstätten sowie ihren Charakter als Ersatz-, Rationalisierungs- oder Erweiterungsinvestitionen wesentlich kürzer aus. Ebenso sind die Angaben über die zum Ansatz kommenden Anschaffungspreise bei erworbenen bzw. Herstellungskosten bei selbstgestellten Anlagegegenständen sowie über Höhe und Art der Abschreibungen, insbesondere über den außerordentlichen Anteil, häufig pauschal formuliert.

Die Volkswagenwerk AG wird recht konkret, nachdem auch sie zunächst, der allgemeinen Praxis folgend, Zahlenwerte nennt, die auch aus der Bilanz direkt ersichtlich sind: "Die Investitionen in Sachanlagen blieben mit 1.480 (1.718) Mio. DM auf einem hohen Niveau. Das Schwergewicht der Investitionstätigkeit lag auf der Weiterentwicklung und Pflege unseres Produktprogramms sowie auf Umstrukturierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen.

Die Zugänge bei den fertigen Anlagen betrugen einschließlich der Umbuchungen aus den Anlagen im Bau

und den Anzahlungen auf Anlagen 1.585 (1.686) Mio. DM. Davon entfielen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung 786 (675) Mio. DM, auf Maschinen und maschinelle Anlagen 611 (597) Mio. DM und auf Grundstücke und Gebäude 188 (414) Mio. DM.

Ende 1983 erreichte der Bruttobuchwert des Sachanlagevermögens 15.418 (14.406) Mio. DM. Nach Abzug der hierfür gebildeten Wertberichtigungen von 11.939 (11.048) Mio. DM ergab sich für das Sachanlagevermögen ein Nettobuchwert von 3.479 (3.358) Mio. DM.

Die Sachanlagen wurden wie bisher zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, bewertet. Der Ansatz der Herstellungskosten und der Anzahlungen auf Anlagen sowie die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen basierten auf Grundsätzen, die bereits in den Geschäftsberichten 1981 und 1982 angegeben wurden. Neben erhöhten Absetzungen bzw. Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungs-gesetz, § 6b EStG, Abschnitt 35 EStR und § 7d EStG wurden im Berichtsjahr erstmals Sonderabschreibungen gemäß § 51 EStG auf die laut Steuerentlastungsgesetz 1984 begünstigten Wirtschaftsgüter der Forschung oder Entwicklung planmäßig vorgenommen. Diese Maßnahmen beiliefen sich insgesamt auf 337 (331) Mio. DM.

In geringem Umfang wurden außerplanmäßige Abschreibungen infolge des Auslaufs von Standardaggregaten und aufgrund fehlender weiterer Einsatzmöglichkeiten von beweglichen Wirtschaftsgütern vorgenommen.

Zulagen und Zuschüsse, die aus Mitteln der öffentlichen Hand auf Investitionen gewährt wurden, minderten die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Soweit sie auf Vorjahreszugänge entfielen, wurden sie als Abgang ausgewiesen.

Auf die einzelnen Werke verteilten sich die Investitionen wie folgt (in Mio. DM):

Werke		davon bewegliche Anlagen
Wolfsburg	967	851
Hannover	138	93
Kassel	143	137
Salzgitter	106	100
Emden	43	32
Braunschweig	83	78
	<u>1.480</u>	<u>1.291</u>
	=====	=====

Immaterielle Anlagewerte haben wir nicht aktiviert."¹⁾

Die Schering AG berichtet: "Die Zugänge der Sachanlagen betrugen DM 152,4 Millionen gegenüber DM 166,3 Millionen im Vorjahr. Nach ihrer Zweckbestimmung geordnet, verteilen sie sich wie folgt:

	<u>Mill. DM</u>
Produktionsanlagen	42,0
Dampf-, Wasser- und Energieversorgung	23,6
Forschungseinrichtungen	37,7
Technische Abteilungen, Lager und Versand	13,0
Verwaltung und Sozialwesen	31,6
Grundstücke	1,1
Bahnanlagen, Werkstraßen und Höfe	1,2
Sonstiges	2,2" ²⁾

1) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Wolfsburg 1984, S. 97

2) Schering Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin/Bergkamen 1973, S. 28

Sehr übersichtlich, vollständig und in direkter Analogie zum Gliederungsschema der Bilanz erläutert die Wicküler-Küpper-Brauerei KGaA ihre Zugänge im Sachanlagevermögen. Gemäß § 151 Abs. 2 AktG "Sind unter einen Posten fallende Gegenstände bei einer Gesellschaft nicht vorhanden, so braucht der Posten nicht aufgeführt zu werden" sind die Angaben auf drei Positionen beschränkt:

"Grundstücke mit
Geschäfts-, Fa-
brik- u. a. Bauten
Aktiva I A 1

Bei den Zugängen handelt es sich im wesentlichen um den Neubau unserer Niederlassung in Eschweiler sowie um verschiedene Baumaßnahmen in unserer Braustätte Wuppertal. Davon sind insbesondere erwähnenswert: Erweiterung des Sudhauses, Umbau des Maschinenhauses, Ausbau des Gärkellers sowie der Faß-Leerguthalle.

Maschinen und ma-
schinelle Anlagen
Aktiva I A 5

Die Zugänge betreffen im wesentlichen Investitionen in der Braustätte Wuppertal. Sie verteilen sich auf das Sudhaus mit 1,7 Mio DM, den Gärkeller mit 3,1 Mio DM und den Filterkeller mit 0,7 Mio DM. Weitere 0,3 Mio DM wurden für die Wasserversorgung und 0,2 Mio DM für die Flaschenabfüllerei benötigt. Die laufenden Ersatzbeschaffungen erforderten Mittel in Höhe von 0,6 Mio DM.

Betriebs- und Geschäftsausstattung	Von den Zugängen entfallen 2,4 Mio DM auf Fässer, Flaschen, Kästen und Paletten, 0,6 Mio DM auf die Ergänzung und Erweiterung des Fuhrparks sowie 1,9 Mio DM auf Einrichtungen und Anlagen. ¹⁾
------------------------------------	--

Als informative Ergänzung der Erläuterungen zu den vorgenommenen Abschreibungen kann die Angabe der gewählten Nutzungsdauern angesehen werden. Wenn auch ihre große Bandbreite dem Analytiker nur die Möglichkeit gibt, von einem "ungewichteten Mittelwert" auszugehen, sollte auf diese Hinweise nicht verzichtet werden. So führt die Daimler-Benz AG aus: "Für die planmäßigen Abschreibungen gehen wir überwiegend von folgenden Nutzungsdauern aus: 17 bis 25 Jahre für Gebäude, 10 bis 17 Jahre für Grundstückseinrichtungen, 3 bis 10 Jahre für Maschinen und maschinelle Anlagen, 2 bis 10 Jahre für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Für im Mehrschichtbetrieb eingesetzte Anlagen gelten entsprechend kürzere Zeiträume.

Möbilien mit einer Nutzungsdauer von 4 Jahren und mehr werden degressiv abgeschrieben. Wir gehen planmäßig von der degressiven auf die lineare Abschreibungsmethode über, wenn die gleichmäßige Verteilung des Restbuchwertes auf die verbleibenden Jahre der Nutzungsdauer zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr abgeschrieben."²⁾

1) Wicküler-Küpper-Brauerei Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wuppertal 1973, S. 14 f.

2) Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Stuttgart 1984, S. 70

Die ebenfalls in der Automobilbranche tätige BMW AG weist für das gleiche Geschäftsjahr in einigen Positionen deutlich abweichende Nutzungszeiträume aus, während der Übergang von der degressiven zur linearen Abschreibung bei beweglichen Anlagen vergleichbar behandelt wird:

"Für die Errechnung der planmäßigen Abschreibungen wurden überwiegend folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

- 20 - 50 Jahre für Gebäude einschließlich baugebundener Verteilungsanlagen,
- 10 - 20 Jahre für Grundstückseinrichtungen,
- 2 - 20 Jahre für Maschinen und maschinelle Anlagen einschließlich Betriebsvorrichtungen,
- 3 - 10 Jahre für Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bewegliche Anlagen mit einer Nutzungsdauer von mehr als 3 Jahren wurden steuerlich degressiv mit den zulässigen Höchstsätzen und planmäßigem späteren Übergang auf die lineare Methode, Zugänge von geringwertigen Wirtschaftsgütern im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Für im Mehrschichtbetrieb eingesetzte Maschinen wurden die Abschreibungen durch Schichtzuschläge entsprechend erhöht.

Spezialwerkzeuge wurden zeitanteilig mit einer Nutzungsdauer von 4 Jahren abgeschrieben."¹⁾

1) Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, München 1984, S. 58

Ergänzt werden sollten diese Erläuterungen ebenfalls um die Angabe der gewichteten Durchschnittsnutzungsdauer je Anlagegruppe sowie um eine Detaillierung des Umfangs der Schichtzuschläge.

Erläuterungen über die Art und Weise, wie eine Gesellschaft von ihrem Aktivierungswahlrecht für entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte Gebrauch gemacht hat, finden sich bei deutschen Aktiengesellschaften relativ selten.¹⁾ Eine Erläuterung, wie sie die Hoechst AG vermittelt, kann daher als recht umfassend betrachtet werden:

"Wie in den Vorjahren wurden die Anschaffungskosten von Immateriellen Anlagewerten - Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte, Lizenzen - im Anschaffungsjahr voll in den Aufwand genommen. In der Bilanz wird daher nur ein Erinnerungsposten von 1,-- DM ausgewiesen."²⁾

Will der Berichtsempfänger sich ein Bild von der zukünftigen Entwicklung des betrachteten Unternehmens machen, wird er den Erläuterungen zur Position "Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen" besondere Beachtung schenken. Die hier ausgewiesenen Zugänge wie auch aus dem Vorjahr übernommene und noch nicht umgebuchte Beträge können, bei entsprechender Erläuterung, Aufschluß geben über die Zukunftspläne der berichtenden Gesellschaft. Den Erläuterungen zu dieser Bilanzposition kommt daher eine besondere Bedeutung im Zusammenspiel mit den sonstigen, vornehmlich vergangenheitsbezogenen Angaben, zu. Diesem besonderen Aspekt sollte auch durch eine ausführliche Berichterstattung Rechnung getragen werden.

1) Vgl. Schulte, Karl-Werner, Aktienrechtliche Rechnungslegung im Spiegel der Geschäftsberichte, a. a. O., S. 101 ff.

2) Hoechst Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Frankfurt am Main 1984, S. 55

Bei vielen Gesellschaften wird diese Erwartungshaltung jedoch enttäuscht. Positiv weichen die folgenden Beispiele vom Durchschnitt ab:

Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG berichtet: "Die hohen Investitionen für die in Bau befindlichen Kraftwerke Neurath, Biblis, Niederaußem und Weisweiler schlagen sich in den Zugängen bei den Anlagen im Bau und den Anzahlungen auf Anlagen nieder."¹⁾ Ähnlich erläutert die Grün & Bilfinger AG: "Weitere Zugänge im unbeweglichen Anlagevermögen im Rahmen unserer verstärkten Bemühungen um Erweiterung und Modernisierung unseres Unternehmens sind im Berichtsjahr als Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen zu verzeichnen, wobei es sich im wesentlichen um die bauliche Erweiterung unserer Hauptverwaltung in Mannheim sowie den Neubau eines Bürogebäudes in Berlin und den Neubau eines Wohnheims auf dem Lagerplatzgelände München-Aubing handelt."²⁾

Ausführlicher als in den beiden Beispielen werden die Zugänge zu dieser Position in keinem anderen der untersuchten Berichte erläutert.

Zu bemängeln bleibt dennoch das Fehlen einer Zeitangabe, wann diese Anlagen voraussichtlich fertiggestellt sein werden.

Recht zufriedenstellend fällt bei einer Mehrzahl der betrachteten Geschäftsberichte die Erläuterung der Zugänge zum Finanzanlagevermögen aus:

1) Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Essen 1973, S. 49

2) Grün & Bilfinger Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Mannheim 1973, S. 8

"Die Zugänge von DM 334 Mio betreffen im wesentlichen den Erwerb von Aktien bzw. Anteilen der Agfa AG, Corona Beteiligungsgesellschaft mbH, Metzeler AG und Bayer International Finance N.V."¹⁾ "Durch Zukauf von Aktien bauten wir unsere Beteiligung an der KAI-SER-BRAUEREI AG, Hannover, im Berichtsjahr zu einer Mehrheitsbeteiligung aus. ... Im Berichtsjahr erwarben wir ferner eine Minderheitsbeteiligung an der in Mbabane/Swaziland gelegenen HIGHLAND BREWERY LTD."²⁾

"Die Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um Wertberichtigungen, bewertet. Abschreibungen aufgrund nachhaltig eingetretener Wertminderungen bzw. wegen vorhandener Risiken wurden auf eine inländische Beteiligungsgesellschaft und acht Auslandsgesellschaften vorgenommen. Dabei entfiel der wesentliche Teil der Wertberichtigungen auf unsere Aktivitäten in Lateinamerika. Von den gesamten Abschreibungen betrafen 568 Mio. DM Zugänge des Berichtsjahres."³⁾

Während keine der betrachteten Aktiengesellschaften im Erläuterungsbericht nähere Angaben zu Nennwert, Kurswert oder den weiteren Anteilseignern an einer Beteiligungsgesellschaft macht, informieren kleine Aktiengesellschaften vielfach über Geschäftszweck, Höhe und Anteil der Beteiligung im Erläuterungsbericht selbst. Große Aktiengesellschaften bevorzugen entsprechende Kurzberichte zu allen wesentlichen

1) Bayer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Leverkusen 1973, S. 49

2) Holsten-Brauerei Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Hamburg 1973, S. 11

3) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 98

Beteiligungsgesellschaften in einem gesonderten Kapitel des Lageberichts.¹⁾

Hingewiesen sei auch auf die bemerkenswerte Erläuterung der VEBA AG: "Sie (Anm. des Verf.: die Beteiligungen) enthalten u. a. erhebliche stille Reserven durch die auch in den Vorjahren erfolgte Übertragung von Sonderposten mit Rücklageanteil."²⁾

Neben der Aufzählung der wesentlichen Beteiligungszugänge mit Angabe der Verwendung (z. B. Kapitalerhöhung bei einer Tochtergesellschaft oder Beteiligung an einer neuen Gesellschaft), dem Namen und Sitz der Gesellschaft, dem Beteiligungsbetrag, dem Beteiligungsanteil, der Höhe des Eigenkapitals und dem Ergebnis des letzten Geschäftsjahres³⁾ sollte auch auf den Abgang von Beteiligungen in gleicher Weise hingewiesen werden. Ist der Geschäftszweck einer Beteiligungsgesellschaft nicht allgemein bekannt, sollte auch hierzu eine Information gegeben werden, damit mögliche Diversifikationsvorhaben der berichtenden Gesellschaft (soweit sie nicht durch die Schutzklausel des § 160 Abs. 4 Satz 3 AktG geschützt sind) dem Berichtsempfänger verdeutlicht werden.

Das gleiche gilt sinngemäß für die Erläuterungen zu den Wertpapieren des Anlagevermögens und den Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren. Diese weist nur eine geringe Zahl von Aktiengesellschaften aus.

1) z. B.: Bayer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 36 bis 43, oder: Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 67 bis 85

2) VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Düsseldorf 1984, S. 52

3) Vgl. Abschnitt 8, Artikel 43, Abs. 1 Nr. 2 der 4. EG-Richtlinie

Zu den Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren und den Wertpapieren heißt es bei der BMW AG: "Die Ausleihungen mit einer vereinbarten Laufzeit von mindestens 4 Jahren und die Wertpapiere des Anlagevermögens nehmen wegen vertraglich vereinbarter Tilgungen ab. Die Ausleihungen sind auf den Barwert abgezinst."¹⁾

Wird über die Zugänge bei langfristigen Ausleihungen berichtet, so vermißt der Berichtsempfänger Angaben über die Gesamtlaufzeit, die im Einzelfalle erheblich über der Mindestlaufzeit von vier Jahren liegen kann. Ferner wird nicht auf möglicherweise vereinbarte Tilgungs- und Rückzahlungspläne sowie auf das Anlagerisiko hingewiesen. Im Erläuterungsbericht der Beton- und Monierbau AG heißt es immerhin: "Der Zugang betrifft hauptsächlich die anteilige Finanzierung einer in fremdem Eigentum befindlichen Tunnelvortriebsmaschine, die auf einer Arbeitsgemeinschaftsbaustelle eingesetzt ist."²⁾

Die relativ geringe Erläuterungsintensität der Position "Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß pro Periode nur wenige Neuausleihungen vorgenommen werden, die aber dann für viele Jahre im Finanzanlagevermögen ausgewiesen werden. Zudem führen die einzelnen Aktiengesellschaften jeweils nur eine geringe Zahl von Ausleihungsarten, z. B. die meist problemlose Art der Wohnungsbaudarlehen an Belegschaftsmitglieder. Dazu heißt es bei der

1) Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 59

2) Beton- und Monierbau Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Düsseldorf 1973, S. 22

Nixdorf Computer AG: "Ausleihungen sind fast ausschließlich an Mitarbeiter als Darlehen zur Mitfinanzierung von Eigenheimen gewährt worden."¹⁾

Als umfassend müssen die diesbezüglichen Erläuterungen der VEBA AG angesehen werden: "Bei den mit ihren Nennwerten - Wohnungsbaudarlehen mit Barwerten - bilanzierten Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren ergaben sich Zugänge in Höhe von DM 216,3 Mio. Sie betreffen mit DM 116,0 Mio die langfristige Forderung an VEBA INTERNATIONAL FINANCE B.V. wegen der Beistellung von Optionsrechten für die Begebung der 4 % DM-Optionsanleihe 1983/93 sowie der 8 % US-Dollar-Optionsanleihe 1983/93 und mit DM 100,0 Mio die Gewährung von Darlehen zur Investitionsfinanzierung an unsere Konzerngesellschaft VEBA OEL AG."²⁾

1) Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Paderborn 1984, S. 64

2) VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 52

7.1.0.1 Erläuterung der Zuschreibungen

Erläuterungen über Zuschreibungen sind bei deutschen Aktiengesellschaften selten. Obwohl Zuschreibungen durchweg nur bei einzelnen Positionen des Anlagevermögens vorgenommen werden, wie zumeist aus dem Anlagespiegel ersichtlich ist, erwecken die Gesellschaften bei der Berichterstattung aufgrund fehlender Detaillierungen den Eindruck, die Erläuterung bezöge sich zumindest auf alle Positionen des Sachanlagevermögens. So geht aus der Bewegung des Sachanlagevermögens der August Thyssen-Hütte AG hervor, daß Zuschreibungen bei den Positionen "Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- u. a. Bauten" und "Maschinen und maschinelle Anlagen" vorgenommen worden sind.¹⁾ Ohne Hinweis auf diese Positionen heißt es im Erläuterungsbericht: "Die Zuschreibungen erfolgten in Anpassung an Bewertungskorrekturen, die von der steuerlichen Betriebsprüfung für Vorjahre vorgenommen worden sind."²⁾

Diese Erläuterung ist eine der ausführlichsten der heutigen Praxis. Der Hinweis auf die steuerliche Betriebsprüfung als auslösendes Moment ist die häufigste Begründung für Zuschreibungen. Allzu häufig fehlt jedoch jeglicher Hinweis auf die Ursache.

Bei der Berichterstattung über Zuschreibungen im Finanzanlagevermögen ist zwar meist unmittelbar zu erkennen, auf welche Position sich die Erläuterung bezieht, zudem werden Zuschreibungen vornehmlich nur bei den Positionen "Beteiligungen" und "Ausleihungen

1) Vgl. August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Duisburg-Hamborn 1973, S. 60

2) ebenda, S. 49

mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" vorgenommen. So schreibt die BASF AG zur Position "Beteiligungen": "Zur Angleichung an die Steuerbilanz wurden die Buchwerte unserer Schweizer Holding-Gesellschaft erhöht; die Zuschreibung beträgt 1.000.000 DM."¹⁾

Bei der August Thyssen-Hütte AG werden die Zuschreibungen bei der Unterposition "Wohnungsbaudarlehen" der "Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" folgendermaßen erläutert: "Die ausgewiesene Zuschreibung ergibt sich aus der Auflösung von Wertberichtigungen infolge Rückzahlung und Laufzeitverkürzung der Darlehen."²⁾ Die Scheidemandel AG berichtet: "Bei den Zuschreibungen zu den Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren handelt es sich um die Aufzinsung von unverzinslichen Darlehen."³⁾

Erläuterungen zu den Zuschreibungen sollten dem Berichtsempfänger die Information vermitteln, ob sie vorgenommen wurden

1. auf Wirtschaftsgüter, die bisher planmäßig abgeschrieben wurden, deren Abschreibungsbetrag aber bei der Betriebsprüfung als zu hoch angesehen wurde. Man könnte sie in diesem Falle als aperiodische Abschreibungen ansehen, die rückgängig

1) Badische Anilin- und Soda-Fabrik Aktiengesellschaft (BASF), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Ludwigshafen am Rhein 1973, S. 87

2) August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 51

3) Scheidemandel Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin 1973, S. 8

gemacht wurden¹⁾, und von einer "Reaktivierung"
der Wirtschaftsgüter sprechen²⁾.

2. auf Wirtschaftsgüter, die bisher in der Bilanz nicht erfaßt waren. In diesem Falle handelt es sich um die erstmalige Aktivierung von Wirtschaftsgütern, die im Jahr des tatsächlichen Zugangs nicht ordnungsgemäß vorgenommen und daher im Jahr ihrer Entdeckung nachgeholt wurde. Man kann von einer "Nachaktivierung"³⁾ sprechen. "Sie ist als Zugang zu bezeichnen, wenn ein mengenmäßiger Vermögenszuwachs nachträglich aktiviert wird; hingegen kann von einer Zuschreibung gesprochen werden, wenn es sich um eine reine nachträgliche Erhöhung des Buchwertes handelt".⁴⁾
3. auf Wirtschaftsgüter bei einer Sanierung, wenn genügend stille Rücklagen vorhanden waren.⁵⁾
4. bei Rückgängigmachung von Abschreibungen gemäß §§ 154 und 155 AktG.

Den Erläuterungen über Zuschreibungen kommt besondere

1) Vgl. Adler, Hans / Düring, Walter / Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, a. a. O., § 149 Tz 74

2) Vgl. Husemann, Karl-Heinz, Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, Beiträge zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung, Schriften der Schmalenbach-Gesellschaft, Bd. 1, Düsseldorf 1970, S. 142

3) Vgl. Mohr, Heinrich, Zuschreibungen und Nachaktivierungen in der Handelsbilanz und ihre Abgrenzung, Wirtschaftsprüfung 1963, S. 660

4) Husemann, Karl-Heinz, Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, a. a. O., S. 142

5) Vgl. ebenda, S. 145 und Mohr, Heinrich, Zuschreibungen und Nachaktivierungen in Handelsbilanz und ihre Abgrenzung, a. a. O., S. 659

Bedeutung zu, weil solche Zuschreibungen stets zu außerordentlichen Erträgen führen. Im Erläuterungsbericht über sie zu berichten ist maximal an drei Stellen notwendig:

1. Wie hier erörtert im Rahmen der allgemeinen Abschlußerläuterungen nach § 160 Abs. 2 Satz 1 AktG. Danach ist die Vornahme der Zuschreibung unter Angabe der betroffenen Wirtschaftsgüter zu begründen.
2. Ebenfalls nach § 160 Abs. 2 Satz 1 AktG ist die Position Nr. 11 der Gewinn- und Verlustrechnung "Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens" zu erläutern.
3. Da Zuschreibungen die Stetigkeit der Bewertung und somit die Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse beeinträchtigen können, sind gegebenenfalls Informationen bei den besonderen Abschlußerläuterungen nach § 160 Abs. 2 Satz 4 und 5 AktG zu vermitteln.

7.1.0.2 Erläuterung der Abgänge

Abgänge sind analog zu den Zugängen zu behandeln, d. h. es ist der Abgang wichtiger Wirtschaftsgüter innerhalb der Erläuterungen zu der entsprechenden Position möglichst unter Angabe des Restbuchwertes zu nennen. Über die "Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens" informieren die Angaben zur Position Nr. 11 der Gewinn- und Verlustrechnung.¹⁾

Als Abgänge bezeichnet man die aus der Unternehmung ausscheidenden Wirtschaftsgüter. Eine Besonderheit bilden die fertiggestellten Anlagegegenstände der Position "Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen". Durch Umbuchung werden sie auf die ihrer Art entsprechenden Posten übertragen und erstmalig dort ausgewiesen.

Umbuchungen sind auch z. B. bei Wertpapieren möglich, die zu Beteiligungen werden oder die vom Anlage- ins Umlaufvermögen überwechseln oder umgekehrt.

Über diese Vorgänge sollte explizit berichtet werden. Außerdem müßte die Entscheidung der Unternehmensleitung begründet werden. Die Übernahme von Wertpapieren ins Anlagevermögen zeigt z. B. die Absicht der berichtenden Gesellschaft, in Zukunft auf die Unternehmung, deren Anteile sie besitzt, größeren Einfluß nehmen zu wollen.

1) § 157 Abs. 1 Nr. 11 AktG: "Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens"

Die Erläuterungspraxis läßt erkennen, daß den Abgängen noch geringere Beachtung geschenkt wird als den Zugängen. Dies ist verständlich, soweit es sich um planmäßig auf einen unbedeutenden Restbuchwert abgeschriebene Wirtschaftsgüter handelt. In allen anderen Fällen jedoch sind umfassende Erläuterungen notwendig. Z. B. berichtet die Wicküler-Küpper-Brauerei AG ebenso vorbildlich über Abgänge wie zuvor bereits über die Zugänge im Sachanlagevermögen. Zu den Grundstücken mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten heißt es dort: "Die Abgänge entstanden in erster Linie aus dem Verkauf eines Grundstücks in Oberhausen. Der dabei erzielte Buchgewinn in Höhe von 0,3 Mio DM wurde in die Rücklage nach § 6b EStG eingestellt."¹⁾ Die Abgänge bei der Position Grundstücke ohne Bauten werden folgendermaßen erläutert: "Die Veräußerung von vier Grundstücken wird als Abgang ausgewiesen. Die hierbei realisierten stillen Reserven in Höhe von 0,9 Mio DM wurden der Rücklage nach § 6b EStG zugeführt."²⁾

Die Volkswagenwerk AG begründet ihre ausgewiesenen Abgänge: "Die Abgänge entstanden durch die Zusammenlegung inländischer Vertriebszentren. Ferner wurde das Kapital der V.A.G Espana, S. A., herabgesetzt, nachdem die Aktivitäten auf dem spanischen Markt entsprechend einem Kooperationsvertrag von SEAT übernommen worden waren."³⁾

1) Wicküler-Küpper-Brauerei Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 14

2) ebenda, S. 15

3) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 98

7.1.0.3 Ergänzende Erläuterungen zum Anlagevermögen

Wie in den Abschnitten 6.3 und 6.4 beschrieben und dort anhand eines Beispiels verdeutlicht, kann der substanzielle Inhalt einer an sich üblichen Position unbekannt sein, oder aber der spezielle Geschäftszweck erfordert eine im aktienrechtlichen Gliederungsschema nicht vorgesehene Zusatzposition.

Zu dem erstgenannten Falle finden sich in der Praxis entsprechende Abschlusserläuterungen vor allem - jedoch nicht ausschließlich - zu den immateriellen und den Finanzanlage-Gegenständen. Hierzu einige Beispiele: "Die Position Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte enthält im wesentlichen von Dritten erworbene Versorgungsrechte, Nutzungsrechte an fremden Betriebsanlagen und Rechte an fremden Grundstücken aus Grunddienstbarkeiten und schuldrechtlichen Verhältnissen."¹⁾ "Die Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren enthalten Darlehen gem. § 7c EStG, unverzinsliche Hypothekendarforderungen an die Bietigheimer Wohnbau GmbH und verzinsliche, grundbuchmäßig gesicherte Darlehen an Werksangehörige, die vor allem anlässlich des Verkaufs von Werkwohnungen gewährt wurden."²⁾

Zusätzliche Erläuterungen über die zeitliche Struktur der Mittelrückflüsse würden eine für den Berichtsempfänger willkommene Ergänzung der obigen Informationen darstellen.

1) Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Dortmund 1973, S. 38

2) DLW Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bietigheim (Württ.) 1973, S. 14

Eine Abweichung vom aktienrechtlichen Gliederungsschema erläutert die Nixdorf Computer AG wie folgt:
"In Erweiterung der aktienrechtlichen Gliederung werden die Mietmaschinen in den Bilanzen gesondert ausgewiesen."¹⁾ In der Bilanz wird entsprechend die Position "Mietmaschinen" gleichrangig zwischen den Positionen des Sach- und des Finanzanlagevermögens aufgeführt.²⁾

1) Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 60

2) Vgl. ebenda, S. 70

7.1.1 Erläuterungen zum Umlaufvermögen

7.1.1.0 Erläuterung der Vorräte

Zahlreiche Aktiengesellschaften beschränken sich bei der Erläuterung der Vorräte auf kurze Informationen zur angewandten Bewertungsmethode, ohne auf die entsprechenden Wirtschaftsgüter selbst einzugehen. Andere Unternehmen begnügen sich mit einem Hinweis auf das Ansteigen bzw. Absinken der Zahlenwerte der 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, 2. unfertigen Erzeugnisse und 3. fertigen Erzeugnisse und Waren in der Bilanz. Diese Erläuterungen sind im Sinne unserer Zielsetzung unwesentlich, da sie der Analytiker aus dem Vergleich der Bilanzwerte aufeinanderfolgender Jahresabschlüsse selbst ermitteln kann.¹⁾ Sie können selbstverständlich ergänzend vermittelt werden, wenn dadurch der Umfang der notwendigen Informationen nicht reduziert wird.

Wesentliche Erläuterungen informieren über die angewandten Bewertungs- (bzw. Bepreisungs-) methoden sowie deren Veränderung und begründen die Veränderung der Zahlenwerte, insbesondere bei erheblichen Abweichungen gegenüber den Vorjahreswerten. Dazu einige Beispiele aus der Praxis: "Die Vorräte haben sich um 36 000 000 DM erhöht. Die Zunahme ist einmal bedingt durch das in den letzten Monaten des Geschäftsjahres wieder gestiegene Produktionsvolumen, das eine entsprechende Bevorratung mit Rohstoffen erforderte und zu höheren Zwischenbeständen führte. Zum anderen wirkte sich die Steigerung des Anteils hochwertiger Edelmärkte durch die besonders starke Produktionserhöhung bei rostfreien kaltgewalzten Flachherzeugnissen

1) Vgl. Abschnitt 4.4

aus." ¹⁾ "Die Zunahme der 'Vorräte' beruht neben mengen- und wertmäßig gestiegenen Beständen an 'Unfertigen und fertigen Erzeugnissen' auf größeren Malzmengen aus der Ernte 1971. Die Mehrung der Malzbestände ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich der Umsatz im Exportgeschäft nicht in der erwarteten Höhe realisieren ließ." ²⁾ "Die Verminderung der Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bringt unser Bemühen zum Ausdruck, die Kapitalbindung in den Vorräten trotz der Zunahme unserer Umlaufbestände so niedrig wie möglich zu halten. Die Bestandserhöhung bei den unfertigen Erzeugnissen war erforderlich, um den Wünschen unserer Kunden nach kurzfristiger Lieferung entsprechen zu können. Insgesamt haben sich die Bestände gegenüber dem Vorjahr um rund DM 1.130.000,-- erhöht." ³⁾

Andere wesentliche Erläuterungen betreffen den Inhalt einer Position. So weist z. B. ein Handelsunternehmen unter der Position "Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe" andere Gegenstände aus als ein Industriebetrieb, für den dieses Gliederungsschema in erster Linie geeignet erscheint. "In den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen ist der Bestand an Katalogpapier, Verpackungsmaterial, Kartonagen und sonstigem Hilfsmaterial ausgewiesen. Die Bewertung der Vorräte an Handelswaren wurde in der Methode gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Der Warenwert ist - bei einem Umsatzzuwachs von 8,5 % - um 6 % gestiegen." ⁴⁾

1) Stahlwerke Südwestfalen Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Hüttental-Geisweid 1973, S. 27 f.

2) "Löwenbräu" Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, München 1973, S. 22

3) Vereinigte Deutsche Nickel-Werke Aktien-Gesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Schwerte (Ruhr) 1973, S. 14

4) Neckermann Versand Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Frankfurt am Main 1973, S. 18

Unbeantwortet bleibt bei diesen Erläuterungen die Frage, inwieweit die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr auf Mengen- oder Wertveränderungen zurückzuführen sind. Lediglich Abwertungen nach dem Imparitätsprinzip werden mitunter aus den Abschlusserläuterungen erkennbar. Geänderte Beschaffungspreise oder Herstellungskosten bzw. tendenzielle Verlagerungen zu höher- oder geringerwertigen Vorratsgütern bleiben dagegen durchweg ohne Erläuterung.

Ebensowenig wird von der Mehrzahl der Aktiengesellschaften darüber informiert, ob die Läger am Abschlußstichtag durchschnittlich gefüllt waren oder eine vom Durchschnittsbestand signifikant abweichende Höhe aufwiesen, was z. B. durch saisonale Schwankungen hervorgerufen sein kann (wie z. B. ein geringerer Lagerbestand bei Kaufhäusern nach Weihnachten).¹⁾

Die Vorratshaltung ist nicht zuletzt auch von den Zukunftserwartungen abhängig, die sich zum einen in den Produktions- und Absatzplänen der berichtenden Gesellschaften, zum anderen in der erwarteten Preisentwicklung für die Vorratsgüter in der folgenden Geschäftsperiode ausdrücken. Angaben hierzu dürften der berichtenden Gesellschaft weder schwer fallen, noch unzumutbar sein.

Schließlich können externe, von der Unternehmung nicht zu vertretende Faktoren wie die momentane und die für die Zukunft erwartete Konjunktursituation, Produktions- und Liefermöglichkeiten der Zulieferfirmen und Spediteure auf den Lagerbestand einwirken.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 54 f.

Hingewiesen sei auch auf den Fall des Abbaus hoher Vorratsbestände unmittelbar nach dem Abschlußstichtag. Erläuterungen hierzu sollten - zumindest im Lagebericht - gegeben werden.

Die beiden folgenden Beispiele erläutern zum einen recht ausführlich die Bewertung der Vorräte, zum anderen wird der Sonderfall einer eingeschränkten Verfügungsgewalt über eigene Vorräte beschrieben:

"Die Bewertung der Vorräte erfolgt entsprechend den Vorschriften des § 155 AktG zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zu niedrigeren Wiederbeschaffungs- bzw. Wiederherstellungskosten oder vom Verkaufspreis abgeleiteten realisierbaren Preisen am Bilanzstichtag. Bei der Berechnung der realisierbaren Preise wird das Prinzip einer verlustfreien Bewertung beachtet.

Bei der Ermittlung der Herstellungskosten von Erzeugnissen werden lineare Abschreibungen und angemessene Teile der Betriebskosten sowie der Verwaltungskosten des Fertigungsbereiches berücksichtigt. Der Ermittlung der Wiederherstellungskosten wurde außerdem eine Normalauslastung der Produktionsanlagen zugrunde gelegt.

Für im einzelnen nicht erkennbare Wertminderungen sind pauschale Berichtigungsposten gebildet worden. Ferner wird von der Möglichkeit von Absetzungen bei Importwaren im steuerlich zulässigen Umfang Gebrauch gemacht.

Der Preissteigerungsrücklage wurden unter Wahrnehmung der gesetzlichen Möglichkeiten 30 Millionen DM

zugewiesen. Wegen Fristablauf waren 14 Millionen DM aufzulösen. ... Der wertmäßige Rückgang der Vorräte ist in erster Linie auf den weiteren Abbau der Bestandsmengen zurückzuführen."¹⁾

"Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Erzeugnisse wurden wie im Vorjahr grundsätzlich zu Anschaffungspreisen bzw. Herstellungskosten nach der Durchschnittsmethode bewertet, wobei die Herstellungskosten Abschreibungen sowie Betriebs- und anteilige Verwaltungskosten einschließen. Soweit es sich bei den Beständen um sogenannte schwimmende Ware handelte, erfolgte erstmalig keine Einbeziehung in die Durchschnittsbewertung, sondern eine Bilanzierung zu den individuellen Anschaffungskosten.

Der Wert des Umlaufvermögens verringerte sich geringfügig um DM 23,9 Mio auf DM 2.815,7 Mio. Die Fortsetzung des planmäßigen Abbaus von Bestandsmengen führte zu einer deutlichen Verminderung des Vorratsvermögens. Die Verfügungsgewalt über einen großen Teil der Vorräte ist durch Delegationsverträge mit dem Erdölbevorratungsverband bzw. durch die bei der Deutschen Shell AG nach dem Erdölbevorratungsgesetz vom 25.7.1978 verbliebene Pflichtbevorratung eingeschränkt."²⁾

1) Hoechst Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 55

2) Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Hamburg 1984, S. 28

7.1.1.1 Erläuterung der Forderungen

Bei den Forderungen sind detaillierte Angaben über die Zusammensetzung nach Abnehmergruppen und Restlaufzeiten erforderlich. In den jährlichen Berichten ist über wesentliche Änderungen dieser Werte zu informieren.

Die Höhe des Ausfallrisikos wird für den Bilanzanalytiker aus den Einzel- und Pauschalwertberichtigungen deutlich, wenn ein klarer Bezug zur betreffenden Forderung bzw. Forderungsart hergestellt werden kann. Dabei sollte die vorgenommene Wertberichtigung auch begründet werden.

Bei einem großen Teil der deutschen Aktiengesellschaften kommen die Abschlußerläuterungen zu den Posten mit Forderungscharakter zu kurz. Erläuterungen wie z. B. "Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben um DM 4 000 000,-- zugenommen. Die Forderungen an verbundene Unternehmen ergeben sich aus dem normalen Geschäftsverkehr."¹⁾ sind nichtssagend und entsprechen nicht den Berichterstattungsgrundsätzen.

Deutlich aussagefähiger hingegen sind die nachfolgenden Beispiele:

"Die Höhe der geleisteten Anzahlungen wird vor allem durch die Zuckerrübensamenlieferungen an unsere Rübenlieferanten bestimmt, die erst bei der Rübengeldzahlung 1972/73 abgerechnet werden."²⁾

1) Edelstahlwerk Witten Aktiengesellschaft (Witten-Stahl), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Witten 1973, S. 21

2) Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft (Südzucker), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Mannheim 1973, S. 30

"Die zum Nennwert angesetzten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten im wesentlichen die Dezemberrechnungen der Sondervertragskunden sowie bei den Tarifikunden Außenstände aus dem Stromverbrauch der vorangegangenen Monate, denen die rechnerisch ermittelte Verbrauchsabgrenzung (netto) zugrundeliegt. Das Ausfallrisiko ist durch eine Pauschalwertberichtigung von 1,5 % berücksichtigt."¹⁾

"Die Forderungen an verbundene Unternehmen resultieren im wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen mit T-DM 1.142; außerdem beinhalten sie nach wie vor zinslose Bauspardarlehen - nominell T-DM 940 - an eigene Wohnungsbaugesellschaften, die nach den gesetzlichen Vorschriften abgezinst sind."²⁾

"Von den Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen, betrifft der weitaus überwiegende Teil ein Darlehen, das einer Beteiligungsgesellschaft gewährt wurde und gemäß § 89 Abs. 4 AktG hier auszuweisen ist."³⁾

"Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Vorschüsse und kurzfristige Darlehen an Belegschaftsmitglieder, Guthaben bei Lieferanten, Konjunkturzuschlag und verschiedene kleinere Posten."⁴⁾

1) Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Esslingen am Neckar 1973, S. 27

2) Roland Offset Aktiengesellschaft, Bericht über das Rumpfgeschäftsjahr 1972 (1.1. bis 30.6.), Offenbach am Main 1972, S. 17

3) Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft (BBC), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Mannheim 1973, S. 37

4) Pittler Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Langen bei Frankfurt/Main 1973, S. 20

Diese Erläuterungen enthalten Informationen, die bei der Mehrzahl aller Berichte nicht gegeben werden. Allerdings ist häufig zu beobachten, daß Unternehmen, die einen Posten besonders gut erläutern, über eine andere Position völlig unzureichend informieren, so daß das Gesamtbild eher getrübt erscheint.

Grundsätzlich sollten die Aktiengesellschaften daher durch ihre Mindesterläuterungen bei der Berichterstattung über Forderungen folgende Fragen beantworten:

1. Welcher Art sind die Forderungen? Selbst innerhalb einer Bilanzposition bestehen die verschiedensten Möglichkeiten. Dies gilt besonders für den Posten III B 12. "sonstige Vermögensgegenstände".
2. Wer sind die Forderungsnehmer? Für den Analytiker ist hier von besonderem Interesse, ob die Forderung gegenüber Konzerngesellschaften, Belegschaftsmitgliedern oder anderen juristischen bzw. natürlichen Personen welcher Branchen im In- oder Ausland besteht.
3. Wieweit sind die Forderungen gesichert, z. B. durch Bürgschaften etc.?
4. Welche Restlaufzeit ist zu erwarten? Im Zweifelsfalle kann angenommen werden, daß die Laufzeit der Forderung maximal vier Jahre beträgt, weil sie sonst als Ausleihung im Anlagevermögen ausgewiesen wäre. Für die Liquiditätsüberlegungen ist jedoch eine genauere Angabe zu den Rückzahlungserwartungen

wünschenswert. Eine Information über "Forderungen aus Lieferungen und Leistungen" gibt zwar der Bilanzvermerk "davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr", jedoch sind längere Laufzeiten auch bei anderen Forderungen möglich.

7.1.1.2 Erläuterung der flüssigen Mittel

Aufgrund der homogeneren Zusammensetzung und des relativ geringen Ausfallrisikos der unter den "flüssigen Mitteln" zusammengefaßten Positionen sind die in der Praxis anzutreffenden Erläuterungen durchweg relativ kurz. Positionen wie "Schecks" oder "Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben" werden vielfach gar nicht erläutert. Als hinreichend kann folgende Erläuterung hierzu angesehen werden:

"Die Guthaben bei Kreditinstituten sind überwiegend als Festgelder mit marktgerechter Verzinsung unterhalten worden."¹⁾

Leffson kritisiert die oftmals erstaunliche Höhe flüssiger Mittel zum Ende der einzelnen Geschäftsperioden. "Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß häufig flüssige Mittel aus optischen Gründen zum Abschlußstichtag angesammelt werden, um den Bilanzleser, der sich mit Hilfe der Bilanz ein Bild über die Liquiditätslage der Unternehmung machen möchte, zu täuschen."²⁾ So berichtet die Horten AG: "Die am Bilanzstichtag vorhandenen Bankguthaben ermöglichen es, das Investitionsprogramm 1973 ohne Aufnahme von Fremdmitteln durchzuführen."³⁾ Diese Zuordnung ist unrealistisch und problematisch.

In Abhängigkeit von Größe und Branche der berichtenden Unternehmung kann ein gewisser Bestand an flüssigen Mitteln als erforderlich für die laufende Geschäftstätigkeit angesehen werden. Liegt der ausgewiesene

1) Gutehoffnungshütte Aktienverein (GHH), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Oberhausen 1972, S. 51

2) Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 58

3) Horten Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Düsseldorf 1973, S. 28

Bestand jedoch erheblich über dem als erforderlich angesehenen Maß, z. B. auf der Basis von Erfahrungswerten, so ist diese Tatsache zu begründen. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, ob die erhöhten Bestände bereits kurze Zeit nach dem Abschlußstichtag wieder abgebaut werden oder aber über einen längeren Zeitraum auf höherem Niveau verbleiben sollen. Ist der spätere Verwendungszweck der Mittel bereits bekannt - und dies dürfte wohl meistens der Fall sein - sollte er genannt werden. Ebenso wäre eine Information über den Jahresdurchschnittsbestand der entsprechenden Positionen von Interesse.

Eine vernünftige kaufmännische Haltung beweist die Erläuterung der Dortmunder Actien-Brauerei: "Kassennittel und Bankguthaben wurden zum Bilanzstichtag nur in der notwendigen Höhe bereitgehalten, da alle verfügbaren Mittel zur Schuldentilgung im Konzern eingesetzt wurden."¹⁾

Die IWKA berichtet ausführlich über ihren Wechselbestand: "Der Wechselbestand hat sich um 4,3 Mio DM verringert. Er dient nach wie vor der langfristigen Finanzierung von Exportaufträgen und ist gegen entsprechende Kredite bei den mit der Geschäftsabwicklung betrauten Banken hinterlegt. Die Abschnitte wurden von den Kunden termingerecht eingelöst."²⁾

Eine Beurteilung der Liquiditätslage der betrachteten Gesellschaft wäre unvollständig ohne die

1) Dortmunder Actien-Brauerei (DAB), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Dortmund 1973, S. 21

2) Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg Aktiengesellschaft (IWKA), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Karlsruhe/Augsburg 1973, S. 36

Berücksichtigung der "potentiellen" Liquidität¹⁾. Sie ist definiert als die Fähigkeit, durch Kreditaufnahme oder -verlängerung oder durch Zuführung von Geldmitteln der Unternehmenseigentümer zu verhindern, daß der Liquiditätsquotient zu irgendeinem Zeitpunkt < 1 wird²⁾. Neben der Darstellung der kurz- und mittelfristigen Bankverbindlichkeiten im Zusammenhang mit den flüssigen Mitteln sollte ein Hinweis auf die Höhe des nicht ausgenutzten Kreditspielraums erfolgen.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse. a. a. O., S. 31

2) ebenda, S. 61

7.1.1.3 Erläuterung der Wertpapiere, eigenen Aktien und anderen Anteile

Nur knapp 70 % der untersuchten Aktiengesellschaften wiesen Wertpapiere des Umlaufvermögens in der Bilanz aus. Eigene Aktien führten nur etwa 10 % der Unternehmen. Anteile an einer herrschenden bzw. mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft wurden so gut wie gar nicht ausgewiesen.

Erläutert wurden die Positionen von etwa 60 % der Unternehmen, die sie auswiesen. Dabei wurden auch die dürftigsten Informationen mitgerechnet. Hier seien drei relativ gute Beispiele der Erläuterungspraxis wiedergegeben:

"Die Wertpapiere in Höhe von DM 98,7 Mio. sind mit Ausnahme eines unbedeutenden Betrages festverzinslich. Nom. DM 26,2 Mio. dienen der Besicherung eines Investitionskredites, nom. DM 54,2 Mio. als Sicherheit für erhaltene Anzahlungen für Schiffsneubauten; diese Beträge sind daher zur Zeit nicht frei verfügbar."¹⁾

"In der Bilanzposition Eigene Aktien wird der Bestand an Aktien unserer Gesellschaft nachgewiesen, den wir im Jahr 1972 erworben haben, um bei einer vorgesehenen Eingliederung der INEFA Kunststoffe AG den verbleibenden Aktionären gemäß § 320 AktG ein Umtauschangebot in Aktien unserer Gesellschaft machen zu können. Es handelt sich um 537 Stück Stammaktien, die wir zuzüglich der Nebenkosten zu DM 250.128,46 erworben haben. Zum Erwerb dieser Aktien waren wir gemäß § 71 Abs. 1 Ziffer 3 AktG berechtigt. Die

1) Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bremen-Vegesack 1973, S. 12

Bewertung erfolgte unter Beachtung des Niederstwertprinzips."¹⁾

"Eigene Aktien sind nicht mehr im Bestand. Im Berichtsjahr wurden 21 878 Aktien - Inhaber-Verzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von je 50 DM - an Mitarbeiter zu einem Veräußerungspreis von 4 828 360 DM ausgegeben. Zur Durchführung der Ausgabe von Belegschaftsaktien hat die Nixdorf Computer AG 4 736 Aktien zum Anschaffungspreis von 1 278 720 DM erworben; die vertragsgemäßen Rückkäufe beliefen sich auf 168 Aktien zum Rücknahmepreis von 45 360 DM."²⁾

Wertpapiere des Umlaufvermögens sollen ihrem Charakter nach jederzeit zum Tageskurs veräußerbar sein. Wird diese Bedingung nicht erfüllt, so ist darüber zu berichten.

Bei der VEBA AG heißt es: "Die Wertpapiere wurden grundsätzlich zum Anschaffungspreis bewertet, sie sind im wesentlichen im 1. Quartal 1984 fällig."³⁾

Wie in den Beispielen dargestellt, sind für den Berichtsempfänger Kenntnisse über die Art der gehaltenen Wertpapiere, ihre Verzinsung und der Zweck, zu dem sie gehalten werden, von Bedeutung. Das gleiche gilt für die Position "eigene Aktien".

1) Hoffmann's Stärkefabriken Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bad Salzuflen 1973, S. 8

2) Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 65

3) VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 52

Ergänzend zum bilanziellen Wertansatz sollten bei börsennotierten Papieren im Erläuterungsbericht der (höhere) Tages- oder Börsenwert des Wertpapierbestandes zum Abschlußstichtag genannt werden.

Die Erläuterungen zu den Anteilen an einer herrschenden oder an der Gesellschaft mit Mehrheit beteiligten Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft haben hauptsächlich die Aufgabe, Einblick in die Verflechtungen der berichtenden Aktiengesellschaft mit anderen Unternehmen zu geben. Zu erläutern wäre, warum diese Anteile nicht als Beteiligung gehalten werden.

7.1.2 Erläuterungen zum aktivischen

Rechnungsabgrenzungsposten

Mehr als neun Zehntel der untersuchten Unternehmen weisen auf der Aktivseite der Bilanz einen Rechnungsabgrenzungsposten aus, jedoch nur knapp ein Zehntel erläutert ihn, z. T. mit Angaben wie: "Unter dieser Position werden eine Reihe im voraus bezahlter Aufwendungen ausgewiesen, die das Geschäftsjahr 1972/73 betreffen."¹⁾ Das wissen interessierte Berichtsempfänger auch ohne diese Kommentierung.

Soweit die Rechnungsabgrenzung betragsmäßig bedeutend ist, sollten die einzelnen Unterpositionen gezeigt und ggfs. Veränderungen begründet werden. So heißt es im Erläuterungsbericht der Lech-Elektrizitätswerke AG: "'Rechnungsabgrenzungsposten' von rd. DM 679.000 ergaben sich aus Vorauszahlungen von Versicherungsprämien, Konzessions- und Wasserbenutzungsgebühren sowie von Verbandsbeiträgen."²⁾

In Verbindung mit dem notwendigem offenen Ausweis von "Disagio"³⁾ erläutert die Losenhausen Maschinenbau AG: "Das Disagio wurde um die Amortisation entsprechend der Laufzeit der langfristigen Kredite vermindert. Die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten enthalten im wesentlichen vorausbezahlte Wechseldiskontspesen."⁴⁾

1) Holsten-Brauerei Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 12

2) Lech-Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Augsburg 1973, S. 31

3) Vgl. § 156 Abs. 3 AktG

4) Losenhausen Maschinenbau Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Düsseldorf 1973, S. 12

7.1.3 Erläuterungen zum Grundkapital
und zu den Rücklagen

Wesentliche Informationen über die Zusammensetzung des Grundkapitals und über die Stimmrechtsverteilung sind der Bilanz und den dortigen Vermerken gemäß § 152 Abs. 3 AktG zu entnehmen. Über den Aktienbezug bei bedingter Kapitalerhöhung und das genehmigte Kapital ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 und 5 AktG zu berichten. Aufgabe der allgemeinen Abschlusserläuterungen ist es, Veränderungen wie Kapitalherabsetzungen oder -erhöhungen zu nennen, während die detaillierte Begründung hierfür in den Lagebericht gehört. "Das Grundkapital erhöhte sich aufgrund der Beschlüsse der Hauptversammlung vom 4. Mai 1972 um DM 2 475 000,-- auf DM 8 000 000,--. Es setzt sich nunmehr aus DM 4 000 000,-- Stammaktien und DM 4 000 000,-- Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zusammen, nachdem der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats von der Ermächtigung zur Ausgabe von DM 80 000,-- neuen Stammaktien und DM 120 000,-- neuen Vorzugsaktien gegen Bareinlage Gebrauch gemacht hat."¹⁾

Weitere Erläuterungen sollten der Darlegung der Besitzverhältnisse dienen, insbesondere, wenn sich die berichtende Gesellschaft im Besitz eines oder weniger Anteilseigner befindet: "Am unveränderten Grundkapital in Höhe von DM 312,0 Millionen war die Salzgitter Hüttenwerk AG am 30. September 1972 zu 94,14 % beteiligt."²⁾

Kommanditgesellschaften auf Aktien sollten entsprechend über die Vermögenseinlage der persönlich haftenden

1) Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp & Kausch, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Frankenthal/Pfalz 1973, S. 11

2) Stahlwerke Peine-Salzgitter Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Peine/Salzgitter 1973, S. 31

Gesellschafter berichten: "Bei Feststellung des vorliegenden Jahresabschlusses durch die Hauptversammlung erhöht sich die Rücklage der persönlich haftenden Gesellschafter mit Vermögenseinlage um 2 350 296,92 DM (§ 28 Abs. 2 der Satzung)." ¹⁾

Die Kali-Chemie AG erläutert die Rücklagen und Sonderposten mit Rücklageanteil folgendermaßen: "OFFENE RÜCKLAGEN werden in Höhe von 39,6 Mio. DM ausgewiesen und entsprechen damit einem Anteil von 72 % des Grundkapitals. Sie enthalten die gesetzliche Rücklage in unveränderter Höhe von 13,8 Mio. DM, die Rücklage für Lastenausgleichs-Vermögensabgabe, die durch Entnahme von 0,9 Mio. DM der Lastenausgleichsverpflichtung zum 31.12.1972 angepaßt worden ist, und die freie Rücklage, der aus dem Jahresüberschuß gemäß § 58 Abs. 2 AktG 1,5 Mio. DM zugeführt wurden. Wie bisher enthalten die SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL die Rücklage gemäß 6 b EstG. Sie wurde entsprechend den steuerlichen Möglichkeiten auf 3,5 Mio. DM erhöht (Vorjahr 2,3 Mio. DM). Die ebenfalls in den Sonderposten enthaltene Rücklage für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern ermäßigte sich geringfügig auf 3,8 Mio. DM (Vorjahr 4,1 Mio. DM). In die Rücklage gemäß Investitionszulagengesetz wurden 0,6 Mio. DM eingestellt. Sie beträgt damit 2,1 Mio. DM." ²⁾

Lediglich diese Aufzählung der Rücklagearten und ihrer Veränderungen zum Vorjahr ist bei den untersuchten Aktiengesellschaften üblich. Inwieweit die Bestimmungen der §§ 150, 152 Abs. 4 und 5 AktG sowie bei Kapitalerhöhung die §§ 207 bis 220 AktG und bei Kapitalherabsetzungen die §§ 202 bis 239 AktG und die anderen

1) Wicküler-Küpper-Brauerei Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 17

2) Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, S. 40 f.

gesetzlichen oder satzungsmäßigen Vorschriften Anwendung gefunden haben¹⁾, wird in der Regel nicht erläutert, obwohl dies dem Analytiker Aufschluß über die Voraussetzungen der vorgenommenen Veränderungen geben würde.

Ergänzend sei auf die Vermögensbildungsaktion für eigene Mitarbeiter hingewiesen, in deren Rahmen die BMW AG Namens-Gewinn-Scheine ausgibt, diese separat in der Bilanz ausweist und im Erläuterungsbericht kommentiert: "Die Mitarbeiter beteiligten sich an diesem Vermögensbildungsmodell im Geschäftsjahr mit rund 10 Mio. DM. Weitere Erläuterungen sind im Personal- und Sozialbericht enthalten."²⁾

1) Vgl. z. B. die Aufzählung bei Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, 5. Aufl., Wiesbaden 1969, S. 208 f.

2) Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 60

7.1.4. Erläuterung der Wertberichtigungen

§ 152 Abs. 6 AktG beschränkt die Möglichkeit der Vornahme von Wertberichtigungen auf

1. Sachanlagen,
2. Beteiligungen,
3. Wertpapiere des Anlagevermögens und
4. Forderungen (hier in Form der Pauschalwertberichtigung).

Ferner wird in dieser Bestimmung eine detaillierte Aufgliederung der Posten verlangt¹⁾, bei denen Wertberichtigungen vorgenommen wurden.

Zu erläutern sind für jede Wertberichtigungsart

1. die Ursachen, welche die Vornahme von Wertberichtigungen notwendig machen,
2. ob es sich um einmalige oder regelmäßig wiederkehrende Wertberichtigungen handelt,
3. die Risiken, gegen die eine Pauschalwertberichtigung gebildet worden ist, wenn es sich um mehr als das allgemeine Kreditrisiko handelt,
4. die Forderungsarten, zu denen Pauschalwertberichtigungen in einer bestimmten Höhe (Angabe absolut oder prozentual zum ausgewiesenen Betrag) gebildet worden sind. Durch diese Information kann erreicht werden, daß verschieden hohe Risiken bei den einzelnen Forderungsarten erkennbar werden.

1) entsprechend der "Bewegung des Anlagevermögens", vgl. § 152 Abs. 6 Satz 2 AktG

Zum Teil werden in der Praxis die Pauschalwertberichtigungen bereits zusammen mit den Forderungen erläutert, wogegen keine Bedenken bestehen.¹⁾

Die H. Berthold AG berichtet über die Position "Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen": "Die hier ausgewiesene Pauschalwertberichtigung berücksichtigt ausreichend die in den Forderungen und im Wechselbestand enthaltenen Risiken. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr um TDM 303,0 erklärt sich aus dem höheren Forderungsbestand und der Einstellung einer Pauschalwertberichtigung auf den Wechselbestand."²⁾

Entsprechend heißt es bei der BMW AG zu dieser Position: "Wie im Vorjahr wurden 2,5 % für inländische und 5,0 % für ausländische Forderungen zur Deckung allgemeiner Risiken in den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, im Wechselbestand, in den Anzahlungen und in den Sonstigen Vermögensgegenständen gebildet."³⁾

1) Vgl. das Beispiel der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft im Abschnitt 7.1.1.1

2) H. Berthold Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin 1973, S. 15

3) Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 60

7.1.5 Erläuterung der Rückstellungen

Empfehlenswert wäre eine Darstellung der Entwicklung der Rückstellungsarten im Berichtsjahr im "Rückstellungsspiegel" (ähnlich dem Anlagespiegel), der Anfangsstand, Inanspruchnahme, Fehlbetrag, Auflösung, Zuführung und Endstand beinhalten sollte¹⁾.

Sobald aperiodische Zuführungen enthalten sind, durch die eine zuvor unterlassene Bildung oder Erhöhung von Rückstellungen nachgeholt wird, ist dies mit einer exakten Bezifferung anzugeben. Die Spalte Auflösung von Rückstellungen müßte mit der entsprechenden Position in der Gewinn- und Verlustrechnung übereinstimmen.

Werden für Gründe, die in den bisherigen Jahren zur Bildung von Rückstellungen führten, ab dem betrachteten Berichtsjahr keine Rückstellungen mehr gebildet, so ist dies den Berichtslern ebenso zu begründen wie notwendige, aber nicht gebildete Rückstellungen oder unterlassene Zuführungen zu Rückstellungen. Sinngemäß gilt dies ebenso für die gerechtfertigte oder nicht gerechtfertigte Herabsetzung von Rückstellungen.

Selbst nach der eingeschränkten Fassung des § 152 Abs. 7 AktG lassen sich Rückstellungen für eine Vielzahl von Einzelzwecken bilden. Mindestens auszuweisen sind (soweit vorhanden):

1. Pensionsrückstellungen,
2. Rückstellungen für unterlassene Instandsetzungen oder Abraumbeseitigung,
3. Rückstellungen für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden,
4. andere Rückstellungen.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 61

Nachfolgend sind einige positive Erläuterungsbeispiele für verschiedene Rückstellungsarten wiedergegeben:

"Die Pensionsrückstellungen sind wie seither nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Zinsfuß von 3,5 % berechnet. Die Ruhegeldzusagen an Mitarbeiter bis 55 Jahre wurden nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren und die für den übrigen Teil nach dem Barwertdeckungsverfahren gebildet."¹⁾

Die Bildung und für den kommenden Jahresabschluß bereits wieder zu erwartende Auflösung von Rückstellungen für Instandhaltungen erläutert die Triton-Belco AG: "Für im Berichtsjahr notwendige, aber noch nicht durchgeführte Reparaturen wurde eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Die Arbeiten sind inzwischen ausgeführt."²⁾

Der Posten "andere Rückstellungen" umfaßt eine Vielfalt von Rückstellungsarten. Daher sollte die Zusammensetzung dieser Position dargelegt werden: "Die anderen Rückstellungen betreffen überwiegend Steuern, Abschlußvergütungen und Beiträge zur Berufsgenossenschaft. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich durch höhere Steuerrückstellungen bedingt."³⁾

Für den Analytiker steht die Frage nach der Fristigkeit der Rückstellungen im Vordergrund, damit er beurteilen kann, für welchen Zeitraum die Gesellschaft

1) Allgäuer Alpenmilch Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, München 1973, S. 13

2) Iriton-Belco Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973, S. 11

3) Überlandwerk Unterfranken Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Würzburg 1973, S. 21

auf zusätzliches Kapital verzichten kann. Diese Tatsache berücksichtigen jedoch nur die wenigsten Aktiengesellschaften in ihren Erläuterungsberichten. Die Preussag informiert recht umfassend: "Die Rückstellungen stehen uns für die nachstehend genannten Fristen als Finanzierungsmittel zur Verfügung:

	TDM
bis zu 12 Monate	60 480
über 1 bis 4 Jahre	38 280
über 4 Jahre	79 439

Trotz der Übernahme entsprechender Beträge von umgewandelten Gesellschaften wurden die Rückstellungen insgesamt um 7,0 Mio DM abgebaut. Das liegt vor allem an der Verrechnung der bei Preussag AG Metall im Vorjahr im Zusammenhang mit dem Bau der Zinkelektrolyse gebildeten Rückstellung für ausstehende Lieferantenrechnungen." ¹⁾

1) Preussag Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin/Hannover 1973, S. 57

7.1.6 Erläuterung der Verbindlichkeiten

Ähnlich wie bei der Darstellung der Forderungen sind auch bei den Verbindlichkeiten Erläuterungen zur Fristigkeit der Unterpositionen erforderlich. Das künftige Recht fordert gesonderte Angaben zu den Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Im Einzelfall erscheint jedoch auch eine Detaillierung des Fünfjahreszeitraums ratsam.

Für den Abschlußstichtag und/oder den Zeitpunkt der Berichterstattung ist ferner anzugeben, in welchem Umfang und wie die Verbindlichkeiten - getrennt nach den einzelnen Unterpositionen - besichert sind.

Für die einzelnen Bilanzpositionen des Anlagevermögens sowie der Vorräte und Forderungen ist anzugeben, in welchem Umfang sie verpfändet oder sicherungsübereignet sind. Die Erläuterungen sollten unter Hinweis auf die diesen gegenüberstehenden Verbindlichkeiten vermittelt werden.

Das künftige Recht fordert ferner einen Ausweis der finanziellen Verpflichtungen, die nicht bilanziert werden, jedoch Bedeutung für die Finanzlage der berichtenden Gesellschaft haben, wie z. B. Leasingraten oder Investitionsverpflichtungen. Pensionsverpflichtungen bzw. Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen sollen dabei gesondert ausgewiesen werden, ein Hinweis, der auf die anderen Verpflichtungen erweitert werden sollte.

Aussagefähige Erläuterungen zu den einzelnen Arten der Verbindlichkeiten zu geben, wäre für die berichtenden Gesellschaften einfach, da bekannt sind:

1. die Gläubiger (Kreditinstitute, Lieferanten, Kunden, verbundene Unternehmen oder eine breite Publikumsstreuung, z. B. bei Obligationen),
2. die Höhe der (Rest-) Schulden,
3. die Rückzahlungsmethoden (regelmäßige Raten, einmalige Rückzahlungen, revolvingierende Kontokorrentkredite u. a.),
4. die verschiedenen Restlaufzeiten und
5. gegebenenfalls die Sicherheiten (z. B. Grundstücke, Gebäude, Wertpapiere).

Trotzdem fehlen diese Angaben ganz oder teilweise in den meisten Erläuterungsberichten. Die Aktionäre müssen sich mit so unwesentlichen Erläuterungen zufrieden geben wie: "Die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren verringerten sich um DM 403 000 auf DM 2 304 000. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Wechselverbindlichkeiten verringerten sich um DM 533 000."¹⁾

Beispiele dieser Art sind leicht zu finden. Sucht man jedoch nach aussagefähigeren Erläuterungen, so findet man nur vereinzelt gute Beispiele wie dieses:

"Die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren, die sich um 191 Mill. DM erhöhten,

1) Bielefelder Webereien Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bielefeld 1973, S. 8

gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

	in Mill. DM			
	bis 12 Monate	1 - 4 Jahre	mehr als 4 Jahre	Summe
Anleihen	13,6	41,0	237,8	292,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kredit- instituten	24,3	68,4	45,6	138,3
sonstige Verbind- lichkeiten	18,3	64,8	122,6	205,7
	56,2	174,2	406,0	636,4

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Anleiheschulden durch Ausgabe der 8 %-Anleihe von 1972 um 100 Mill. DM erhöht. Die Tilgungen betrugen 13,6 Mill. DM. Zu den am 30. September 1972 ausgewiesenen Anleihen zählten:

	Mill. DM
6,5 %-Anleihe von 1958	12,0
6 %-Anleihe von 1962	30,0
6 %-Anleihe von 1963 - 1. Ausg.	29,4
6 %-Anleihe von 1963 - 2. Ausg.	21,0
7,5 %-Anleihe von 1971	100,0
8 %-Anleihe von 1972	100,0
	292,4 ¹⁾

Besonders informativ ist in diesem Beispiel die Matrixdarstellung der Verbindlichkeitsarten und der Restlaufzeiten.

1) Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Duisburg 1973, S. 47

Wesentliche Erläuterungen müssen auch den Inhalt der einzelnen Positionen verdeutlichen, wie das folgende Beispiel zeigt: "Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten Schuldscheindarlehen im Gesamtbetrag von 173 Mio DM und andere Darlehen im Gesamtbetrag von 381 Mio DM. Davon sind Darlehen in Höhe von 10 Mio DM durch Sicherungsübereignung von Erzen gemäß dem Tredefina-Verfahren besichert."¹⁾

Über die Sicherung der langfristigen Verbindlichkeiten berichtet die bereits zitierte Klöckner-Werke AG: "Die langfristigen Verbindlichkeiten sind insgesamt in Höhe von rd. 464 Mill. DM durch Grundpfandrechte dinglich gesichert. Die Grundpfandrechte ruhen auf unseren eigenen Betriebs- und Wohngrundstücken. Außerdem haften Betriebs- und Wohngrundstücke von verbundenen Unternehmen mit."²⁾

Selbst bei den guten Beispielen vermißt man meistens Informationen über die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten.

Nachfolgend einige Beispiele für Erläuterungen, die einzeln erheblich über dem durchschnittlichen Berichtsniveau liegen:

"Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind im Berichtsjahr um 8,6 % zurückgegangen, sie

1) Friedrich Krupp Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bochum 1973, S. 41

2) Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 48

betreffen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoff-Einkäufe	23,423 Mio DM
Anlagevermögen	15,007 Mio DM
Frachten, Zölle, Werbung, Dienstleistungen und verschiedenen Aufwand	8,424 Mio DM
	46,854 Mio DM
	=====

Die Skontierungsmöglichkeiten werden genutzt.

Für Verpflichtungen aus Einkäufen von Rohstoffen und Handelswaren bestanden Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 59,499 Mio DM. Bis auf einen geringen Betrag waren die Wechsel bis März 1973 fällig."¹⁾ Der letzte Satz deutet darauf hin, daß die Wechselverbindlichkeiten zwischen dem Abschlußstichtag und der Erstellung des Geschäftsberichts beglichen waren. Die hier gewählte Formulierung gibt der Gesellschaft Gelegenheit, auch über Ereignisse nach dem Abschlußstichtag im Erläuterungsbericht zu informieren und dessen Aussagefähigkeit zu verbessern.

Über die unterschiedlichen Fristigkeiten informiert das nächste Beispiel: "Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten betreffen im wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Sie haben sich um 20,8 Mio. DM ermäßigt. Unsere Bankverbindlichkeiten waren zu 51 Prozent kurz- und zu 49 Prozent mittelfristig."²⁾

1) Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hannover 1973, S. 23 f.

2) Felten & Guillaume Carlswerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Köln 1973, S. 18

Vom Berichtsempfänger sicherlich gerne gesehen würde eine ergänzende Information, inwieweit durch die Inanspruchnahme von Krediten der Kreditrahmen bei den Banken ausgeschöpft wurde.

"Die erhaltenen Anzahlungen verminderten sich um 117,344 Millionen DM auf 158,943 Millionen DM. Sie sind fast ausschließlich zur Finanzierung des Großanlagengeschäfts geleistet worden."¹⁾ Leider geht aus dieser Erläuterung nicht hervor, inwieweit den Anzahlungen erbrachte Lieferungen und Leistungen der berichtenden Gesellschaft gegenüberstehen, ohne daß dies jedoch zu einer Saldierung führen sollte.

Der Begriff "Sonstige Verbindlichkeiten" umschreibt eine Sammelposition, deren Zusammensetzung erläutert werden muß.

"In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind neben einem kurzfristigen Darlehen der Chemie Verwaltungs-AG, Frankfurt (Main), noch Guthaben der Sozialeinrichtungen, Zinsverpflichtungen, Lizenzverbindlichkeiten, Steuerschulden und Verbindlichkeiten gegenüber Werksangehörigen und sonstigen Gläubigern enthalten."²⁾

In tabellarischer Form erläutert die Hoechst AG:

1) Linde Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wiesbaden 1973, S. 53

2) Chemische Werke Hüls Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Marl (Kreis Recklinghausen) 1973, S. 27

"Die Sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen (in Millionen DM):

	1983	1982
Jahresvergütungen sowie Lohn- und Gehaltsreste	212	151
Verbindlichkeiten gegenüber Sozialeinrichtungen	28	16
Rabatte und Boni	56	62
Noch nicht fällige Zinsen auf Anleihen, Kredite usw.	15	30
Steuern	15	16
Übrige Posten	26	37
Gesamt	352	312 ¹⁾

Bei international tätigen Gesellschaften bestehen Verbindlichkeiten nicht nur in DM, sondern auch in Fremdwährungen. Bei den einzelnen Positionen wird darüber von keiner Unternehmung berichtet. Lediglich bei der BASF findet man am Ende der Erläuterungen zu den Verbindlichkeiten einen Vermerk: "Alle Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Höhere DM-Werte aus Fremdwährungsumrechnungen in Vorjahren wurden beibehalten."²⁾

1) Hoechst Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 56

2) Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft (BASF), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 91

7.1.7 Erläuterungen zu den passivischen Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite der Bilanz werden nur von den wenigsten Gesellschaften erläutert. Da die ausgewiesenen Beträge meist gering sind, hat dieser Posten z. B. auf eine Bilanzanalyse so gut wie keinen Einfluß. Folglich kann man in diesem Falle aufgrund der aufgestellten Materiality-Überlegungen auf die Berichterstattung verzichten.

Bei der Horten AG entspricht der passivische Rechnungsabgrenzungsposten etwa 0,7 % der Bilanzsumme. Die Unternehmung berichtet: "Hier weisen wir im wesentlichen die vereinnahmten, aber noch nicht verdienten Teilzahlungszuschläge aus. Bei der Abgrenzung haben wir nunmehr die von der Finanzverwaltung geforderte zinsmäßige Abgrenzung der in den Teilzahlungsausständen enthaltenen Kreditgebühren angewandt."¹⁾

Besonders in der Branche der Elektrizitätserzeugungsbetriebe hat der Rechnungsabgrenzungsposten eine größere Bedeutung. Bei der RWE entspricht er fast 3 % der Bilanzsumme, bei den Lech-Elektrizitätswerken sogar über 9,4 %. Diese informiert: "Die als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen Baukostenzuschüsse werden mit jährlich 5 % erfolgswirksam aufgelöst."²⁾

Hat die Position wie in diesen Beispielen eine gewisse Bedeutung erreicht, so daß sich eine wesentliche Erläuterungspflicht ergibt, dann sollten die Angaben

1) Horten Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 30

2) Lech-Elektrizitätswerke Aktien-Gesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 32

zumindest informieren über

1. die Arten der abzugrenzenden Einnahmen und
2. - besonders bei größeren Einnahmen - für welchen Zeitraum in der Folgezeit diese Beträge angerechnet werden müssen.

7.1.8 Erläuterung der Haftungsverhältnisse

Den nicht in der Bilanz oder unter der Bilanz ausgewiesenen Haftungsverhältnissen wird in den Erläuterungsberichten der folgenden Jahre gemäß künftigem Recht eine noch größere Bedeutung zukommen als in der Vergangenheit.¹⁾ In der Erläuterungspraxis werden derzeit zwei Berichterstattungsalternativen angewendet:

- weitestgehende Erläuterung des Sachverhalts unter der Position Verbindlichkeit²⁾
- gesonderter Ausweis, meist am Ende des Erläuterungsteils zur Bilanz; dazu hier zwei Beispiele aus jüngster Zeit vom Börsenneuling Nixdorf Computer AG und der Daimler Benz AG:

"Die von der Nixdorf AG ausgewiesenen Haftungsverhältnisse sind nahezu ausschließlich zugunsten von in- und ausländischen Konzernunternehmen eingegangen worden. Die Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen im Konzern stehen im Zusammenhang mit der Veräußerung von vermieteten Maschinen im Ausland.

Gegenüber Konzerngesellschaften bestehen aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse für eine noch nicht eingeforderte Kapitaleinzahlung der Nixdorf Computer Finanz AG, Luxemburg, in Höhe von 16 Mio. DM und aus der Haftung der Nixdorf Computer AG für Verbindlichkeiten der Nixdorf Computer Haus GmbH & Co., Paderborn, von 110,3 Mio. DM. Gegenüber zwei konzernfremden Gesellschaften im Ausland hat die Nixdorf Computer AG Kapitaleinzahlungsverpflichtungen in Höhe von

1) Vgl. den Forderungskatalog des § 271 Abs. 1 Nr. 1 und 2 EHGB

2) einige Beispiele dazu wurden im Abschnitt 7.1.6 wiedergegeben

umgerechnet 49,0 Mio. DM. Darüber hinaus sind kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 12,5 Mio. DM eines ausländischen Konzernunternehmens grundpfandrechtlich gesichert. Eine Mietgesellschaft im Ausland hat Forderungen aus dem Mietgeschäft, die zum Bilanzstichtag mit 0,4 Mio. DM valutierten, zur Sicherung eigener Verbindlichkeiten abgetreten."¹⁾

"Das Wechselobligo beträgt 14 Mill. DM. Die Bürgschaften sind mit 136 Mill. DM vermerkt; sie wurden für inländische Beteiligungsgesellschaften und im Bereich der Auslandsbeteiligungen gegeben.

Zahlungsgarantien bestehen über insgesamt 42 Mill. DM zugunsten der Gläubiger aus der DM-Anleihe von 1970 und der lfr-Anleihe von 1982 der Daimler-Benz Finanz-Holding S.A., Luxemburg.

Das Obligo aus Einzahlungsverpflichtungen und Nachhaftungen gemäß § 24 GmbHG sowie aus Haftsummen der zu den Beteiligungen gehörenden Genossenschaften beträgt 57 Mill. DM.

Aus Beteiligungen an zwei Gesellschaften bürgerlichen Rechts, über die Ergebnisabführungsverträge zu Organisationsgesellschaften bestehen, haften wir gesamtschuldnerisch."²⁾

1) Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 67

2) Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 73

7.2. Erläuterungen zu den Positionen der
Gewinn- und Verlustrechnung

7.2.0. Vorbemerkungen

Die Trennung der ordentlichen von den außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen ist eine der wesentlichsten Bestandteile der Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung. Das aktienrechtliche Gliederungsschema gemäß § 157 berücksichtigt dieses Interesse jedoch nicht in genügendem Maße. Um die Übersichtlichkeit des Erläuterungsberichts nicht zu beeinträchtigen, haben die Angaben zu den einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung formal in der Reihenfolge des aktienrechtlichen Gliederungsschemas zu erfolgen. Inhaltlich aber sollten zusätzlich zur disaggregierten Darstellung zu allen betroffenen Positionen die außerordentlichen Bestandteile quantifiziert und erläutert werden, damit der Analytiker in der Lage ist, eine für seine (von der aktienrechtlichen abweichenden) Zielsetzung geeignete Umgliederung vorzunehmen¹⁾. Zu diesen Erläuterungsvorstellungen besteht in der Praxis ein erhebliches Berichtsdefizit.

Zudem sind die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung nach sachlichen oder zeitlichen Kriterien aufzugliedern und bedeutende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu erläutern.

1) Vgl. Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, a. a. O., S. 89

7.2.1 Erläuterung der Umsatzerlöse

Ein Bild über Inhalt und Umfang der in die Umsatzerlöse eingeschlossenen oder aus diesen herausgerechneten Bestandteile wird bei keinem der betrachteten Geschäftsberichte allein deutlich. Erst die Kombination der Erläuterungen dieser Position bei verschiedenen Aktiengesellschaften ergibt einen umfassenden Erläuterungsblock, wobei die Unterschiede zwischen einer Produktions- und einer Handelsgesellschaft einerseits und den national bzw. international tätigen Unternehmen andererseits herausgestellt werden sollen.

"Der Umsatzerlös liegt um 22 Millionen DM höher als der eigentliche Geschäftsumsatz, den wir ... mit 2 349 Millionen DM angegeben haben. Der Unterschied betrifft Lizenzen und Provisionen."¹⁾ "Die hier mit 2 700 Millionen DM ausgewiesenen Bruttoerlöse weichen von dem zu Beginn des Geschäftsberichts ausgewiesenen Einzelhandelsumsatz in Höhe von 2 714 Millionen DM ab. Sie beinhalten zusätzlich Großhandelsumsätze in Höhe von 15 Millionen DM und Erlösminderungen durch Rabatte und vergütete Parkgebühren in Höhe von 29 Millionen DM."²⁾

"Die Umsatzerlöse enthalten die an Kunden berechneten Entgelte für Lieferungen und Leistungen nach Abzug von Preisnachlässen, Rabatten, Boni und Skonti."³⁾

1) Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft (MAN), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Augsburg 1972, S. 49

2) Horten Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 31

3) Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft (BBC), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 39

"Die Umsatzerlöse sind bereits um die unseren Kunden berechnete Umsatzsteuer in Höhe von 33,2 Mio. DM gekürzt."¹⁾

"Die Umsatzerlöse in Höhe von 4 417 Mill. DM schließen die Umsätze mit Verbundenen Unternehmen ein."²⁾
Ein zusätzlicher Hinweis über den prozentualen Anteil der konzerninternen Lieferungen und Leistungen an den Umsatzerlösen wäre wünschenswert gewesen.

Die nachfolgenden Erläuterungen informieren über das Liefer- und Leistungsprogramm, mit dem der ausgewiesene Umsatzerlös erzielt wurde. Noch informativer, auch mit Blick auf das zukünftige Recht, sind Erläuterungen, die den Anteil der einzelnen Produktgruppen transparent machen.

"Die Umsatzerlöse von insgesamt 4 570,6 Mio DM beinhalten neben den um 17 % auf 4 298,1 Mio DM gestiegenen Erlösen aus dem Stromverkauf die Einnahmen aus Betriebsführung, Stromtransport, Dampfabgabe, Warenverkäufen und aus sonstigen Leistungen."³⁾

"Die Umsatzerlöse nahmen um 2.159 Mio. DM oder 8 % auf 29.187 Mio. DM zu, was vor allem auf den höheren Anteil von Audi-Modellen, Preisanhebungen sowie eine überproportionale Zunahme von sonstigen Verkäufen zurückzuführen ist. Während der Inlandsumsatz um 20,2 % gegenüber dem Vorjahr anstieg, verminderten sich die

1) Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 44

2) August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 56

3) Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft (RWE), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 55

Exporterlöse um 1,7 %. Auf das Fahrzeuggeschäft entfielen 75,7 (75,9) % der Gesamterlöse."¹⁾ Diese Erläuterung erfüllt bereits andeutungsweise die Forderung des zukünftigen Rechts nach Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen und geographisch bestimmten Märkten²⁾. Insbesondere international tätige Unternehmen wie das Volkswagenwerk sollten die regionale Aufgliederung stärker in den Vordergrund stellen, während produktmäßig stärker diversifizierte Gesellschaften vornehmlich (oder zusätzlich) die Aufgliederung nach Produkten, Produktgruppen, Sparten oder Branchen herausstellen sollten. Ebenso sollte weitergehend als bisher über die unterhaltenen Verkauforganisationen berichtet werden.

Da Umsatzerlöse sich aus einer Mengen- und einer Wertkomponente zusammensetzen, sollte darauf hingewiesen werden, welche von beiden oder aber in welchem Verhältnis beide zusammen sich gegenüber dem Vorjahr verändert haben. Die Shell AG berichtet: "Die Umsatzerlöse erhöhten sich geringfügig um DM 31,3 Mio auf DM 22.511,7 Mio. Die diesen Werten entsprechenden Absatzmengen belaufen sich auf 14,4 Mio t Mineralölprodukte zuzüglich 3,9 Mio t Lieferungen aus Tauschabkommen, 0,5 Mio t petrochemische Produkte, 7,9 Mrd. Kubikmeter (77 TWh) Erdgas und 0,4 Mio t Kohle."³⁾ Leider fehlt der Mengenvergleich mit dem Vorjahr, so daß der Vorjahresbericht zur Beurteilung mit herangezogen werden muß.

1) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 100

2) Vgl. § 272 Abs. 1 Nr. 5 EHGB

3) Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 29

7.2.2 Erläuterung der Bestandsveränderungen, anderen
aktivierten Eigenleistungen und der Gesamtleistung

Auch die Bestandsveränderungen beinhalten eine Mengen- und eine Wertkomponente. Soweit letztere die im berichtenden Unternehmen sonst üblichen Abschreibungen überschreiten, sind sie jedoch den Abschreibungen zuzurechnen¹⁾.

Erläuterungen zu dieser Position sind sehr selten. Die berichtenden Gesellschaften gehen - häufig zu recht - davon aus, daß die Erläuterungen der bei den "Vorräten" ausgewiesenen "fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie Waren" und deren Veränderung bereits ausreichen. Die umfassendsten Erläuterungen lauten etwa: "Die Verminderung der Bestände, vornehmlich der in Ausführung befindlichen Aufträge, haben insbesondere die Abrechnungen der in den letzten zwei Monaten des Geschäftsjahres fertiggestellten Bauvorhaben ... bewirkt."²⁾

Fast ebenso gering ist die Erläuterungshäufigkeit zur Position "andere aktivierte Eigenleistungen", worunter in erster Linie selbst hergestellte Gegenstände des Anlagevermögens zu verstehen sind, einschließlich der Aufwendungen für hierin enthaltene fremdbezogene Materialien und Leistungen. Hervorzuheben sind daher die folgenden Beispiele, die einen ausreichenden Überblick über den Inhalt dieses Postens geben:

"Andere aktivierte Eigenleistungen von DM 6,5 Millionen betreffen fast ausschließlich Bohrungen, die mit

1) Vgl. auch § 255 Abs. 2 EHGB

2) Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Frankfurt am Main 1973, S. 31

eigenen Geräten geteuft wurden, und Werkstattanfertigungen."¹⁾

"Andere aktivierte Eigenleistungen: Als größeres Objekt ist die Errichtung eines Fertigteilwerkes in Weilbach zu nennen. Im übrigen betreffen die aktivierten Eigenleistungen vornehmlich den weiteren Ausbau unserer bereits vorhandenen Produktions- und Lager-einrichtungen sowie die Errichtung von Wohnheimen und Unterkünften für ausländische Arbeitskräfte."²⁾

Etwa die Hälfte der insgesamt spärlichen Erläuterungsfälle besteht aus einer kombinierten Berichterstattung der Bestandsveränderung und aktivierten Eigenleistungen als Hinführung zur Gesamtleistung. Dabei kommt diesen Erläuterungen nur ein recht begrenzter Informationsgehalt zu, da die meisten hier vermittelten Erläuterungen auch der Gewinn- und Verlustrechnung direkt zu entnehmen sind. "Unter Berücksichtigung der Bestandserhöhung der Erzeugnisse um DM 16 100 000 und der anderen aktivierten Eigenleistungen um DM 1 210 000 liegt die Gesamtleistung mit DM 1 020 990 000 um DM 21 990 000 niedriger als im Vorjahr."³⁾

Eine Einzelerläuterung dieser Positionen mit mehr "Hintergrundinformation" erscheint daher als die aussagefähigere Lösung.

1) Wintershall Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 35

2) Beton- und Monierbau Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 24

3) Stahlwerke Südwestfalen Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 30

7.2.3 Erläuterung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren und des Rothertrages

In knapp der Hälfte der untersuchten Geschäftsberichte finden sich zumeist kurze Erläuterungen der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren. Dies dürfte dadurch begründet sein, daß diese Position sich zumeist als unproblematisch darstellt und im Zweifelsfalle bereits Erläuterungen zu den entsprechenden Vorratspositionen der Bilanz gegeben wurden. Als mindestnotwendig erscheinen jedoch Erläuterungen, die die Veränderungen der Position begründen wie z. B. Aussagen der folgenden Art: "In den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren sind im wesentlichen die Einsatzstoffe, Aufwendungen für Brennstoffe, Energie, Werkzeuge und Reserveteile sowie für Anlagenerhaltung und Transportleistungen erfaßt. Der Stoffaufwand ist der Verminderung der Gesamtleistung nur bedingt gefolgt; dies beruht auf dem steigenden Einsatz von zugekauftem Vormaterial."¹⁾

Der Rothertrag als Residualgröße der Gesamtleistungen, reduziert um die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren, bedarf keiner separaten Erläuterung. Wird er in seltenen Fällen erläutert, so stets in Verbindung mit den oben genannten Aufwendungen: "Die hiergegen (Anm. des Verf.: gegen die Gesamtleistungen) zu verrechnenden Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (einschließlich Fremdleistungen für Unterhaltungsarbeiten)

1) Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 50

sowie für bezogene Waren sind vor allem durch gestiegene und verteuerte Strom- und Kohlebezüge sowie durch erhebliche Mehraufwendungen für Fremdlieferungen und -leistungen um 578,4 Mio DM = 26,4 % auf 2 770 Mio DM angewachsen. Der Rohertrag beläuft sich damit auf 1 839,7 Mio DM." ¹⁾

1) Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft (RWE), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 55

7.2.4 Erläuterung der verschiedenen Ertragsarten

7.2.4.0 Vorbemerkungen

Beispielhaft sollen im folgenden die notwendigen Erläuterungen zu den verschiedenen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Ertragsarten wiedergegeben werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Disaggregationen der Sache - mitunter auch der Fristigkeit - nach, sowie um Begründungen für eingetretene Sachverhalte und Veränderungen¹⁾.

Es sei an dieser Stelle auch darauf verwiesen, daß das künftige Recht eine Änderung der Gliederungssystematik vorsieht, mit der Zielsetzung, ordentliche und außerordentliche Bestandteile deutlicher als bisher zu trennen²⁾. Gute Erläuterungen verweisen jedoch auch heute stets auf den außerordentlichen Anteil, oder aber dem Berichtsempfänger ist bewußt, welcher Kategorie eine Position zuzuordnen ist. Es liegt dann in seinem Ermessen, eine Umgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung vorzunehmen.

1) Vgl. Abschnitt 6

2) Vgl. § 253 EHGB

7.2.4.1 Erläuterung der Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

Bei kleineren berichtspflichtigen Gesellschaften dürften allgemeine beschreibende Erläuterungen zu den meist wenigen bestehenden Verträgen der oben genannten Art genügen. "Erträge aus Gewinnabführungsverträgen stammen vor allem von der Ruhr-Zink GmbH und der Unterweser Reederei GmbH. Der Anstieg dieser Erträge geht insbesondere auf das verbesserte Ergebnis der Ruhr-Zink GmbH zurück, zu dem auch Zuschreibungen aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung beigetragen haben."¹⁾

Während in dem ersten Beispiel die Begründung in den Vordergrund trat, besticht das folgende einer größeren Gesellschaft durch seine tabellarische und vollständige Wiedergabe einschließlich Vergleich mit den Vorjahreswerten, läßt jedoch die zuvor genannten Begründungen offen:

"In den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen sind im Vergleich zum Vorjahr folgende Nettogewinne erfaßt:

1) Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Frankfurt am Main 1973, S. 44

	1983 Mio DM	1982 Mio DM
Stinnes AG	35,0	30,5
VEBA Kraftwerke Ruhr AG	26,4	39,8
Westdeutsche Wohnhäuser AG	6,3	6,1
DEMINEX-Deutsche Erdöl- versorgungsgesellschaft mbH	2,4	1,8
Indupark Grundstücks- verwertung GmbH	0,4	0,4
Gewerkschaft Morgenglück GmbH	0,2	0,2
HIBERNIA Industrierwerte GmbH	0,1	0,3
	70,8	79,1" 1)
=====		

1) VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr
1983, a. a. O., S. 54

7.2.4.2 Erläuterung der Erträge aus Beteiligungen

Die bei der vorherigen Position angewandte Erläuterungsform hält die VEBA AG auch bei der Erläuterung der Erträge aus Beteiligungen bei:

"Die Erträge aus Beteiligungen setzen sich wie folgt zusammen:

	1983 Mio DM	1982 Mio DM
a) KONZERNGESELLSCHAFTEN		
Preußische Elektrizitäts-AG	158,4	147,8
Kommanditgesellschaft Unitrakt Bauträger- und Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co.	3,4	2,0
Gesellschaft für Energie- beteiligung mbH	1,7	1,5
VEBA Wohnstätten AG	1,3	1,3
Induboden GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft	1,3	1,1
übrige	0,9	1,5
	167,0	155,2
b) SONSTIGE BETEILIGUNGEN		
Urangesellschaft mbH	0,3	0,3
Ruhrgas AG/Bergemann KG	0,3	0,2
übrige	0,2	0,2
	0,8	0,7
	167,8	155,9
=====		

„1)

1) VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 54

Eine Aufteilung nach inländischen und ausländischen Beteiligungsgesellschaften nimmt die BASF AG in ihrer tabellarischen Aufstellung vor¹⁾. Beide Berichte lassen jedoch noch ergänzende Erläuterungen vermissen, wie sie z. B. die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG nennt:

"Die Abnahme der Erträge aus Beteiligungen und beteiligungsähnlichen Ansprüchen um DM 1,5 Millionen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß P+S der anteilige Gewinn der Ilseder Schlackenverwertung Dr. Schmidt & Co. KG für das Kalenderjahr 1971 nicht mehr zufließt, weil P+S ihre Beteiligung am Kommanditkapital dieser Gesellschaft bereits im Vorjahr auf die Industrie-Aktiengesellschaft Peine-Salzgitter übertragen hatte. Im Berichtsjahr enthält diese Position im wesentlichen die Anteile von P+S am Gewinn der Stahlhandel-Verwaltungs-GmbH und der Burwitz Nord KG."²⁾

1) Vgl. Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft (BASF), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 93

2) Stahlwerke Peine-Salzgitter Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 33

7.2.4.3 Erläuterung der Erträge aus den anderen Finanzanlagen

Als gut kann das folgende Erläuterungsbeispiel der Erträge aus den anderen Finanzanlagen angesehen werden:

"In den Erträgen aus anderen Finanzanlagen sind vor allem Dividendenerträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens enthalten, die niedriger sind, weil inzwischen Verkäufe vorgenommen wurden. Als Erträge aus Anlageabgängen und Zuschreibungen sind Buchgewinne aus diesen Wertpapierverkäufen sowie Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen, insbesondere aus dem Verkauf des Fabrikgrundstückes der ehemaligen Zweigniederlassung Hamburg, erfaßt. Diese Buchgewinne wurden gemäß § 6b EStG zu Sonderabschreibungen, zu einer Wertberichtigung und zur Bildung von Rücklagen verwendet."¹⁾

Sollte im Einzelfalle diese Position eine größere Bedeutung erlangen, ist eine zusätzliche tabellarische Aufstellung wie bereits beschrieben ratsam.

1) Goldschmidt Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Essen 1973, S. 25

7.2.4.4 Erläuterung der sonstigen Zinsen und ähnlicher Erträge

In den meisten Fällen wird eine Aufschlüsselung der verschiedenartigen Bestandteile der Position "sonstige Zinsen und ähnliche Erträge" als Erläuterung ausreichen: "In den Zinserträgen sind Wechseldiskonte sowie Zinsen aus Festgeldguthaben und kurzfristigen Darlehen enthalten."¹⁾

Eine zusätzliche Begründung der Veränderung bietet das folgende Beispiel: "Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge umfassen im wesentlichen Zinsen für Darlehen, langfristige Forderungen und Wertpapiere sowie Zinsen aus dem Kontokorrentverkehr mit Beteiligungsgesellschaften. Zur Erhöhung dieser Position haben insbesondere die gestiegenen verzinlichen Forderungen und Wertpapiere beigetragen."²⁾

Eine kleine Zahl von Aktiengesellschaften wählt die kombinierte Erläuterung der Zinserträge und Zinsaufwendungen, die hier später noch zu behandeln sein werden.

"Aufgrund der verbesserten Liquiditätslage hat sich der Überschuß der S o n s t i g e n Z i n s e n und ä h n l i c h e n E r t r ä g e über die Z i n s e n und ä h n l i c h e n A u f w e n d u n g e n um DM 3,5 Mio auf DM 7,7 Mio erhöht."³⁾

1) DLW Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 15

2) Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft (BBC), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 39

3) Deutsche Babcock & Wilcox Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Oberhausen 1972, S. 62

Die Angabe der "Zinsbilanz"¹⁾ darf jedoch nicht dazu führen, daß wesentliche Einzelinformationen durch die Saldierung verlorengehen. Im übrigen soll die gemeinsame Erläuterung hier nicht als wichtiger Bestandteil des Erläuterungsberichts gefordert werden.

1) Vgl. Siemens Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, München 1972, S. 49

7.2.4.5 Erläuterung der Erträge aus dem Abgang von
Gegenständen des Anlagevermögens und aus
Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens

Soweit nicht bereits in Verbindung mit der Erläuterung der entsprechenden Bilanzpositionen Angaben gemacht wurden, muß an dieser Stelle über die Art der Abgänge und die zumeist auch steuerliche Behandlung der Zuschreibungen berichtet werden.

"Erträge aus Anlageabgängen ... ergeben sich aus den Verkaufserlösen für zum Teil voll abgeschriebene Anlagegegenstände, vorwiegend für Kraftfahrzeuge und Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung unserer Zweigniederlassung in Stuttgart."¹⁾

"Die Erträge aus Anlageabgängen und Zuschreibungen entstanden beim Verkauf betrieblich nicht mehr benötigter Grundstücke, Gebäude und Maschinen sowie aus Zuschreibungen zum Anlagevermögen zur teilweisen Anpassung an die Steuerbilanzwerte. Bei der DEMAG AG enthalten sie daneben Buchgewinne aus Umwandlungen. Aus diesen Erträgen wurden DM 5 Millionen in den Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6 b EStG eingestellt sowie DM 1 Million im Wege der Sonderabschreibung auf Beteiligungszugänge übertragen."²⁾

"Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil ergaben sich vornehmlich aus der

1) H. Berthold Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 16

2) DEMAG Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Duisburg 1973, S. 26

Teilauflösung der Rücklage gemäß § 6 b EStG sowie dem Sonderposten für Kapitalanlagen in Entwicklungsländern."¹⁾

"Unter den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen zu Posten des Sachanlagevermögens gemäß § 36 Investitionshilfegesetz und gemäß § 51 EStG - Konjunkturmaßnahmen - mit 31 Mio DM ist neben dem jahresanteiligen Auflösungsbetrag eine Rücknahme von 4,4 Mio DM steuerlich nicht anerkannter Sonderabschreibungen gemäß § 51 EStG aus den Vorjahren vereinnahmt."²⁾

1) Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 45

2) Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft (RWE), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 56

7.2.4.6 Erläuterung der Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen

Erträge aus der Herabsetzung von Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen wurden von den betrachteten Gesellschaften entweder gar nicht oder aber in so geringer Höhe vorgenommen, daß keine Unternehmung diese Position der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Häufiger anzutreffen ist der Ausweis von Verlusten aus Einstellungen in die Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen, die bei den Aufwands-erläuterungen separat beschrieben werden sollen.

7.2.4.7 Erläuterung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Je nach Branche und Geschäftszweck wurden Rückstellungen für unterschiedliche Risiken gebildet, deren Entfall oder deren Reduzierung zu erläutern sind:

"Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen ergeben sich aus dem Wegfall von Risiken im Rahmen der Folgepflicht bei Straßenausbauten."¹⁾

"Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr erklärt sich insbesondere aus der Auflösung der Rückstellung für Steuern, Wechselobligo und Instandhaltungen sowie anderer nicht mehr erforderlicher Rückstellungen."²⁾

"Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen entstanden insbesondere durch Auflösung nicht mehr benötigter Rückstellungen für Personal- und Vertriebsaufwendungen sowie Werkzeugänderungskosten."³⁾

1) Gelsenwasser Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Gelsenkirchen 1973, S. 27

2) H. Berthold Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 16

3) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 100

7.2.4.8 Erläuterung der sonstigen Erträge

Die Position "Sonstige Erträge" stellt wiederum ein Sammelbecken verschiedenartiger Ertragskomponenten dar, in das Einblick nur durch Disaggregation zu gewinnen ist. Je nach Größe der berichtenden Gesellschaft und somit Umfang und Anzahl der auftretenden Ertragskomponenten dürfte ein zusätzlicher tabellarischer Ausweis zu den Erläuterungen ratsam sein.

Die Erläuterungen sollten ebenfalls die Trennung von ordentlichen und außerordentlichen Bestandteilen widerspiegeln.

"Die Sonstigen Erträge enthalten im wesentlichen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, aus Lizenzvergaben und sonstigen Nebengeschäften. Außerdem erscheinen hier Zulagen der öffentlichen Hand für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, deren Aufwendungen in verschiedenen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind. Der Rückgang der Gesamtposition geht im wesentlichen darauf zurück, daß eine größere, im Vorjahr vereinnahmte Zahlung sowie eine Schadenserstattung im Berichtsjahr fehlen."¹⁾

"Der außerordentliche Anteil an den sonstigen Erträgen ergab sich im wesentlichen durch die Gewährung einer Zulage für Forschungsinvestitionen gemäß § 2 des Investitionszulagengesetzes und die Erstattung von Steuerbeträgen für Vorjahre."²⁾

1) Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 32

2) Beiersdorf Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973, S. 14

"Die sonstigen Erträge enthalten:

	in Mill. DM	
	1970/71	1971/72
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	14,5	14,4
Erlöse aus Kleinverkäufen u.a.	8,6	8,0
verschiedene sonstige Erträge	27,3	21,1
	50,4	43,5
davon außerordentliche Erträge	3,2	4,6

Die verschiedenen sonstigen Erträge umfassen Konzernumlagen für Steuern und Verwaltungskosten, Versicherungserstattungen und sonstige Rückvergütungen und Gutschriften. Die außerordentlichen Erträge betreffen neben anderen aperiodische Forderungseingänge."1)

1) Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 50 f.

7.2.4.9 Erläuterung der Erträge aus Verlustübernahme

In den untersuchten Geschäftsberichten wurden keine Erläuterungen zu der Position "Erträge aus Verlustübernahme" gegeben, da sie in den Gewinn- und Verlustrechnungen nicht ausgewiesen wurden. Eine weitergehende Erläuterungspflicht ergibt sich bei der naturgemäß häufiger auftretenden Position "Aufwendungen aus Verlustübernahme".

7.2.5 Erläuterung der verschiedenen Aufwandsarten -----

7.2.5.0 Erläuterung der Personalaufwendungen

Über die Personalaufwendungen, bestehend aus

- Löhnen und Gehältern
- sozialen Abgaben und
- Aufwendungen für Altersversorgung

informieren vor allem größere Aktiengesellschaften recht umfassend im Personal- und Sozialbericht.

Unabhängig davon sollten durch die Erläuterungen zu den entsprechenden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung zumindest gravierende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr aufgezeigt und begründet werden.

"Bei den Löhnen und Gehältern, die um 10,4 % zunahmen, wurden ab 1.10.1971 Tarifierhöhungen in Form fester Pauschalbeträge wirksam, die ab 1.1.1972 in einen linearen Zuschlag von 7,5 % auf die Eckwerte vom 30.9.1971 umzuwandeln waren.

Die sozialen Abgaben stiegen um 15,8 %. Hierzu haben neben der höheren Lohn- und Gehaltssumme die ab 1.1.1972 erhöhten Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie die angehobenen Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung ab 1.1.1972 und in der Krankenversicherung ab 1.7.1972 beigetragen. In den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung ist eine Zuweisung an unsere Unterstützungseinrichtung e.V. in Höhe von DM 1 200 000,-- enthalten."¹⁾

1) Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp & Kausch, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 13

"Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 8,0 % oder 540 Mio. DM auf 7.324 Mio. DM (vgl. auch Berichtsteil "Personal- und Sozialwesen", S. 38 ff.). Die Zunahme ergab sich - unter Berücksichtigung eines gegenüber dem Geschäftsjahr 1982 im Durchschnitt verringerten Personalstandes - aus Änderungen in der Sozialgesetzgebung und aus der Tariferhöhung. Weitere Faktoren waren die Aufwendung der überarbeiteten versicherungsmathematischen Richttafeln und die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Aufwendungen aus der vorgezogenen Ruhestandsregelung."¹⁾

1) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 100

7.2.5.1 Erläuterung der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Auch die zu den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte notwendigen Erläuterungen können zum Teil bereits bei der Berichterstattung zu den Positionen des Anlagevermögens vermittelt worden sein, so daß sich eine Wiederholung erübrigt. "Bezüglich der Abschreibungen auf Sachanlagen sei auf die entsprechenden Ausführungen zur Bilanz verwiesen."¹⁾ lautet die allzu einfache Information der Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG.

Einige Gesellschaften verzichten jedoch nicht auf einen tabellarischen Ausweis der Abweichungen und Wertberichtigungen auf die Positionen des Anlagevermögens. Als musterhaft kann das folgende Beispiel angesehen werden:

1) Grünzweig + Hartmann und Glasfaser Aktiengesellschaft,
Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Ludwigshafen am Rhein
1973, S. 36

" Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte** betrugen rd. DM 132 700 000. Den Wertberichtigungen zum Sachlagevermögen wurden rd. DM 122 900 000 zugeführt. Die im Geschäftsjahr angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter nach § 6 Abs. 2 EStG von rd. DM 8 700 000, Abschreibungen gemäß § 6 b EStG von rd. DM 100 000 und die anteiligen Jahresabschreibungen in Höhe von rd. DM 1 000 000 auf die immateriellen Anlagewerte wurden auf der Aktivseite abgesetzt. Sonderabschreibungen nach § 82 EStDV — Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft — wurden in Höhe von rd. DM 100 000 vorgenommen. Außerplanmäßige Abschreibungen sind mit rd. DM 400 000 auf Betriebsbauten, mit rd. DM 600 000 auf maschinelle Anlagen und mit rd. DM 1 100 000 auf nicht mehr genutzte Verteilungsleitungen angefallen.

Auf den Bestand und auf die Zugänge verteilen sich die Abschreibungen und Wertberichtigungen wie folgt:

	Bestand am 31. 12. 1971	auf Zugänge 1972	Gesamt
	rd. DM	rd. DM	rd. DM
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			
mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten ...	5 700 000	300 000	6 000 000
Grundstücke mit Wohnbauten	100 000	—	100 000
Bauten auf fremden Grundstücken	700 000	100 000	800 000
Maschinen und maschinelle Anlagen	29 500 000	5 200 000	34 700 000
Stromverteilungsanlagen	48 800 000	8 200 000	57 000 000
Fernwärmerohrnetz	13 500 000	1 200 000	14 700 000
Zähler und sonstige Meßgeräte	800 000	7 900 000	8 700 000
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7 700 000	2 000 000	9 700 000
Gewerbliche Schutzrechte	900 000	100 000	1 000 000
	<u>107 700 000</u>	<u>25 000 000</u>	<u>132 700 000</u> " 1)

1) Hamburgische Elektrizitäts-Werke Aktiengesellschaft,
Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973, S. 43

7.2.5.2 Erläuterung der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen mit Ausnahme des Betrages, der in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen eingestellt ist

Wenn überhaupt berichtet wird, fallen die Erläuterungen zu den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen relativ kurz aus. Diese Position stellt sich normalerweise als recht problemlos dar. Erläuterungen der nachfolgenden Art dürften - sofern sich keine Ausnahmesituation ergibt - ausreichen.

"Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen ergaben sich aus der üblichen Abzinsung langfristiger Darlehen und der Abschreibung für die SABED. Sie betreffen mit 0,2 Mio. DM Zugänge des Geschäftsjahres."¹⁾

"Die Abschreibungen auf Finanzanlagen enthalten neben den steuerlich möglichen Sonderabschreibungen auf ausländische Beteiligungen in Höhe von 1,6 Mill. DM die Abzinsungsbeträge bei Wohnungsbaudarlehen und die Abschreibungen der Belegungsrechte für Wohnungen."²⁾

1) Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 45

2) August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 57

7.2.5.3 Erläuterung der Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens (außer Vorräten) und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen

Erläuterungen zu dieser Position der Gewinn- und Verlustrechnung sollten den Berichtsempfänger in die Lage versetzen, den direkten Bezug von den vorgenommenen Wertminderungen oder Ausbuchungen auf die jeweiligen Posten des Umlaufvermögens herzustellen. Ferner sollte die berichtende Gesellschaft ihre Entscheidung begründen.

"Die Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten sind gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio DM zurückgegangen. Sie beinhalten Einzelwertberichtigungen auf den Bestand an Auslandswechseln infolge währungspolitischer Veränderungen sowie die Berücksichtigung sonstiger im Forderungsbestand enthaltener Risiken."¹⁾

"Bei der Erhöhung der Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen handelt es sich neben der Neubildung der Pauschalwertberichtigung auf die angestiegenen Außenstände am Bilanzstichtag, wobei das Berechnungsverfahren unverändert blieb, um Einzelwertberichtigungen und Kursverluste infolge der Währungsparitätsänderungen."²⁾

1) Westfalia Dinnendahl Gröppel Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bochum 1973, S. 32

2) Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 33

"Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten belaufen sich auf DM 31 Mio gegenüber DM 33 Mio im Vorjahr. Darin sind DM 15 Mio für Währungsverluste auf den Forderungsbestand aus 1972 enthalten, der zum Zeitpunkt der Dollar-Abwertung von Februar 1973 noch nicht beglichen war; sie sind durch Kurssicherungsmaßnahmen abgedeckt."¹⁾

1) Bayer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 51

7.2.5.4 Erläuterung der Verluste aus dem Abgang von
Gegenständen des Anlagevermögens

Darzulegen sind die wesentlichen Gründe für Verluste
beim Abgang von Gegenständen aus dem Anlagevermögen
im Sinne der nachfolgenden Beispiele.

"Die Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des
Anlagevermögens entstanden überwiegend aus Abbrü-
chen und Verschrottungen von Sachanlagen aufgrund
der technischen Entwicklung."¹⁾

"Die Verluste aus Anlagenabgängen enthalten den Buch-
verlust aus der Verschmelzung der Deutsche Edelstahl-
werke AG mit der ATH von 30,6 Mill. DM, der sich als
Unterschied zwischen dem Beteiligungsbuchwert von
DEW bei der ATH und den übernommenen Vermögenswer-
ten und Schulden ergeben hat. Weitere Aufwendungen
sind durch den Abbruch und die Verschrottung nicht
mehr verwendungsfähiger Anlagen entstanden."²⁾

"In den Verlusten aus Anlageabgängen bei der Nixdorf
Computer AG wird der realisierte Wertabschlag auf
die Gesellschaftsanteile ausgewiesen, die bei der
Umstrukturierung des Mietgeschäfts in die Nixdorf
Computer Miete GmbH, Salzkotten, eingebracht wurden.
Der Wertabschlag geht auf die einem Drittgesellschaf-
ter vergüteten stillen Reserven im Mietgeschäft zu-
rück."³⁾

1) Badische Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft, Bericht
über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 94

2) August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das
Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 57

3) Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Ge-
schäftsjahr 1983, a. a. O., S. 69

7.2.5.5 Erläuterung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen

Die Veränderung der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ist dem Berichtsempfänger zu erläutern.

"Durch die weitere Aufnahme von Fremdmitteln, insbesondere die Emission einer Anleihe von 100,0 Mio DM, stiegen die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen um 4,6 Mio DM auf 27,5 Mio DM."¹⁾

"Der Zinsaufwand stieg, weil im Jahresdurchschnitt des Berichtsjahres mehr Fremdkapital in Anspruch genommen wurde als im vorangegangenen Jahr. Da ein Teil dieser zusätzlichen Kredite vorübergehend an Gesellschaften der Goldschmidt-Gruppe weitergeleitet wurde, führte dies gleichzeitig zu einem Anstieg der Zinserträge. Im Zinsaufwand ist auch das vereinbarte Disagio auf die Schuldscheindarlehen enthalten."²⁾

"Die Diskontsatzsenkungen in 1971 (von 6 % bis 4 %) und die nochmalige Kürzung auf 3 % am 25.2.1972 ergaben wesentliche Minderungen des Zinsaufwands in 1972. Inzwischen sind die Diskontsätze, erstmals am 9.10.1972 und dann in kurzen Zeitabständen, um jeweils 1/2 % bis 5 % am 12.1.1973 wieder heraufgesetzt worden."³⁾

1) Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Hamburg 1973, S. 33

2) Goldschmidt Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 25

3) Neckermann Versand Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 20

7.2.5.6 Erläuterung der Steuern

Wenn auch das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung eine erste Zweiteilung der ausgewiesenen Steuern in

a) Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen und

b) sonstige Steuern

vorsieht, sollte eine aussagefähige Erläuterung im Text oder in tabellarischer Form eine weitere Detaillierung vornehmen und die Entwicklung der einzelnen Steuerarten begründen.

Von den nachfolgenden Beispielen enthält das erste für ein Großunternehmen zu knappe Erläuterungen. Wichtig hieran erscheint jedoch der Hinweis auf die Saldierung von Steueraufwand und Steuergutschrift.

"Von den Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen entfallen 372 Millionen DM auf Gewinnsteuern der Hoechst AG und 80 Millionen DM auf Steuern vom Vermögen. Entsprechend der Handhabung bei den Beteiligungserträgen beinhaltet der Steueraufwand auch die Steuergutschrift."¹⁾

"In den Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen sind enthalten:

1) Hoechst Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 59

	in Mill. DM	
	1970/71	1971/72
Steuern vom Einkommen und Ertrag	9,0	12,9
Steuern vom Vermögen	9,5	9,0
Gewerbelohnsummensteuer	7,1	6,8
	25,6	28,7

Der Mehrbetrag bei den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfällt im wesentlichen auf die Gewerbesteuer.

In den sonstigen Steuern ist der Beitrag an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit 3,6 Mill. DM enthalten."¹⁾

"Der Aufwand für Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 21,9 Millionen DM auf 24,5 Millionen DM erhöht. Das ist allein auf Mehrbelastungen zurückzuführen, die sich bei Vermögensteuer und bei Gewerbesteuer ergeben haben. Die Gewerbesteuerschuld unserer Organgesellschaften wird in unserem Steuerbescheid mit erfaßt. Nach Maßgabe ihrer Steuerbemessungsgrundlagen haben wir 4,6 Millionen DM (Vorjahr 4,2 Millionen DM) an die Gesellschaften weiterverrechnet. Der Beitrag wirkt sich in unserem Steueraufwand, seine Weiterverrechnung in unseren sonstigen Erträgen aus. Sonstige Steuern enthalten als wesentliche Positionen: Gesellschaftsteuer, Wechselsteuer und Kraftfahrzeugsteuer. Der Aufwand für Gesellschaftsteuer hat sich von 1,8 Millionen DM im Vorjahr auf nur noch 0,2 Millionen DM im Berichtsjahr vermindert. Das erklärt den Rückgang, der sich bei sonstigen Steuern gegenüber dem Vorjahr ergeben hat."²⁾

1) Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 51

2) Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 49 f.

7.2.5.7 Erläuterung der Aufwendungen aus Verlustübernahme

Erläuterungen der Aufwendungen aus Verlustübernahme sollten unter Nennung der begünstigten Gesellschaft und des Übernahmebetrages erfolgen. Soweit nicht an anderer Stelle des Erläuterungsberichts darüber informiert wird, warum zu deckende Verluste eingetreten sind, sollten entsprechende Informationen an dieser Stelle gegeben werden.

"In den Aufwendungen aus Verlustübernahme sind ein Verlust von 54 Mio. DM der Vereinigte Deutsche Metallwerke AG und Verluste der Leichtmetall-Gesellschaft mbH und der Karl Schmidt GmbH enthalten."¹⁾

"Aufwendungen aus Verlustübernahmen ergaben sich für die AEG-TELEFUNKEN Gruppe INLAND durch die anteilige Übernahme des Verlusts der Kraftwerk Union AG und die Übernahme des Verlusts der TELEFUNKEN COMPUTER GmbH, für AEG-TELEFUNKEN außerdem durch die bestehenden Ergebnisausschlußverträge mit der TELEFUNKEN Fernseh und Rundfunk GmbH und der AEG-KANIS Turbinenfabrik GmbH."²⁾

"Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Aufwendungen aus Verlustübernahme um DM 1,4 Millionen auf DM 0,2 Millionen, weil P+S im Berichtsjahr nur einen anteiligen Verlust der Winschermann Transport AG zu übernehmen hatte."³⁾

1) Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 45

2) AEG-Telefunken Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin und Frankfurt/Main 1973, S. 54

3) Stahlwerke Peine-Salzgitter Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 34

7.2.5.8 Erläuterung der sonstigen Aufwendungen

Wie stets bei "sonstigen" Positionen ist eine Disaggregation der wesentlichen Aufwandsbestandteile notwendig. Darüber hinaus sollten die bedeutenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr begründet werden.

"Diese Aufwandsposition enthält im wesentlichen Betriebs-, Vertriebs- und Verwaltungskosten, Werbekosten, Transportkosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie den Gewinnanteil der persönlich haftenden Gesellschafter mit Vermögenseinlage. Neben den allgemeinen Kostensteigerungen, die auf fast allen Gebieten festzustellen sind, haben sich insbesondere die Transport- und Reparaturkosten sowie die Aufwendungen im Gaststättenbereich erhöht."¹⁾

"Die sonstigen Aufwendungen enthalten überwiegend Aufwandsarten, die mit der mengen- und wertmäßigen Leistungssteigerung des Unternehmens und mit den allgemeinen Preissteigerungen erheblich zunahmen. Dazu gehören vor allem Ausgangsfrachten, Postgebühren, Mieten und Pachten, Provisionen, Werbeaufwand, Gebühren und Beiträge sowie sonstige Aufwendungen aus dem Vertriebs- und Verwaltungsbereich. Erstmals sind darin auch, wie bei der Position Stoffverbrauch erläutert wurde, die Aufwendungen für Reparaturen im betrieblichen Bereich, die durch Werksfremde durchgeführt wurden, enthalten."²⁾

1) Wicküler-Küpper-Brauerei Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 22

2) Goldschmidt Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 26

"Die Sonstigen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Mio DM erhöht. Die Steigerung ist im wesentlichen verursacht durch erhöhte Ausgangsfrachten, gestiegene Vertreterprovisionen infolge Abrechnung von Aufträgen mit größerem Lieferumfang, Berücksichtigung von Risiken bei gegen Ende des Jahres hereingingenommenen Aufträgen zu hart umkämpften Erlösen sowie bei abgerechneten Aufträgen. Im übrigen enthalten sie Lizenzgebühren, Versicherungsprämien, Beiträge zu Berufsvertretungen und allgemeine Geschäftskosten. Die in dieser Position enthaltenen Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft betragen DM 33 750,-." ¹⁾

1) Westfalia Dinnendahl Gröppel Aktiengesellschaft (WEDAG),
Bericht über das Geschäftsjahr 1972, a. a. O., S. 32

7.2.5.9 Erläuterung der abgeführten Gewinne

Die Abführung von Gewinnen aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages setzt das Vorhandensein eines Mehrheitsaktionärs voraus. Dieser ist normalerweise auch den interessierten Berichtsempfängern bekannt. Als wesentliche Erläuterung ist daher die Höhe des abzuführenden Gewinns unter Angabe der entsprechenden Vertragsbasis zu erläutern.

So heißt es z. B. bei der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG: "Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages wurde an die Salzgitter Hüttenwerk AG ein Gewinn in Höhe von DM 40 705 925,55 abgeführt."¹⁾

1) Stahlwerke Peine-Salzgitter Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 34

7.2.6 Erläuterung des Jahresergebnisses und seiner

Verwendung

Der Jahresüberschuß oder -fehlbetrag als "Restgröße" der Gewinn- und Verlustrechnung bedarf normalerweise keiner eigenen Begründung. Sein Zustandekommen ergibt sich als Resultierende der detailliert zu erläuternden Einzelpositionen. Und doch bleibt nach der Durchsicht der Jahresabschlüsse insbesondere größer oder gar Konzerngesellschaften der "abschließende Eindruck" ohne klare Tendenz.

Hier bietet sich den berichtenden Unternehmen Gelegenheit, die wichtigsten Faktoren, die zu einem bestimmten Ergebnis geführt haben, komprimiert zu erläutern, wie dies beispielsweise bei der Volkswagenwerk AG in ihrem Konzern-Erläuterungsbericht geschieht: "Der Jahresfehlbetrag im Konzern von 215 Mio DM war vor allem auf die nach wie vor unbefriedigende Ergebnissituation der lateinamerikanischen Gesellschaften zurückzuführen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 85 Mio. DM resultierte im wesentlichen aus der günstigeren Ertragslage der Volkswagen of America und dem Verlustabbau bei der TRIUMPH-ADLER-Gruppe."¹⁾

Eine erweiterte Erläuterungspflicht der Jahresergebnisse ist aus § 160 Abs. 2 Satz 5 AktG ableitbar, wenn im Berichtsjahr Änderungen der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich der Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen oder Wertberichtigungen aufgetreten sind und sich das Jahresergebnis

1) Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 96

dadurch um mehr als 10 % verändert bzw. 0,5 % des Grundkapitals übersteigt. So berichtet die Metallgesellschaft AG: "Der Jahresüberschuß beträgt 16,5 Mio. DM. Er wäre um 1,9 Mio. DM größer, wenn keine außerplanmäßigen Abschreibungen und Änderungen in Bewertungsmethoden vorgenommen und die Rücklagen entsprechend erhöht worden wären. Überträge von Veräußerungsgewinnen nach § 6b EStG blieben dabei unberücksichtigt."¹⁾

Die VEBA-Chemie AG erläutert einen von ihr ausgewiesenen Jahresfehlbetrag im Zusammenhang mit den Positionen Entnahme aus Rücklagen und den zuvor behandelten Gewinnabführungen: "Zur Deckung des Jahresfehlbetrages von 20,4 Mio DM wurde der freien Rücklage ein gleich hoher Betrag entnommen. Aus dem mit der VEBA AG bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag ergab sich somit nur eine von der Obergesellschaft vorgenommene Weiterbelastung von Steuern."²⁾

Ebenso kombiniert die Daimler-Benz AG ihre Erläuterungen zu Jahresüberschuß, Unterschiedsbetrag, Rücklagenbildung und Bilanzgewinn: "Der Jahresüberschuß stieg um 23 auf 710 Mill. DM. Er enthält nach unseren Berechnungen keinen 'Scheingewinn'.

Für das Berichtsjahr ergab sich ein Unterschiedsbetrag gemäß § 160 Abs. 2 Satz 5 AktG von 304 Mill. DM,

1) Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 45

2) VEBA-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Gelsenkirchen 1973, S. 38

der zu einer Verminderung des Jahresüberschusses führte. Er entstand im wesentlichen aus der Absenkung des Zinsfußes für die Berechnung der Pensionsrückstellungen aus unserer betrieblichen Versorgungsordnung.

Aus dem Jahresüberschuß wurden insgesamt 355 Mill. DM in die Rücklagen eingestellt; zur Ausschüttung verbleibt damit ein Bilanzgewinn von ebenfalls 355 Mill. DM."¹⁾

Eine Aufschlüsselung der Rücklagenverwendung gibt die NWK wieder: "Aus dem Jahresüberschuß von 58,6 Mio DM haben wir, wie bereits erwähnt, der Rücklage für Anlagenerhaltung 10,0 Mio DM, dem Versicherungsfonds 5,0 Mio DM und den Sonstigen Rücklagen 10,0 Mio DM zugewiesen."²⁾

1) Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, a. a. O., S. 75

2) Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, a. a. O., S. 33

7.3 Ergänzende Erläuterungen

Von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich werden zusätzliche Erläuterungen zu der Berichterstattung bezüglich der Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung gehandhabt. In dieser Arbeit wurde solchen Erläuterungsalternativen der Vorzug gegeben, die zusammen mit dem Sachinhalt einer Position auch über die dazugehörigen Bewertungs- oder Abschreibungsmethoden informierten, weil erfahrungsgemäß hierbei der Erläuterungsumfang umfassender und konkreter, kurz gesagt informativer ist als bei den vorangestellten (allgemeinen) Bewertungs- und Abschreibungsgrundsätzen. Damit soll keine Kritik an vorangestellten Grundsätzen geübt werden, solange sie zusätzlich, d. h. positionsübergreifend, und nicht an Stelle von konkreten Erläuterungen vermittelt werden.

Auf die beispielhafte Wiedergabe von Erläuterungen gemäß § 160 Abs. 3 bis 5 AktG wurde bewußt verzichtet, da die gesetzlichen Bestimmungen hierzu nach derzeitigem wie auch nach künftigem Recht den berichtspflichtigen Gesellschaften nur wenig Spielraum für Kreativität lassen. Die Berichtstexte lehnen sich zumeist eng an den Gesetzestext an.

8. Schlußbemerkungen

Für den Bilanzanalytiker entstehen mit dem Erläuterungsbericht zu klärende offene Fragen hauptsächlich

1. aus dem Periodisierungsproblem mit seiner Zurechnungs- und Schätzproblematik¹⁾, die sich sowohl aus der notwendigen Verpflichtung ergibt, regelmäßig nach Ablauf eines Geschäftsjahres einen Jahresabschluß vorzulegen, wie auch aus der häufig unstetig und "bilanzpolitisch" genutzten Beurteilung der Ungewißheit zukünftiger Entwicklungen.
2. aus der zwangsläufig aggregierten Darstellung der zahlreichen Geschäftsvorfälle (mit ihren ordentlichen und außerordentlichen Erfolgskomponenten) in den einzelnen Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Bedeutung des Informationsinstruments "Erläuterungsbericht" steigt mit abnehmender Einflußnahmemöglichkeit der Informationsempfänger auf die Geschäftstätigkeit einer Unternehmung.

Für die Überwiegende Mehrheit der Bilanzanalytiker stellt er folglich die einzig relevante Ergänzung zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung dar, denn der Lagebericht und die Erklärungen auf der Hauptversammlung vermitteln in der Regel nur allgemeinere und damit bilanzanalytisch schwerer auswertbare Informationen.

1) Vgl. Baetge, Jörg, Möglichkeiten der Objektivierung des Jahreserfolges, Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Band 2, Hrsg.: Leffson, Ulrich, Düsseldorf 1970, S. 18

Der Gesetzgeber trug dieser Tatsache Rechnung, indem er aktienrechtliche Mindestvorschriften schuf, durch die Unstetigkeiten erkennbar gemacht und die Zahlenwerte des Jahresabschlusses ergänzt werden sollten.

Die Mindestinhalte eines Erläuterungsberichts unterliegen ebenso wie alle anderen aktienrechtlichen Vorschriften einer Weiterentwicklung, die den Gesetzgeber in gewissen Zeiträumen zu Anpassungen der gesetzlichen Bestimmungen veranlaßt. So liegt für die Bundesrepublik Deutschland der Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Vierten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vor, das zu einer wesentlichen "Koordinierung der einzelstaatlichen Vorschriften"¹⁾ innerhalb dieser Gemeinschaft führen soll.

Parallel zu den derzeitigen und zukünftigen gesetzlichen Erläuterungsvorschriften entwickelten sich auch die allgemeinen Berichterstattungsgrundsätze weiter als Ausdruck des Informationsbedürfnisses der relevanten Berichtsempfänger.

Einer Verbesserung der Aussagefähigkeit des Erläuterungsberichts steht jedoch weiterhin die mangelnde Bereitschaft der berichtspflichtigen Unternehmen entgegen, konsequenter als in der Vergangenheit die von ihnen angesetzten Prämissen für das "Modell Jahresabschluß" offenzulegen.

Die Neuorientierungsphase muß folglich bei den berichtspflichtigen Gesellschaften eingeleitet werden. Die Entwicklung in den USA hat gezeigt, daß der Wunsch nach ausführlicherer und informativerer Berichterstattung von den

1) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 14.08.1978, Nr. L 222/11

Unternehmen mitgetragen werden kann¹⁾. Dabei ist es unerheblich, ob eine notwendige Information im Erläuterungsbericht selbst oder aber, wie in den USA üblich, in Form von Bilanzfußnoten (z. B. zur Quantifizierung der Konsequenzen von Unstetigkeiten) vermittelt wird.

Ebenso wichtig ist, daß die betroffenen Berichtsempfänger ihre Informationsbedürfnisse deutlicher als bisher vertreten. Da sicherlich das Gewicht der einzelnen Stimme zu schwach sein dürfte, um einen entsprechenden Umdenkungsprozeß in Gang zu setzen, sollten sich die Schutzgemeinschaften der Aktionäre dieser Aufgabe verstärkt annehmen. Sie können nicht zuletzt auch die Initiatoren für eine sich wandelnde Anschauung in der Öffentlichkeit werden, die noch immer von dem Bild der Schwäche des Einzelnen gegen die Macht der großen Gesellschaften gekennzeichnet ist.

Wirtschaftsprüfer und Registergerichte orientieren sich meist zu eng an den Buchstaben der aktienrechtlichen Vorschriften, ohne der inhaltlichen Bedeutung befriedigend Rechnung zu tragen.

Verstärkte Beratungsaktivitäten der Abschlußprüfer zugunsten einer verbesserten Aussagefähigkeit der Berichterstattung, z. B. unter Hinweis auf die hieraus resultierende Erweiterung der Vertrauensbasis in der Öffentlichkeit und die zunehmend kritische Haltung der Öffentlichkeit zur mangelnden Aussagefähigkeit können zu einer Verbesserung führen.

1) Vgl. Lück, Wolfgang, Die externe Rechnungslegung der Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, a. a. O., S. 153

Die Registergerichte sollten prüfen, ob der Geschäftsbericht - zumindest formal - die notwendigsten Angaben enthält.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die von der Überwiegenden Zahl der publizitätspflichtigen Aktiengesellschaften betriebene restriktive Erläuterungspolitik zwar insbesondere von den bilanzanalytisch erfahrenen Berichtsempfängern bedauert wird, jedoch noch nicht die notwendige argumentative "Hebelwirkung" entwickelt wurde, die eine grundsätzliche Änderung dieser Informationspolitik herbeiführen könnte. Vielleicht kann diese Arbeit ein wenig Hilfestellung in dieser Hinsicht geben, legt sie doch an Hand empirischer Beispiele dar, daß sich in fortschrittlich denkenden Unternehmen Ansätze zu einer großzügigeren Erläuterungspolitik zeigen. Wenn es auch noch nicht den durchgängig idealen Erläuterungsbericht gibt, so läßt sich doch ein Mosaik guter Einzelerläuterungen erstellen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Verantwortlichen in den Chef-Etagen deutscher Aktiengesellschaften erkennen, welches ideale Forum der Selbstdarstellung sie bisher allzu sehr vernachlässigt haben. Jede Unternehmung befürchtet, technologisch ins Abseits zu geraten, unterschätzt jedoch das Risiko, informationspolitisch rückständig zu sein.

Gerade bei Großunternehmen wird ein einsetzender Wandel deutlich; so werden z. B. Bilanzpressekonferenzen mehr und mehr als willkommene Bühne zur Nutzung des Public Relations-Instrumentariums betrachtet. Ein begrüßenswerter Folgeschritt wäre, Bilanzpolitik auch als Informationspolitik anzusehen.

Literaturverzeichnis

Adler, Hans / Düring, Walter / Schmaltz, Kurt, Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, Handkommentar, 4. neu bearbeitete Auflage,
Band 1: Rechnungslegung, Stuttgart 1968
Band 2: Prüfung, Feststellung, Rechtsbehelfe, Stuttgart 1971

Baetge, Jörg, Möglichkeiten der Objektivierung des Jahreserfolges, Band 2 der Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Hrsg.: Leffson, Ulrich, Düsseldorf 1970

Baetge, Jörg / Moxter, Adolf / Schneider, Dieter (Hrsg.), Bilanzfragen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Ulrich Leffson, Düsseldorf 1976

Bäumler, Lothar, Aktionärs- und Gläubigerschutz in den Bestimmungen des Aktiengesetzes von 1965 über die Rechenschaftslegung, Dissertation München 1967

Barth, Kuno, Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, 1. Band: Handelsrechtlich, Stuttgart 1953

Baskin, Elba F., The Communicative Effectiveness of Concistency Exceptions, in: The Accounting Review, 1972, S. 38 bis 51

Baumbach, Adolf / Hueck, Alfred / Hueck, Götz, Aktiengesetz, 13., völlig neu bearbeitete Auflage, München 1968

Beermann, Klaus, Prognosemöglichkeiten von Kapitalverlusten mit Hilfe von Jahresabschlüssen, Band 11 der Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Hrsg.: Leffson, Ulrich, Düsseldorf 1976

Beermann, Klaus / Fülling, Friedhelm / Sperl, Andreas, Zusatzinformationen zum Jahresabschluß, in: Bilanzfragen, Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. U. Leffson, siehe unter Baetge/Moxter/Schneider (Hrsg.), S. 191 bis 204

Biener, Herbert, Auswirkungen der Vierten Richtlinie der EG auf den Informationsgehalt der Rechnungslegung deutscher Unternehmen, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1/1979, S. 1 - 16

Birkner, Erich, Regelmäßige Auswertung veröffentlichter Jahresabschlüsse zur Konkurrenzbeobachtung, in: RDO, Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation, 19. Jg., 1973, S. 287 bis 292

Bischofsberger, Wolf, Die Beeinflussung der Rechenschaftslegung durch die Interessengruppen der Aktiengesellschaft, Dissertation München 1971

Blohm, Hans, Der Geschäftsbericht als Mittel der Betriebspolitik, Baden-Baden 1962

Blohm, Hans, Geschäftsbericht, in: Management Enzyklopädie, Band 3, München 1970, S. 109 bis 119

Blohm, Hans / Müller, Fritz, Was sollte der Geschäftsbericht beinhalten - was fordert das neue Aktiengesetz?, in: Zeitschrift für das gesamte Rechnungswesen, 13. Jg., 1967, S. 1 bis 3

Bösselmann, Kurt, Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939

Bondi, Arthur, Die Rechte der Aktionäre, Berlin 1930

Bühler, Ottmar, Der Aktionär und die Steuerbilanz seiner Gesellschaft, in: Die Aktiengesellschaft, 1. Jg., 1956, S. 1 bis 3

Castan, Edgar, Die Erläuterung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden der großen Börsengesellschaften in den Geschäftsberichten für 1967 (I und II), in: Der Betrieb, 22. Jg., 1969, S. 269 bis 272 und S. 315 bis 318

Damm, Günther / Halbinger, Josef / Kellinghusen, Georg, Die Berichterstattung über Methodenänderungen gemäß § 160 Abs. 2 AktG, Eine Erhebung anlässlich des Übergangs zur Teilwertberechnung der Pensionsverpflichtungen, Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 29. Jg., 1977, S. 367 bis 375

Defliese, Philip L., siehe unter Lenhard/Defliese

Döllerer, Georg, Zweck der aktienrechtlichen Publizität, in: Der Betriebs-Berater, 13. Jg., 1958, S. 1281 ff.

Düring, Walter, siehe unter Adler/Düring/Schmaltz

Eckhardt, Ulrich, siehe unter Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff

Egner, Henning, Nur bedingt tauglich, in: Wirtschaftswoche Nr. 26 (22.06.1973), S. 34 bis 36

Eisenführ, Franz, Anforderungen an den Informationsgehalt kaufmännischer Jahresabschlußrechnungen, Dissertation Köln 1967

Elmendorff, Wilhelm, Die Rechnungslegungsvorschriften nach dem Vorschlag einer 4. Richtlinie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, in: Die Wirtschaftsprüfung, 25. Jg., 1972, S. 29 bis 39

Engels, Wolfram, Betriebswirtschaftliche Bewertungslehre im Licht der Entscheidungstheorie, Köln und Opladen 1962

Ertner, Ulrich, Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Betriebswirtschaftliche Schriften, Heft 26, Berlin 1968

Eßer, Johann, Gliederungsvorschriften, Bewertung, Gewinnverwendung und Pflichtangaben nach dem Aktiengesetz 1965, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg., 1965, S. 310 bis 319

Flöhr, Günter, Bewegungsbilanzen in Geschäftsberichten deutscher Aktiengesellschaften, in: Die Wirtschaftsprüfung, 17. Jg., 1964, S. 313 bis 322

Forster, Karl-Heinz, Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: die Wirtschaftsprüfung, 18. Jg., 1965, S. 585 bis 605

Frings, Phillip A., Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, Dissertation Bonn 1975

Fülling, Friedhelm, siehe unter Beermann/Fülling/Sperl

Gadow, W. / Heinichen, E., Aktiengesetz, Großkommentar, 2. Auflage,
Berlin 1961

Gadow, W. / Heinichen, E., Aktiengesetz, Großkommentar, 3., neu be-
arbeitete Auflage
Band 1: § 1 - 147, Berlin 1967
Band 2: § 148 - 178, Berlin 1970

Geßler, Ernst / Hefermehl, Wolfgang / Eckhardt, Ulrich / Kropff, Bruno,
Aktiengesetz, Band III (§§ 148 - 178), München 1973

Godin / Wilhelmi, (Hans), Kommentar zum Aktiengesetz vom 9. September 1965,
3. Auflage, Berlin 1967

Göppl, H., Die Gestaltung der Rechnungslegung von Aktiengesellschaften
unter Berücksichtigung der neueren bilanztheoretischen Diskussion,
in: Die Wirtschaftsprüfung, 20. Jg., 1967, S. 565

Goerdeler, Reinhard, Geschäftsbericht, Konzerngeschäftsbericht und "Ab-
hängigkeitsbericht" aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, in: Die
Wirtschaftsprüfung, 19. Jg., 1966, S. 113 bis 126

Grady, Paul, Inventory of Generally Accepted Accounting Principles of
Business Enterprises, Accounting Research Study No. 7, Hrsg.:
American Institute of Certified Public Accountants (AICPA), New York
o. J. (1965)

Haase, Klaus Dittmar, Gewinne nur fürs Auge? in: Wirtschaftswoche
32/1973 (03.08.1973), S. 32 bis 34

Halbinger, Josef, siehe unter Damm/Halbinger/Kellinghusen

Hautle, Albrecht, der Gläubigerschutz im Aktienrecht, Berlin 1907

Hefermehl, Wolfgang, siehe unter Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff

Heinen, Edmund, Handelsbilanzen, 5. Auflage, Wiesbaden 1969

Heinichen, E., siehe unter Gadow/Heinichen

Hofstätter, Paul, Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in:
Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Hrsg.: Barz, Carl Hans u. a.,
Frankfurt/Main 1962, S. 74 bis 87

Hueck, Alfred, siehe unter Baumbach/Hueck/Hueck

Hueck, Götz, siehe unter Baumbach/Hueck/Hueck

Hülbert, Ulf, Die Vergleichbarkeit von Jahresabschlüssen unter besonderer Berücksichtigung der Aktienbanken, Dissertation Hamburg 1973

Husemann, Karl-Heinz, Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, Beiträge zu den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung, Band 1 der Schriften der Schmalenbach-Gesellschaft, Düsseldorf 1970

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (Hrsg.),
Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1973, Düsseldorf 1973

Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.,

Sonderausschuß Neues Recht,

NA 1/1967: Zum Inhalt des Geschäftsberichts nach § 160 Abs. 2 AktG,
in: Die Wirtschaftsprüfung, 20. Jg., 1967, S. 129 f.

NA 2/1968: Zum Inhalt des Geschäftsberichts nach § 160 Abs. 3 und 4
AktG 1965, in: Die Wirtschaftsprüfung, 21. Jg., 1968,
S. 132 f.

Institute of Chartered Accountants in England and Wales (Hrsg.),
Interpretation of "Materiality" in Relation to Accountants, in:
The Accountant, July 27, 1968, S. 116 f.

Irrgang, Wolfgang / Kellinghusen, Georg, Der optimale Geschäftsbericht,
in: Der Betrieb, 31. Jg., 1978, S. 2277 bis 2283

Jonas, Heinrich H., Die EG-Bilanzrichtlinie, Grundlagen und Anwendung
in der Praxis, Freiburg im Breisgau 1980

Juesten, Wolfgang, Cash flow und Unternehmensbeurteilung. Ermöglicht die Cash-flow-Rechnung eine Schnell-Analyse?, 2. unveränderte Auflage, Berlin 1972

Kalveram, Wilhelm, Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: Die Bilanzen der Unternehmungen, Band 1, S. 430 ff.

Kennedy, Ralph D. / McMullen, Steward T., Financial Statements; Form Analysis and Interpretation, 4. Auflage, Homewood (Ill.) 1962

Kappler, Ekkehard, Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, Ein Beitrag zu einer sozialwissenschaftlich fundierten Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, Habilitationsschrift, München 1972

Kellinghusen, Georg, siehe unter Damm/Halbinger/Kellinghusen

Kiepe, Georg, Die Publizität der Formen der Verlust- und Gewinnrechnungen, Wien 1958

Klein, Theodor, Wechselkursänderungen als Bilanzierungsproblem. Eine Überprüfung der handels- und steuerrechtlichen Bilanzierungspraxis anhand des amerikanischen Accounting-Systems, Wiesbaden 1975

Knoche, Martin, Die Berichterstattung über Bewertungsänderungen im Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht, Düsseldorf 1967

Kormann, Berthold, Die Bewertungsprobleme des neuen Aktienrechts, Konvergenz von Handelsbilanz und Steuerbilanz?, in: Der Betriebs-Berater, 21. Jg., 1966, S. 1277 bis 1284

Korth, Hans-Michael, Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage im Bericht über die aktienrechtliche Jahresabschlußprüfung, Dissertation Münster 1976

Kropff, Bruno, Aktiengesetz, zusammengestellte Textausgabe des Aktiengesetzes vom 06.09.65 und des EGAktG mit Begründung des Regierungsentwurfs und Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Düsseldorf 1965

Kropff, Bruno, Übergangsfragen zu den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, Teil I und II, in: Der Betrieb, 19. Jg., 1966, S. 669 bis 677 und S. 709 bis 713

Kropff, Bruno, siehe unter Geßler/Hefermehl/Eckhardt/Kropff

Kruse, Hans-Gerhard, Die Grundsätze der Materiality und Consistency im Handelsrecht und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 38. Jg., 1968, S. 433 bis 454

Kupsch, Peter, Bilanzierung von Rückstellungen und ihre Berichterstattung, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Bilanzpolitik von Aktiengesellschaften, Herne/Berlin 1975

Leffson, Ulrich, Bilanzanalyse, 2. Auflage, Stuttgart 1977

Leffson, Ulrich, Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 3. geringfügig veränderte Auflage, Düsseldorf 1972

Leffson, Ulrich, Wesen und Aussagefähigkeit des Jahresabschlusses, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 18. Jg., 1966, S. 375 bis 390

Leffson, Ulrich, Der Ausbau der unternehmerischen Rechenschaft durch vollständigen Kapitaldispositionsnachweis, in: Neue Betriebswirtschaft, 21. Jg., 1968, S. 1 bis 17

Leffson, Ulrich, Gläubigerschutz, in: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, 1975, S. 299 bis 316

Lehmann, Karl, Das Recht der Aktiengesellschaften, Berlin 1968

Lenhard, Norman J. / Defliese, Philip L., (Hrsg.), Montgomery's Auditing, 8. Ed., New York 1957

Lippmann, Klaus, Der Beitrag des ökonomischen Gewinns zur Theorie und Praxis der Erfolgsermittlung, Band 4 der Schriftenreihe des Instituts für Revisionswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität, Hrsg.: Leffson, Ulrich, Düsseldorf 1970

Lück, Wolfgang, Die externe Rechnungslegung der Aktiengesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Düsseldorf 1970

Mattes, Helmut, siehe unter Vogler/Mattes

McMullen, Steward T., siehe unter Kennedy/McMullen

Meyerhaus, Edwin, Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaften, Ein Vergleich zwischen der schweizerischen, deutschen und französischen Rechtsordnung sowie den Bestimmungen der Securities and Exchange Commission, Dissertation Zürich und St. Gallen 1969

Mohr, Heinrich, Zuschreibung und Nachaktivierungen in der Handelsbilanz und ihre Abgrenzung, Wirtschaftsprüfung 1963

Morgner, Gerhold / Tiefenbacher, Erhard, Die Schutzklausel für den Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht, in: Der Betriebs-Berater, 20. Jg., 1965, S. 1173 ff.

Moxter, Adolf, Publizität und Rechnungswesen, in: Handwörterbuch des Rechnungswesens, Hrsg.: Kosiol, Erich, Stuttgart 1970, Sp. 1478 bis 1484

Moxter, Adolf, Bilanzlehre, Wiesbaden 1974

Moxter, Adolf, Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962

Moxter, Adolf, Fundamentalgrundsätze ordnungsmäßiger Rechenschaft, in: Bilanzfragen, siehe unter Baetge/Moxter/Schneider (Hrsg.), S. 87 bis 100

Mulcahy, Gertrude, "Materiality"- an English statement, in: The Canadian Chartered Accountant, January 1969, S. 37 bis 39

Mutze, Otto, Zu den Bewertungsvorschriften unseres künftigen Aktienrechtes, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg., 1965, S. 52 bis 55

Neflin, Hermann, Der Umfang der Schutzklausel in § 128 Abs. 3 Satz 2 AktG, in: Die Aktiengesellschaft, 8. Jg., 1963, S. 12 ff.

Odenwald, Gerhard, Bilanzanalysen - branchenbezogen. Der Vergleich mit der Konkurrenz, Wiesbaden 1976

Perlitz, Manfred, Die Prognose des Unternehmenswachstums aus Jahresabschlüssen deutscher Aktiengesellschaften, Wiesbaden 1973

Petersen, Heinz, Bewertungswahlrecht und Erläuterungspflichten nach dem neuen Aktienrecht, in: Die Wirtschaftsprüfung, 21. Jg., 1968, S. 249 bis 255

Piper, Günter, Zum Umfang und Inhalt von Geschäftsberichten, Anregungen aus einem Vergleich mit der amerikanischen Praxis, in: Der Betrieb, 23. Jg., 1970, S. 1141 f.

Preusker, Peter-Michael und Schlossarek, Gerd, Probleme der Bilanzen, in: Wirtschaftswoche Nr. 45, (31.10.75), S. 50 bis 57

Rat der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 14.08.78 Nr. L 222

Roper, E., A report on what information people want about policies and financial conditions of corporations, Volumes 1 & 2, Prepared for the Controllershship Foundation Inc., New York 1948

Schär, Johann Friedrich, Buchhaltung der Bilanz, 6. Auflage, durchgesehen und erweitert durch Prion, Willi, Berlin 1932

Schildbach, Thomas, Analyse des betrieblichen Rechnungswesens aus der Sicht der Unternehmensbeteiligten, dargestellt am Beispiel der Aktiengesellschaft, Wiesbaden 1975

Schlossarek, Gerd, siehe unter Preusker/Schlossarek

Schmaltz, Kurt, siehe unter Adler/Düring/Schmaltz

Schneider, Dieter, (Hrsg.), siehe unter Baetge/Moxter/Schneider

Schulte, Karl-Werner, Aktienrechtliche Rechnungslegung im Spiegel der Geschäftsberichte, Würzburg-Wien 1984

Seemann, Hans-Jürgen, Befolgung des neuen Aktiengesetzes - eine Chance für die externe Bilanzanalyse?, Die veränderte Publizität deutscher Aktiengesellschaften und ihre Auswirkung auf Verfahren der Ergebnisprüfung, Dissertation Mannheim 1970

Siebert, Kurt, Zur Kritik am Sachanlagevermögen, Ein Beitrag für externe und interne Bilanzanalysen, in: Wirtschaft und Wirtschaftsprüfung, Hrsg. Mellerowicz, Konrad und Bankmann, Jörg, Stuttgart 1966, S. 250 ff.

Snavely, Howard J., Accounting Information Criteria, in: The Accounting Review, Vol. XL II, April 1967, No. 2, S. 223 bis 232

Sperl, Andreas, siehe unter Beermann/Fülling/Sperl

Sprenger, Reinhard, Grundsätze gewissenhafter und getreuer Rechenschaft im Geschäftsbericht, Ein Beitrag zur Interpretation von § 160 IV 1 AktG, Wiesbaden 1976

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, Zahl und Nominalkapital der Kapitalgesellschaften 1972, Heft 3, Mainz 1973

Steinbach, Adalbert, Die Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes 1965, Aus der Perspektive eines neuen Systems der "Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung" (GoB), Wiesbaden 1973

Stützel, Wolfgang, Bemerkungen zur Bilanztheorie, Wiesbaden 1967

Tiefenbacher, Erhard, siehe unter Morgner/Tiefenbacher

Viel, Jakob, Betriebs- und Unternehmensanalyse, 2. Auflage, Köln und Opladen 1958

Vogler, Gerhard / Mattes, Helmut, Theorie und Praxis der Bilanzanalyse; Interne und externe Bilanzanalyse als Informationsmittel und Instrument modernen Managements, Berlin 1975

Weidner, Alfred, Bilanzanalyse und Kreditwürdigkeitsprüfung, 2. Auflage, Stuttgart 1965

Weisser, Karl-F., Der Gewinn der Aktiengesellschaften im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Aktionären, Berlin 1962

Wiethöfer, Rudolf, Die Publizitätsinteressen der Anteilseigner, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Hrsg.: Barz, Carl Hans u. a., Frankfurt/Main 1962, S. 33 bis 54

Wilhelmi, Hans, Das neue Aktiengesetz, in: Die Aktiengesellschaft, 10. Jg., 1965, S. 187 bis 190

Wilhelmi, Hans, siehe unter Godin/Wilhelmi

Wirtz, Heinz-Peter, Der Anhang zur Jahresbilanz nach dem Publizitätsgesetz, Auswertung der Erläuterungen nach § 5 Abs. 2 Ziff. 4 d, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 43. Jg., 1973, S. 507 bis 526

Woolsey, S. M., Objective Bases for Making Materiality Decisions, in: The Account, October 12, 1968, S. 478 ff.

Wysocki, Klaus von, und Mitarbeiter, Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gemäß § 160 Abs. 2 AktG, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 41. Jg., 1973, S. 308 bis 334

Wysocki, Klaus von, Anpassung der handelsrechtlichen Rechnungsschriften in Deutschland an die 4. EG-Richtlinie; Anforderungen und Erwartungen aus der Sicht eines Hochschullehrers, in: Die 4. EG-Richtlinie, Auswirkungen auf die Rechnungslegung deutscher Unternehmen; Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 1/1979, S. 63 bis 78

Zehner, Richard, Aussagefähigkeit des Abschlusses, in: RDO, Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation, 15. Jg., 1969, S. 314 bis 317

Zimmerer, Carl, Stichwort: "Aktienbilanz" in: Management Enzyklopädie, Ergänzungsband, München 1973, S. 23 bis 41

Zimmermann, Werner, Bilanz- und Erfolgsanalyse dargestellt am Beispiel des Jahresabschlusses der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, in den Jahren 1967 und 1968, in: RDO, Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation, 16. Jg., 1970, S. 181 bis 188

Zimmermann, Werner, Aktien- und steuerrechtliche Aspekte der Bewertung des Anlage- und Umlaufvermögens, in: RDO, Rechnungswesen, Datentechnik, Organisation, 17. Jg., 1971, S. 11 bis 18

Gesetze / Regierungsentwürfe

AktG Aktiengesetz von 1965

Betr VG Betriebsverfassungsgesetz von 1972

4. EG RL Vierte Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 25. Juli 1978

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der 4. Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinie-Gesetz), Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/317 vom 26.08.83

Verzeichnis der zitierten Geschäftsberichte

AEG-Telefunken Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin und Frankfurt/Main 1973

Aktiengesellschaft Kühnle, Kopp & Kausch, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Frankenthal/Pfalz 1973

Allgäuer Alpenmilch Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, München 1973

August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Duisburg-Hamborn 1973

Badische Anilin- und Soda-Fabrik Aktiengesellschaft (BASF), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Ludwigshafen am Rhein 1973

Bayer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Leverkusen 1973

Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, München 1984

Beiersdorf Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973

H. Berthold Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin 1973

Beton- und Monierbau Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Düsseldorf 1973

Bielefelder Webereien Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bielefeld 1973

Bremer Vulkan Schiffbau und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bremen-Vegesack 1973

Brown, Boveri & Cie Aktiengesellschaft (BBC), Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Mannheim 1973

Chemische Werke Hüls Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Marl (Kreis Recklinghausen) 1973

Continental Gummi-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hannover 1973

Daimler-Benz Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Stuttgart 1984

DEMAG Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Duisburg 1973

Deutsche Babcock & Wilcox Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Oberhausen 1972

Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Hamburg 1984

Deutsche Texaco Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973

DLW Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bietigheim (Württ.) 1973

Dortmunder Actien-Brauerei (DAB), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Dortmund 1973

Edelstahlwerk Witten Aktiengesellschaft (Witten-Stahl), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Witten 1973

Felten & Guilleaume Carlswerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Köln 1973

Friedrich Krupp Hüttenwerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bochum 1973

Gelsenwasser Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972,
Gelsenkirchen 1973

Goldschmidt Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972,
Essen 1973

Grün & Bilfinger Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr
1972, Mannheim 1973

Grünzweig + Hartmann und Glasfaser Aktiengesellschaft, Bericht über
das Geschäftsjahr 1972, Ludwigshafen am Rhein 1973

Gutehoffnungshütte Aktienverein (GHH), Bericht über das Geschäftsjahr
1971/72, Oberhausen 1972

Hamburgische Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das
Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973

Hoechst Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983,
Frankfurt am Main 1984

Hoffmann's Stärkefabrik Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäfts-
jahr 1972, Bad Salzungen 1973

Holsten-Brauerei Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr
1971/72, Hamburg 1973

Horten Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972,
Düsseldorf 1973

Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg Aktiengesellschaft (IWKA), Bericht
über das Geschäftsjahr 1972, Karlsruhe/Augsburg 1973

Kali-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972,
Hannover 1973

Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr
1971/72, Duisburg 1973

Lech-Elektrizitätswerk Aktien-Gesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Augsburg 1973

Linde Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wiesbaden 1973

Losenhausen Maschinenbau Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Düsseldorf 1973

"Löwenbräu" Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, München 1973

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft (MAN), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Augsburg 1972

Metallgesellschaft Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Frankfurt am Main 1973

Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Esslingen am Neckar 1973

Neckermann Versand Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Frankfurt am Main 1973

Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Paderborn 1984

Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Hamburg 1973

Pittler Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Langen bei Frankfurt/Main 1973

Preussag Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin/Hannover 1973

Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Essen 1972

Roland Offset Aktiengesellschaft, Bericht über das Rumpfgeschäftsjahr 1972, Offenbach am Main 1972

Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Frankfurt am Main 1973

Schering Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin/Bergkamen 1973

Scheidemandel Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Berlin 1973

Siemens Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, München 1972

Stahlwerke Peine-Salzgitter Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Peine/Salzgitter 1973

Stahlwerke Südwestfalen Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Hüttental-Geisweid 1973

Süddeutsche Zucker-Aktiengesellschaft (Südzucker), Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Mannheim 1973

Triton-Belco Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Hamburg 1973

Überlandwerk Unterfranken Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Würzburg 1973

VEBA Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Düsseldorf 1984

VEBA-Chemie Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Gelsenkirchen 1973

Vereinigte Deutsche Nickel-Werke Aktien-Gesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1971/72, Schwerte (Ruhr) 1973

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Dortmund 1973

Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1983, Wolfsburg 1984

Volkswagenwerk Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wolfsburg 1973

Westfalia Dinnendahl Gröppel Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Bochum 1973

Wicküler-Küpper-Brauerei Kommanditgesellschaft auf Aktien, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Wuppertal 1973

Wintershall Aktiengesellschaft, Bericht über das Geschäftsjahr 1972, Kassel/Celle 1973

Lebenslauf

Name: Herbert Stephan Zimmermann

Geburtsdatum/-ort: 24. Februar 1948 in Oberhausen/Rhld.

Eltern: Formermeister Max Zimmermann und Ehefrau Marianne, geb. Hölter

Familienstand: verheiratet, 2 Kinder

Staatsangehörigkeit: Deutscher

Schulabschluß: Abitur am 20. Mai 1968 am mathematisch-naturwissenschaftlichen Novalis-Gymnasium in Oberhausen

Praktikum: insgesamt 6-monatiges betriebswirtschaftliches Praktikum bei der Stadtparkasse Oberhausen

Studium: betriebswirtschaftliches Studium mit Abschluß als Diplom-Kaufmann am 13. April 1973 im 9. Studiensemester an der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

Berufliche Tätigkeiten: insgesamt 12 Monate Korrekturassistent am Institut für Revisionswesen der Universität Münster; anschließend Mitarbeiter der Volkswagenwerk AG in Wolfsburg, z. Z. als Projektkoordinator

